moirenwerke

VON DER MONARCHIE ZUM VOLKSSTAAT

VON WILHELM BLOS

Zeitgenössische Memoirenwerke.

Das zwanzigste Jahrhundert ist für Deutschland eines der kritischsten und ereignisreichsten geworden, die ein Volk je zu bestehen haben kann. Die Verhältnisse türmen sich dementsprechend, insbesondere für Staatenlenker, Politiker und sonstige Führer meist neuartig, oft unermeßlich in der Nachwirkung, und teilweise zwingend.

Am Alltagsmaßstab gemessen, empfindet der Zeitgenosse zumeist nur die Härte, weniger die Wichtigkeit der Zeit. Man erfährt nur die Entscheidung, seltener die wirklichen Gründe der Lenker oder Parteien. Man lebt in der sich überstürzenden Gegenwart mit und verliert im Neuigkeitsschwall ohne genaue Aufzeichnungen sowohl den Blick für die großen Linien der Gesamtentwicklung, als auch die nachträgliche Beurteilungsmöglichkeit für Zwangslagen und die wichtigen Imponderabilien der damaligen Volksstimmung.

Es ist deshalb von besonderer Wichtigkeit zum Verständnis der heutigen Entwicklung die Ansichten, Berichte oder Aufzeichnungen der als Führer tätig gewesenen Männer persönlich — also unbeeinflußt von jener parteipolitischen Unduldsamkeit, die jeden Entschluß Andersdenkender nur mit einer Verdummungs- oder Lächerlichkeitsdosis vermengt berichtet — auf sich wirken zu lassen. Man sollte auch einmal einen anderen Standpunkt unverfälscht anzuhören bereit sein, um sich ein persönliches Urteil bilden zu können.

In diesem Sinne veröffentlicht der Verlag „Zeitgenössische Memoirenwerke" von Führern der Zeit, ohne Ansehen der Partei, wodurch auch eine wertvolle unparteiische Vorarbeit für die Geschichtsschreibung späterer Zeiten geleistet wird.

Audiatur et altera pars!

Der Verlag.

 — Druck der Chr. Belserschen Buchdruckerei in Stuttgart.



Wilhelm Blos

Von der Monarchie zum Volksstaat

Zur Geschichte der Revolution in Deutschland
insbesondere in Württemberg

Von

Wilhelm Blos

Württ. Staatspräsident a. D.

Bergers Literarisches Büro und Verlagsanstalt, Stuttgart

Geleitsbrief.

Am 9. November 1918 trug mich die Woge einer gewaltigen Revolution an die Spitze der neuen württembergischen Regierung, wo ich bis zum 23. Juni 1920 verblieb. Nachdem sich alle Verhältnisse aufgelöst, galt es, das Land vor der drohenden Anarchie und der Diktatur einer gewalttätigen Minderheit zu bewahren. Auf den Trümmern der alten Monarchie war eine demokratische Republik zu errichten, in der das württembergische Volk selbst über seine Zukunft bestimmen konnte.

Im Verein mit den Arbeiter- und Soldatenräten gelang es, die spartakistischen Putsche vom Winter und Frühjahr 1919 niederzuwerfen. Ebenso wurde die von München aus drohende bolschewistische Gefahr glücklich von Württemberg abgewehrt.

Nachdem die aus freiestem Wahlrecht hervorgegangene konstituierende Landesversammlung mir für die provisorische Führung der Staatsgeschäfte als Ministerpräsident Decharge erteilt, wurde ich am 7. März 1919 mit Zweidrittelmehrheit zum Staatspräsidenten gewählt.

Die konstituierende Landesversammlung nahm mit imposanter Stimmenmehrheit die von der Regierung vorgelegte Verfassung an, an deren Spitze steht, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht, und in der es weiter heißt, daß die Vergesellschaftung der Wirtschaft nach dem Stand ihrer Entwicklung Aufgabe des Staates ist.

Als im Frühjahr 1920 Reichsregierung und Nationalversammlung genötigt waren, Berlin zu verlassen, fanden sie in Württemberg die sicherste Zuflucht vor den von rechts drohenden Gefahren.

Bald darauf wurde ich durch Beschluß der sozialdemokratischen Partei aus der Regierung abberufen.

Die nachfolgende Darstellung soll nicht eine Geschichte dieser für Württemberg so bedeutsamen Episode sein. Sie schildert im wesentlichen nur meine persönliche Tätigkeit. Sie wird vieles enthalten, was bisher der breiten Öffentlichkeit vorenthalten war. Ich fühle mich verpflichtet, dem württembergischen Volke vollen Aufschluß über meine Tätigkeit zu geben.

Nicht in Württemberg selbst, aber dicht an der Nordgrenze dieses Landes geboren, habe ich durch vierzigjährigen Aufenthalt im Schwabenland eine zweite Heimat gefunden, der ich in schwerer Zeit einige Dienste zu leisten so glücklich war. Wie dies geschah, soll in den nachfolgenden Blättern verzeichnet sein.

Blos.

Stuttgart, März 1922.

Inhaltsverzeichnis.

Der Weltkrieg und die Revolution.

Als die furchtbare Katastrophe des Weltkrieges uns alle in ihren Strudel hineinriß, hatte ich schon geglaubt, das Ende meiner politischen Laufbahn erreicht zu haben. Ich hatte ungefähr ein halbes Jahrhundert der deutschen Sozialdemokratie gedient, hatte all ihre Kämpfe mitgemacht und all ihre Drangsale mit überstanden. Die zwölf Jahre verschärfter Verfolgung unter dem Sozialistengesetz hatten meine aus wissenschaftlicher Erkenntnis gewonnene sozialistische Überzeugung nur bestärkt.*)

Mit dem Falle des Sozialistengesetzes war das sogenannte Heldenzeitalter der Sozialdemokratie beendet. Die neugewonnene Bewegungsfreiheit führte zu einem gewaltigen Wachstum der Partei, aber ihre Physiognomie veränderte sich weniger zu ihrem Vorteil. Manche unzuverlässigen Elemente, die bei herannahender Gefahr die Partei verlassen hatten, kehrten nun zurück. Das innere Parteileben wurde fast ganz absorbiert durch den unablässigen Streit zwischen „radikalen" und „gemäßigten" Elementen, der durch den Terrorismus der „Radikalen" oft sehr gehässige Formen annahm und die unerquicklichsten Auswüchse zeitigte. Man denke nur an die Debatten des Dresdener Parteitags 1903. So gestaltete sich das Parteileben derart, daß es manchmal mit einem kaum erträglichen Druck auf dem einzelnen lastete.

Unter diesen Umständen tat ich, was viele ältere Sozialisten taten; ich zog mich nach und nach mehr auf mich selbst zurück. Wissenschaftliche, namentlich mannigfaltige historische Studien bildeten nebst den literarischen und journalistischen Erwerbsarbeiten meine Hauptbeschäftigung. Von den allgemeinen Parteitagen hielt ich mich zehn Jahre lang gänzlich fern; der internationale Sozialistenkongreß in Stuttgart bestärkte mich darin. Auch meine nun über vier Jahrzehnte sich erstreckende parlamentarische Tätigkeit wollte ich mit dem Ablauf des mir 1912 wieder übertragenen Reichstagsmandats aufgeben.

Da brach nach dem bekannten aufregenden Vorspiel Anfang August 1914 der Weltkrieg aus. Ich eilte von Wiessee am Tegernsee, wo ich damals mit meiner Frau mich befand, zum Reichstage nach Berlin. Unterwegs beschäftigte ich mich unablässig mit der Frage, ob die sozialdemokratische Fraktion wohl die Kriegskredite bewilligen werde. 1870 hatten Liebknecht

*) Siehe „Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten" (Bd. 1 ersch. 1914, Band 2 ersch. 1919) von Wilhelm Blos, bei Birk u. Comp. in München.

und Bebel erklärt, sie könnten die Kriegskredite weder bewilligen noch verweigern, und hatten sich der Abstimmung enthalten. Das konnten sich zwei Mann erlauben. Anders lag die Sache, wenn es sich um die stärkste Fraktion des Reichstages handelte. Ich war der Meinung, daß unter den bestehenden Umständen die Ablehnung der Kriegskredite ein Verbrechen an Volk und Vaterland sein würde. Ich war fest entschlossen, an dieser Überzeugung bis zum äußersten festzuhalten. Indessen war der Widerstand nicht so stark, wie ich befürchtet. Die überwältigende Mehrheit der Fraktion begriff die Situation und ließ sich von den „radikalen" Phrasen nicht betören. Schmerzlich war dabei, daß die so mächtig wirkende Erklärung der Fraktion von einem Abgeordneten verlesen werden konnte, der innerlich ihr entschiedenster Gegner war.

Die Wirkung der Abstimmung vom 4. August brachte zunächst breite Massen unseres Volkes, namentlich in der Arbeiterwelt, zu der Erkenntnis, daß man sich den großen und allgemeinen Interessen unseres Volkes und Landes widmen könne, ohne dabei Partei- und Klasseninteressen zu vernachlässigen. Die Gedanken des edlen, beim Kriegsausbruch so schmählich hingemordeten Franzosen Jaurès, nach denen das Vaterland heute auch für den Proletarier kein leerer Wahn mehr ist, brachen siegreich durch bei der Mehrheitssozialdemokratie, von der sich alsbald die „radikalen" Gruppen, Unabhängige, Spartakusse und Kommunisten, absonderten.

Innerhalb der Partei wirkte die Abstimmung vom 4. August 1914 geradezu erlösend. Die Herrschaft, die von einem „radikalen" Klüngel durch einen rücksichtslosen Terrorismus erreicht worden war, brach nunmehr völlig zusammen. Die Leute dieses Klüngels hatten jeden Parteigenossen, der „bürgerlichen Verkehrs" verdächtig war, giftig begeifert und angefeindet. Sie selbst pflogen solchen Verkehr aufs eifrigste. Dabei priesen sie sich selbst gegenseitig als goldlautere Charaktere, die durch „bürgerlichen Verkehr" nicht korrumpiert werden könnten; zugleich wollten sie beim Bürgertum als die allein kompetenten Persönlichkeiten in der Sozialdemokratie erscheinen.

Auf dem Dresdner Parteitag hatte dieser Klüngel es durchgesetzt, daß den sozialdemokratischen Schriftstellern verboten oder sehr erschwert wurde, für bürgerliche Blätter zu schreiben, während bürgerliche Schriftsteller ungeniert für die sozialdemokratische Presse schreiben konnten. Dies Verbot wurde nunmehr gegenstandslos.

Ich hatte mich um die Anmaßungen dieses Klüngels in meinem persönlichen Verkehr nie bekümmert, dafür mir aber auch dessen glühenden Haß zugezogen. Man tat von dieser Seite alles, um meine Position in dem Wahlkreis Braunschweig-Blankenburg, den ich dreißig Jahre mit zwei Unterbrechungen vertreten, zu erschüttern, was aber erst während des Weltkrieges gelang und zwar erst nach einer langen infernalischen Hetzarbeit.

Am 4. August 1914 hatten sämtliche Mitglieder der Fraktion für die Kriegskredite gestimmt, obwohl die „Unversöhnlichen" sich der Abstimmung hätten enthalten können. Es bestanden aber Befürchtungen vor etwaigen

Explosionen des Volkszornes, sowie vor etwaigen Gewalttaten der alles beherrschenden militärischen Kreise. Die Abstimmung vom 4. August ließ eine allgemeine Beruhigung eintreten, nachdem sie von der Masse der sozialdemokratischen Wähler gebilligt, ja durchweg mit Begeisterung aufgenommen worden war. Nun aber taten sich in der Fraktion die Differenzen zwischen der großen Mehrheit und den Unabhängigen, sowie den Spartakisten auf. Die Gegner der Kreditbewilligung splitterten ab und nachdem die allgemeine Situation sich so gestaltet, daß öffentliche Erklärungen gegen die Kreditbewilligung gefahrlos geschehen konnten, erfolgten sie auch.

Die nun eintretende Spaltung der Sozialdemokratie war an sich gewiß sehr zu bedauern. Sie lähmte die Aktionskraft der Partei zum guten Teil. Aber sie brachte auch den unschätzbaren Gewinn, daß alle die Hyperradikalen und mit ihnen die Krakehler, die durch lange Jahre das innere Parteileben gestört und verwirrt, nun plötzlich draußen waren. Mit ihnen ging auch der Mann, der seine „Überzeugung" ein Dutzendmal gewechselt und darnach das in diesem Fall groteske Amt eines Prinzipienwächters sich angemaßt hatte. Es schlossen sich den Abgesplitterten von den sozialistischen Arbeitern mehr an, als man damals erwarten konnte; aber neben unzweifelhaft tüchtigen Elementen liefen ihnen alle die zweifelhaften zu, die später in und nach der Revolution eine so üble Rolle gespielt haben. Das unaufhörliche Gejammer über die Spaltung erschien übertrieben, als die Mehrheitssozialisten 1917 ihren Parteitag zu Würzburg hielten, der eine so schöne Einigkeit und Geschlossenheit zeigte, wie kein anderer. Die ältesten Kämpen der Sozialdemokratie sprachen hocherfreut von dem wohltuenden Eindruck, den dieser Parteitag gemacht.

Ich forderte dort die Ersetzung des „greisenhaften" Erfurter Parteiprogramms durch ein zeitgemäßes, was auch beschlossen, aber leider erst spät ausgeführt wurde.

Doch die Spaltung vollzog sich nur allmählich, und die neuen Parteibildungen gewannen erst nach und nach feste Formen. Man bekämpfte sich in zahlreichen Versammlungen mit oft wechselndem Erfolg. Leider erwiesen sich die Anhänger der alten Sozialdemokratie manchmal als lau, da ihnen das Parteileben durch die unaufhörlichen Streitigkeiten verleidet war.

In Stuttgart hatte ich bei einer größeren Gelegenheit nicht zu Worte kommen können. Ich gab daher meiner Auffassung von den Zeitereignissen in einer Herbst 1915 für mich in Karlsruhe veranstalteten Versammlung Ausdruck und sagte in meiner Rede:

„Die Katastrophenpolitik hat bei dem Krieg, den wir jetzt erleben müssen, derart Schiffbruch gelitten, daß sie sich davon wohl kaum erholen wird. In allen Tonarten wird uns im Auslande vorgeworfen, wir hätten die Fahne der Internationale verlassen. Es war von jeher die Schwäche unserer Partei, sich vom Auslande über Gebühr imponieren zu lassen. Diesen Urfehler müssen wir uns abgewöhnen. Der jetzige große Kladderadatsch zwingt uns, uns von der alten Schablone abzuwenden. Wo sind

denn heute die russischen und englischen Sozialisten, die früher auf allen internationalen Kongressen das große Mundwerk spielen ließen? Man hört nichts als die lächerliche Zumutung, daß uns der Zarismus die Freiheit bringen soll. Ich gestehe offen, daß ich zu den Sozialisten gehöre, die zuerst Deutsche sind. Wohl steht im Kommunistischen Manifest der Satz: „Die Proletarier haben nichts zu verlieren als ihre Ketten!" Das stimmt aber nicht mehr. Ja, wenn in den letzten fünfzig Jahren wirklich für das Proletariat nichts erreicht worden wäre, dann wäre das was anderes. Aber wenn man den wachsenden Einfluß unserer Partei und der Gewerkschaften auf allen Gebieten der Sozialpolitik betrachtet, die unserem ganzen Zeitalter das Gepräge gibt, so muß man schon sagen, daß das Proletariat doch mehr zu verlieren hat als nur seine Ketten. Die Ausländer haben nicht das Recht, lediglich vom deutschen Militarismus zu sprechen. Ist die englische Flotte vielleicht kein Militarismus? Auch der Militarismus der französischen Bourgeoisrepublik braucht sich vor dem unserigen nicht zu verkriechen, von dem russischen gar nicht zu reden. Gewiß, wir haben den deutschen Militarismus als solchen früher selbst bekämpft. Aber diese Frage hat jetzt zunächst zurückzutreten. Auch hier wird der Krieg eine Umbildung bringen und hat sie schon gebracht. Wir müssen unsere Kräfte eben auch hier einsetzen, damit sich diese Umbildung in volkstümlichem Sinne vollzieht und die Mängel am Militarismus möglichst beseitigt werden. Wenn man die Frage der Abrüstung näher betrachtet, so kommt man doch zu der Meinung, daß diesbezügliche Verträge gar keinen großen Wert haben, wenn man keine Gewähr dafür hat, daß sie gehalten werden. Wir brauchen nach dem Kriege von unseren Prinzipien nicht das geringste aufzugeben. Unsere Taktik freilich werden wir ändern müssen, hauptsächlich in der Rüstungsfrage. In einer so ernsten Frage wie die Frage der Verteidigung des Vaterlandes dürfen wir später nicht mehr unvorbereitet sein."

Diese Rede wurde auf allen Seiten sehr bemerkt. Tausende, die ähnlich dachten, wollten es nur nicht sagen. Alsbald lief bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eine „Denkschrift" des nachmals zu den „Unabhängigen" übergetretenen Kautsky ein, der sich bisher in der Partei die Rolle eines Ober-Inquisitors zugelegt hatte. Er denunzierte meine Rede als einen Verstoß gegen Prinzipien und Taktik der Partei, was so viel bedeutete, als ein Verfahren gegen mich verlangen.

Aber die Fraktion nahm gar keine Notiz von dieser „Denkschrift", in der ein Czeche mir verbieten wollte, mich zu meinem eigenen Volke zu bekennen.

In einer an diese Sache sich knüpfenden öffentlichen Diskussion hatte ich die öffentliche Meinung durchaus für mich.

Längere Zeit vorher hatte Kautsky eine Schrift von Karl Marx über die Epoche 1848 und 1849 neu herausgegeben. In dieser Schrift hatte Karl Marx die Czechen aufs heftigste angegriffen. In der Einleitung trat nun Kautsky dem Meister entgegen und strich die Vorzüge der czechischen Nation aufs wärmste heraus.

Nach der „internationalen“ Auffassung von Kautsky war es also erlaubt, sich zu beliebigen Nationen zu bekennen, nur zur deutschen nicht.

Ich bin eines der letzten noch lebenden Mitglieder der ersten Internationale von 1864; darum sei auf den Unterschied von einst und jetzt hingewiesen.

Die alte Internationale — im Gegensatz zur zweiten und dritten — erklärte, daß sie und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlagen ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen ohne Rücksicht auf Farbe, Konfession oder Nationalität anerkennen. Man vergleiche damit den rohen Despotismus und das übermütige Auftreten der dritten (russischen) Internationale.

In den Statuten der alten Internationale hieß es, ihr großes Ziel sei die ökonomische Emanzipation der arbeitenden Klassen, ein Ziel, dem jede politische Bewegung als bloßes Hilfsmittel sich unterordnen solle.

Daß man später von diesem Grundsatz sich entfernte, hatte zur Folge, daß die Internationale im Weltkrieg völlig versagte.

Schließlich hielt die alte Internationale sich auch fern von einem einseitigen Pazifismus. Sie wirkte während des großen nordamerikanischen Bürgerkrieges zu gunsten der Union und hat dafür der Generalrat ein warmes Dankschreiben von Abraham Lincoln erhalten.

Die alte Internationale hatte das Ziel, eine Verbindung zwischen den nationalen Organisationen der Arbeiter zu bilden, sie erkannte aber auch die Selbständigkeit der nationalen Gruppen an.

Um 1916 ließ ich meine Schrift: „Die neue Aera“ erscheinen. In dieser wurden die nach dem Frieden notwendigerweise sich einstellenden wirtschaftlichen Probleme erörtert. Die Niederlage Deutschlands und dessen gänzlichen Zusammenbruch konnte man damals wohl befürchten; aber man konnte immerhin auf einen anderen Ausgang hoffen und vom Versailler Frieden konnte man nichts ahnen. Die Ansicht, daß der Weg zum demokratischen Sozialismus durch eine staatssozialistische Epoche hindurch führen werde, war von jeher sehr verbreitet. Darum schlug ich vor, die großen lebenswichtigen Produktionszweige (Kohle, Eisen usw.) möglichst zu verstaatlichen und zugleich die Vorbedingungen zu schaffen, um die Staatsbetriebe zu Musterbetrieben auszugestalten. Von dieser Stufe aus könnten sie, wenn das damals schon glühend erhoffte demokratische Deutschland der Zukunft gekommen, zu einer höheren Produktionsform emporsteigen. Dabei setzte ich voraus, daß man nach dem Kriege zur Beschaffung von neuen Mitteln die Staatsbetriebe heranzuziehen sich genötigt sehen werde. Allein diese ergiebig zu machen oder zu erhalten setzte eine Periode verhältnismäßiger Prosperität voraus; nun aber kam die Niederlage und mit ihr das wirtschaftliche Elend, das auf lange Zeit hinaus von den Feinden Deutschlands künstlich verlängert wird. — Mit dem Problem der Gewinnbeteiligung der Arbeiter befaßte ich mich übrigens damals auch.

Beiläufig war das Wort „Sozialisierung“ vor dem Kriege

bei uns weniger im Gebrauch als heute. Jaurès hatte einmal das bedeutende Wort gesprochen: „Wir wollen das Vaterland nicht abschaffen; wir wollen es sozialisieren." Bei uns hatte man das Wort neuerdings aus Bebels Buch: „Die Frau und der Sozialismus" entnommen, in dem ein Kapitel benannt ist: „Die Sozialisierung der Gesellschaft."*)

Meine Schrift fand viel Beifall, wurde aber auch viel angegriffen. Namentlich geschah dies in einem von den Braunschweiger Unabhängigen eingesetzten Scherbengericht, welches die Schrift verurteilte, ohne sie gelesen zu haben. So ging die Minierarbeit dort weiter und auch das Parteiblatt wandte sich gegen mich, da sich dort „unabhängige" Redakteure einzudrängen gewußt hatten. Daß ich nicht am Platze wohnte, wurde mir jetzt sehr nachteilig.

In einer großen Parteiversammlung unterlag ich, weil die alten Parteigenossen, aus Ekel an den Streitigkeiten, mich im Stiche ließen. Nun hielt man mich endlich für reif zur Beseitigung. Eine Wahlkreiskonferenz sollte dies besorgen. Als Termin war der 27. August 1916 bestimmt. Als ich am Morgen dieses Tages von dem Zweck der Konferenz und deren Zusammensetzung erfuhr, richtete ich folgendes Schreiben an den Vorsitzenden:

„Dem Kreisvorstand hatte ich zugesagt, in der heutigen Konferenz zu erscheinen und über meine Tätigkeit im Reichstage zu berichten. Nun sehe ich, daß diese Gelegenheit lediglich benutzt werden soll, um der Fraktionsmehrheit und mir ein in beleidigender Art abgefaßtes Mißtrauensvotum zu erteilen. Dasselbe wurde im Ortsverein von einer kleinen Minderheit — 167 Parteimitgliedern unter mehr als 3000 und unter mehr als 25 000 Wählern — beschlossen. Dazu ist mir bekannt geworden, daß auf der Konferenz die große Mehrheit der Delegierten mit gebundenen Mandaten erscheint, um den erwähnten Beschluß dort zu wiederholen.

Unter diesen Umständen erscheint eine jede Diskussion zwecklos. Ich nehme darum meine Zusage zurück und erscheine nicht auf der Konferenz. Diese ist ohne Zweifel berechtigt, den Kandidaten für die nächste Wahl aufzustellen; aber sie hat kein Recht, den Entscheidungen des nächsten Parteitags vorzugreifen.

Mein Mandat niederzulegen, wie ein Antrag an die Konferenz fordert, habe ich gar keinen Anlaß. Die Verantwortung für die Folgen dieses Treibens fällt auf die Anstifter. Wenn die Parteigenossen, die im Felde stehen, heimgekehrt sein werden, bin ich bereit, über meine Tätigkeit im Reichstage zu berichten."

Die von etwa 30 Männlein besuchte Konferenz beschloß denn auch, ihrem von 25 000 Wählern erkorenen Abgeordneten ein Mißtrauensvotum zu erteilen. Dieser Beschluß wurde bald darauf von der in Berlin

---

*) Die Bezeichnung ist nicht korrekt, was man sofort sieht, wenn man sie ins Deutsche überträgt: „Die Vergesellschaftung der Gesellschaft." Bebel wollte sagen: „Die Verwandlung der bürgerlichen Gesellschaft in eine sozialistische," wie aus dem Inhalt des betreffenden Kapitels hervorgeht. Indessen streiten sich die Gelehrten über diese Sache.

zusammentretenden Reichskonferenz der Deutschen Sozialdemokratie ausdrücklich zunichte gemacht.

Ich behielt mein Mandat bis zum Ausbruch der Revolution. In Braunschweig wurde damals der famose Staatspräsident Merges auf den Schild gehoben. Zwar bestand, wie ich nachher erfuhr, in Braunschweig an einigen Stellen die Absicht, mich in die dortige Regierung zu berufen. Hätte ich mich dahin begeben, so wäre ich wohl gleich von der Polizei der Spartakisten festgenommen worden. Indessen wurde mir bei den Reichstagswahlen 1919 eine Kandidatur zum Reichstage im neuen Wahlkreise Hannover-Braunschweig wieder angeboten; sie kam aber wegen eines Versehens nicht zu stande.

Die Erkenntnis, daß man ein guter Sozialdemokrat und zugleich auch ein guter Deutscher sein kann, hatte sich Bahn gebrochen. Unsere Fraktion nahm durch alle Phasen des Weltkrieges hindurch dieselbe Haltung ein, wie am 4. August 1914. Dafür wurde sie von den ausländischen Sozialisten der am Kriege beteiligten Länder der Mitschuld am Weltkriege bezichtigt. Diese ergriffen vielfach Partei für die Unabhängigen und Spartakisten, und es rächte sich nunmehr, daß man diesen vor dem Kriege die Verbindung mit den ausländischen Sozialisten in allzu ausgedehntem Maße überlassen hatte, was sie benutzten, um gegen die deutsche Sozialdemokratie, der sie noch angehörten, zu intrigieren. Auch hat meiner Meinung nach die deutsche Sozialdemokratie sich in der Schuldfrage viel zu sehr in die Defensive drängen lassen. Die ausländischen Sozialdemokraten hatten mit Ausnahme der russischen dieselbe Haltung eingenommen wie die deutschen, was nicht kräftig genug betont worden ist. Die Haltung der Guesde und Genossen in der französischen Regierung bot gewiß mehr Anlaß zum Tadel, als die Haltung der deutschen Sozialdemokraten.

Die Versuche der Reichstagsmehrheit, noch rechtzeitig einen Frieden mit der feindlichen Übermacht herbeizuführen, wurden durch allerlei Ränke vereitelt. Einer der größten Fehler wurde offenbar gemacht in der Behandlung der polnischen Frage. Statt die Unabhängigkeit Polens, die Bethmann-Hollweg verkündet, gleich zur Tatsache zu machen, schob man die Sache auf die lange Bank und schuf sich unversöhnliche Feindschaft, wo man Freundschaft hätte gewinnen können. Die Schwierigkeiten in dieser Sache, von denen man so viel sprach, waren nicht unüberwindlich. Daß Napoleon I. in Polen ähnliche Fehler gemacht und damit seine Niederlage von 1812 verschlimmert hat, ist keine Entschuldigung; wir müssen nunmehr unsere Fehler doppelt büßen.

Der verschärfte Unterseebootkrieg führte zum Eingreifen der mächtigen nordamerikanischen Union. Nun rächte sich der Übermut von einst und jetzt. Wenn Bismarck einst gesagt hatte: „Eine englische Armee, die nach Deutschland einfallen will, lassen wir einfach verhaften," so ließ sich das noch aus der damaligen Situation erklären; wenn aber Roon noch 1918 forderte, man müsse auf Auslieferung der englischen Flotte bestehen, so war das nicht mehr erklärlich. Die deutsche Armee ist einfach der feindlichen Übermacht nach tapferstem Kampfe erlegen. Das geflügelte Wort,

sie sei „von hinten erdolcht“ worden, hat gar keine Berechtigung. Die Spartakisten und Unabhängigen haben ihre Agitation in der Armee maßlos übertrieben und auch sonst aufgeschnitten; so wollte der sogenannte Leichen-Müller schon 1916 die Revolution „vorbereitet“ haben, also zu einer Zeit, da der Ausgang des Krieges immerhin noch zweifelhaft war. Nachher gab es auch Leute, die beanspruchten, die Revolution ganz allein „gemacht“ zu haben, und sich die zu diesem Zweck alle möglichen fabelhaften Heldentaten zuschrieben. Anderen waren diese Aufschneidereien zur Verhüllung ihrer Fehler höchst willkommen. Wenn hier gelogen wurde, so taten die Reaktionäre ein übriges. Überhaupt wird die Kulturwelt noch lange Zeit brauchen, bis sie von den Nachwirkungen der Lügen während des Weltkrieges, während der Revolution und nachher wieder gesäubert ist.

Der Weltkrieg ging im Oktober 1918 zu Ende. Die deutsche Heeresleitung erklärte die Lage der Front für verzweifelt und verlangte, daß die deutsche Regierung einen Waffenstillstand nachsuche; der damalige Reichskanzler Prinz Max von Baden zögerte, wurde aber von der Heeresleitung so gedrängt, daß er am 4. Oktober das Gesuch um Waffenstillstand an die Alliierten absandte. Die Heeresleitung erklärte zwar später, sie hätte die Lage an der Front allzu pessimistisch eingeschätzt, allein das kam nun nicht mehr in Betracht.

Das deutsche Volk quittierte die fürchterliche Niederlage sofort mit einer allgemeinen Revolution.

Zunächst kamen einige Vorspiele, die das Heraufziehen des großen Ungewitters ankündigten. Es wurde eine große Flottenaktion verlangt, deren ungünstiger Ausgang vorauszusehen war. Die Mannschaften befürchteten, in einem Verzweiflungskampf zwecklos geopfert zu werden, und so kam es am 3. November zu dem Aufstand in Kiel, der sich über Lübeck und Hamburg ausdehnte. Am 8. November wurde die Republik in München ausgerufen und am 9. November kam die Revolution in ganz Deutschland zum Ausbruch. Die demokratische Reichsregierung des Prinzen Max, welcher der Dynastie Hohenzollern die Thronfolge retten wollte, ward hinweggefegt. Wilhelm II. gab bekannt, daß er abdanken wolle, obschon kurz zuvor seine Großmutter, die Großherzogin Luise von Baden, gesagt hatte: „Ein Hohenzoller dankt nie ab!“ Am 11. November erfolgte seine Flucht nach Holland. Das forderte natürlich zu historischen Vergleichen heraus, die für ihn sehr ungünstig ausfielen, namentlich wenn man an die Haltung Friedrichs II. nach der Schlacht von Kunersdorf dachte. Die menschliche Teilnahme, die der Sturz von seiner Höhe sonst in breiten Massen erweckt hätte, blieb durch diese Flucht auf die fanatischen oder materiell interessierten Anhänger der Monarchie beschränkt.

Da die Träger der Revolution im wesentlichen die Arbeiter und Proletarier inner- und außerhalb der Armee waren, so fiel die Leitung der revolutionären Bewegung ganz von selbst der Sozialdemokratie zu. Die mehrfache Spaltung dieser Partei hat im Verlauf der Revolution zu

großem Unheil geführt. Zunächst wurde eine Verständigung versucht. Im Reiche wie in den Einzelstaaten bildeten sich neue Regierungen mit Sozialisten an der Spitze und gemischt aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen. Die Staatsform ging gewissermaßen selbstverständlich überall in die Republik über.

Dieser ungeheure Umschwung oder wenn man lieber will Umsturz stellt dem ob seiner Lammsgeduld so viel verhöhnten deutschen Volk ein Zeugnis aus, dessen sich kein anderes Volk rühmen kann. Die Umwälzung vollzog sich in einer noch nie dagewesenen Art. Über zwanzig Fürsten, darunter solche aus Dynastien, die beinahe ein Jahrtausend geherrscht, wurden in drei Tagen entthront und alle Widerstände wurden spielend fast ohne Blutvergießen überwunden. Wenn man bedenkt, wie andere Völker für jahrhundertlange Unterdrückung Rache genommen, so steht die Großmut des deutschen Volkes in der Weltgeschichte einzig da. Sie ist um so mehr zu bewundern, als nach den ungeheuren Opfern des Kriegs die gestürzten Gewalten das besiegte Volk einer grausamen feindlichen Allianz überlassen hatten, die nun für die Fehler eben dieser Gewalthaber sich an dem schuldlosen Volke zu rächen und schadlos zu halten unternahm. Wenn man freilich manchmal sieht, wie manche Elemente, die sich an den Tagen der Revolution nicht vorsichtig genug verbergen konnten, nun wieder mit dem alten Hochmut auftreten, so kann man sich nicht wundern, daß es Leute gibt, welche die Großmut des Volkes bedauern. Ich bedaure sie darum nicht.

Die Bedeutung der Revolution vom 9. November 1918 zu erklären und ihren Charakter genau zu zeichnen ist eine Aufgabe, an die sich zahlreiche Gelehrte aller Richtungen herangemacht haben. Zweifellos ist dabei viel Zutreffendes, Geistreiches und Tiefgedachtes publiziert worden. Dies wird aber überwuchert von einer solchen Überfülle von Unsinn und verworrenem, elenden Zeug, daß man sich erstaunt fragt, wie denn die Fähigkeit logischen Denkens gerade im Lande der Dichter und Denker soweit zurückgehen konnte. Gerade den gebildeten und gelehrten Regionen entströmen des Unsinns Quellen am reichlichsten. Sind diese Erscheinungen noch Nachwirkungen der Kriegspsychose? Möglich, ja wahrscheinlich!

Daß eine Revolution von solchem Umfang nicht künstlich „gemacht“ werden, sondern nur aus den allgemeinen Zuständen herauswachsen kann, muß jedem klar sein, der einiges Verständnis für historische Notwendigkeiten hat. Aber da hörte man behaupten, die Revolution sei eine bloße Militärrevolte gewesen, die durch die Wühlereien der Unabhängigen und Spartakusse bewirkt worden. Die schnappten gierig nach dem ihnen solchergestalt gebotenen „Lorbeer“ und fügten noch reichlich „hausgemachten“ Lorbeer hinzu.

Andere wiederum bezeichneten die Revolution nach alter Philisterweise als einen ungeheuren Frevel und wollten sie als den Ursprung des Unheils betrachtet wissen, das aus dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs herausgewachsen war.

Man kann das Schicksal des Reiches Wilhelms II. mit dem Schicksal des Reiches Napoleons III. vergleichen. Der Vergleich hat zwar die Mängel aller historischen Vergleiche, trifft aber doch in einem wesentlichen Punkte zu.

Beide Kaiserreiche hatten die Revolution schon im Leibe getragen. Sie wurde in beiden Reichen nur niedergehalten durch ein gewaltiges Heer. Als diese Heere im Felde besiegt und zersprengt waren, brach die Revolution, sofort überwältigend gleich einem Naturereignis hervor. Die beiden Kaiserreiche stürzten in sich zusammen.

Aber Frankreich — und damit beginnt der Vergleich zu hinken — geriet durch seine Niederlage nicht in einen solchen Abgrund von Elend und Unglück, wie wir. Wenn es auch zwei Provinzen und fünf Milliarden — was bedeutet diese Summe heute? — verlor, war es doch wirtschaftlich und politisch bald neu gekräftigt. Das russische Bündnis schuf ihm eine neue Machtstellung in Europa.

Deutschland dagegen war unter der Herrschaft Wilhelms II. fast völlig isoliert worden. Es blieben ihm nur unsichere Alliierte; dagegen bildete sich gegen Deutschland eine Allianz, dergleichen die Welt noch nicht gesehen.

Die Widerstandskraft des deutschen Volkes hielt die übermächtigen Feinde in Schach. Aber derselbe Geist, der Deutschlands Isolierung herbeigeführt, verhinderte auch den rechtzeitigen Friedensschluß.

Nun brach die Revolution mit elementarer Gewalt herein. Das Volk gedachte der schrecklichen Menschenopfer, welche der Krieg erfordert, und der unsäglichen Leiden, welche die englische Aushungerungspolitik gebracht. Der Haß gegen das herrschende System, das bisher nur von einzelnen Parteien bekämpft worden, erfaßte die ungeheure Mehrheit des Volkes; die sozialistischen Ideen, die sich bisher wesentlich auf die Sozialdemokratie beschränkt, schwollen zu einer mächtigen, unwiderstehlichen Triebkraft an. Die Arbeiter- und Soldatenräte bemächtigten sich der politischen Gewalt.

Die arbeitenden Klassen sahen in der Revolution die Gelegenheit, sich vom Kapitalismus zu emanzipieren. Die „Sozialisierung" wurde das meistgebrauchte Schlagwort. Aber wie ein Mehltau fiel auf die gewaltig aufsprossenden Hoffnungen die bittere Erkenntnis, daß die Revolution zu einer ungünstigen Zeit gekommen. Die Zerstörung der deutschen Wirtschaft durch den Krieg und die Teuerung standen neuen und erfolgreichen wirtschaftlichen Experimenten im Wege; man mußte erst daran denken, sich wieder zu einigermaßen normalen Zuständen emporzuarbeiten. Die Waffenstillstandsbedingungen und die aus ihnen erwachsende Sorge vor einem schlimmen Friedensschluß ließen nicht recht die Begeisterung aufkommen, die sich sonst an eine siegreiche Revolution geknüpft hätte.

In dem wirren Durcheinanderwogen der revolutionären Kräfte galt es nun zu verhüten, daß Deutschland sich in ein Chaos verwandelte.

Die alten Autoritäten verschwanden vom politischen Schauplatz. Wer von ihnen sich gefährdet glaubte, verkroch sich. Viele, die vorher

nicht brutal genug auftreten konnten, spielten nun die jämmerlichste Rolle. Wäre die Sozialdemokratie nicht in den Riß der Zeit gesprungen, so wäre Deutschland der Anarchie zur Beute geworden. Daß Deutschland kein Chaos wurde, ist nur der Sozialdemokratie zu danken. Infolge der Spaltungen in der Sozialdemokratie gab es viel Verwirrung im Reiche, aber damals hätte eine bürgerliche Regierung sich nicht einen halben Tag halten können.

Wir verkannten nicht die Verantwortlichkeit, die uns aus dieser Situation erwuchs, und wir wußten im voraus, daß man, sobald die Gelegenheit gekommen, uns für das Elend haftbar zu machen suchen würde, das aus dem Weltkrieg hervorgegangen. Die den Weltkrieg mit verschuldet, wollen die Schuld an dessen Folgen auf uns abwälzen. Diesem Zweck dient in erster Linie die reaktionäre Presse.

Dies mag zeitweilig gelingen. Aber dauernd läßt sich die Weltgeschichte nicht auf den Kopf stellen.

Der neunte November in Stuttgart.

Urplötzlich, über Nacht, brach die Revolution herein. Sie sah ganz anders aus, als verschiedene erwartet, die seit Jahrzehnten in Revolutionslegenden geschwelgt und die Revolution sozusagen an den Beinen gezerrt hatten. Diese Leute, deren nicht wenige waren, erhofften die Revolution als Selbstzweck, zugleich aber auch als Dauerzustand, und in letzter Linie als interessantes Abenteuer. Wer ihnen davon sprach, daß eine Revolution nur als Mittel zu dem Zweck erwünscht sein könne, alte Fesseln zu sprengen und für zeitgemäße Neuschöpfungen Raum zu schaffen, der galt schon als Reaktionär. Namentlich bei den von schrankenlosem Ehrgeiz und Größenwahn erfüllten unfähigen modernen Herostratussen, die sich in gewissen Zirkeln des rasch anschwellenden Literatentums breit machen. Aber auch bei vielen Arbeitern, deren Phantasie durch hyperradikale Phrasen erhitzt und überreizt war, brachen bis zum Schwindel übertriebene Neuerungsideen hervor.

Im Anfang schien der unwiderstehliche und allgemeine Drang nach Abschüttelung des alten Jochs alles zu vereinigen. Nach den Ereignissen in Kiel und Hamburg verspürte man allgemein die Unvermeidlichkeit eines gewaltigen revolutionären Ausbruchs.

Aber die kommende revolutionäre Bewegung spaltete sich schon vor dem Ausbruch in ihre Elemente. Das bewies ein Vorspiel des Ausbruchs in Stuttgart. Am 4. November strömten eine Anzahl Arbeiter auf dem Schloßplatze zusammen. In den modernen Revolutionen gibt es immer Menschen, die wie Geschäftsleute bei Versteigerungen und ähnlichen Gelegenheiten vorzeitig am Platze sind, um an dem allgemeinen Feuer ihr Parteisüpplein zu kochen. Dies taten in Stuttgart die sogenannten Spartakisten, die Anhänger des in Berlin gegründeten

Spartakusbundes, die übrigens mit dem berühmten Helden des römischen Sklavenaufstandes von 73 v. Chr. verdammt wenig Ähnlichkeit hatten. Es waren dies in erster Linie ein gewisser Dr. Thalheimer, der Sohn eines reichen Güterspekulanten, resp. Viehhändlers in Cannstatt, und ein Schriftsetzer namens Rück.

Die Spartakisten gingen später teils zu den Unabhängigen, teils zu den Kommunisten über. Letztere waren zugleich Anhänger des Rätesystems nach russischem Muster; sie spielten sich als „wahre Marxisten" auf, indem sie sich absichtlich mit jenen Kommunisten der 40er Jahre verwechselten, welche das Kommunistische Manifest veranlaßt hatten. Jene, die sich zum Unterschied von einem verwaschenen bürgerlichen Sozialismus Kommunisten nannten, standen im allgemeinen auf dem Boden der heutigen Mehrheitssozialdemokratie. Natürlich wurde durch dies demagogische Spiel mit Namen bei den Arbeitern große Verwirrung angerichtet.

Thalheimer hatte sich schon seit längerer Zeit durch seine Stänkereien in der sozialdemokratischen Partei einen übeln Namen gemacht. Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften hatten schon am 2. November vor Unbesonnenheiten und unverantwortlichen Personen gewarnt, aber dadurch ließen sich Thalheimer und Rück nicht stören und sie fanden in der gespannten Situation immerhin einige Gläubige, als sie vorgingen, ohne sich mit den bestehenden Arbeiterorganisationen oder deren Vertrauensleuten in Verbindung zu setzen. Dies Vorgehen war ebenso töricht wie schädlich, denn ein Erfolg konnte doch nur von der Gesamtheit der Arbeiter erreicht werden.

Aber diese kläglichen politischen Dilettanten konnten nur den Grund zu der nachfolgenden Zersplitterung der ganzen Bewegung legen. Mit ihren Wühlereien brachten sie am 4. November eine Demonstration auf dem Schloßplatze zu stande, wo einige tausend Arbeiter zusammenströmten, namentlich aus den Daimlerwerken. Rück fabelte nachher von 30 bis 40 000 Teilnehmern. Den Arbeitern war vorgeschwindelt worden, daß sich „Berlin und ganz Deutschland" im Generalstreik befänden. Die ganze Demonstration blieb ohne sonderliche Wirkung und eine zum Minister Köhler gesandte Deputation erreichte dort nichts. Als Köhler bemerkte, er wolle auch andere Vertreter der Arbeiterschaft hören, wurde ihm bedeutet, „daß die Arbeiterschaft weder die Regierungssozialisten,*) noch die Gewerkschaftsbeamten als Arbeitervertreter betrachten könne, sondern einzig und allein den Arbeiterrat".

Den anmaßenden Kunstgriff, „im Namen der gesamten Arbeiterschaft" zu sprechen, hat diese Art von Demagogen immer vortrefflich verstanden. Leider lassen sich gar viele damit täuschen.

In den Betrieben hatte nur ein Teil der Arbeiter gestreikt; die meisten warteten auf eine Parole ihrer Organisationen. Aber aus diesen streikenden Arbeitern heraus hatte man einen Arbeiterrat gebildet, dessen Leitung

*) Darunter sind die Mehrheitssozialisten zu verstehen.

fast ganz aus Spartakisten zusammengesetzt war. An der Spitze stand Rück, ein unfähiger Schreier. Aber diese von den Spartakisten, resp. Kommunisten völlig beherrschte Leitung stellte sich nachher als „Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats" der am 11. November gebildeten provisorischen Regierung gegenüber und machte sogleich von der in den beiden Räten konzentrierten Macht Gebrauch.

Dies war vorauszuschicken; kehren wir nun zu den weiteren Ereignissen nach dem 4. November zurück.

Das Ministerium Weizsäcker ließ eine Anzahl von Verhaftungen vornehmen; auch Rück und Thalheimer wurden festgenommen. Aber die Tage dieses Ministeriums waren gezählt. Schon im Oktober hatte die sozialdemokratische Landtagsfraktion die Ersetzung dieses bureaukratischen Ministeriums durch ein parlamentarisches gefordert und hatte damit bei der Demokratie und beim Zentrum Entgegenkommen gefunden. Die drei Parteien erklärten Herrn von Weizsäcker, daß er weichen müsse. Am 8. November wurde das von den Mehrheitsparteien der Kammer geforderte Ministerium Liesching ernannt; am 9. November wurde es vereidigt. Die nunmehr heranbrausende revolutionäre Flut verschlang dies Ministerium gerade in dem Augenblick, da es vereidigt wurde.

Am 8. November, nachdem die Aufregung unter den Arbeitern wegen der Verhaftungen aufs äußerste gestiegen, fanden zunächst Verhandlungen zwischen der sozialdemokratischen Partei, den Gewerkschaften und der Regierung statt, die zur Freilassung der Verhafteten führten. Zugleich wurde der Regierung angekündigt, daß am nächsten Tage eine größere Demonstration stattfinden, aber in aller Ordnung vor sich gehen solle. Die Regierung fand sich damit ab. Am Abend des 8. November fand eine Besprechung zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften einer- und der unabhängigen Sozialdemokratie andererseits statt, wo man über die Demonstration beriet. Die Unabhängigen schienen, wie ein Augenzeuge versichert, von dem Plan einer Demonstration etwas überrascht; sie hatten eine solche erst auf den 11. November vorbereitet. Man verständigte sich auf ein gemeinsames Programm und weiter dahin, daß die Demonstration nicht zu Gewalttätigkeiten und Blutvergießen führen dürfe; für das Programm sollte das alte Erfurter Programm die Grundlage bilden.

Das revolutionäre Programm lautete:

1. Durchführung der republikanischen Staatsverfassung. 2. Allgemeines, gleiches, geheimes, direktes Wahlrecht in Reich, Staat und Gemeinde auf der Grundlage der Verhältniswahl für alle über 20jährigen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. 3. Abschaffung der ersten Kammer und aller auf Besitz und Geburt beruhenden Vorrechte. 4. Neuwahl der Volksvertretungen. 5. Schleunige Herbeiführung des Friedensschlusses. Abrüstung und Auflösung des stehenden Heeres. 6. Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und der Zensur. 7. Freilassung aller aus politischen und disziplinären Gründen inhaftierten Zivil- und Miltärpersonen. 8. Aufhebung der Hilfsdienstpflicht. Durch-

führung aller von den Gewerkschaften verlangten Maßnahmen für die Übergangswirtschaft, sowie des sozialpolitischen Programms der unterzeichneten Parteien und Gewerkschaften. 9. Beseitigung der Schuldenwirtschaft durch eine gesunde Finanzpolitik unter restloser Erfassung der Kriegsgewinne und große allgemeine Vermögensabgabe.

In dem Bericht des Landesvorstands der württembergischen Sozialdemokratie an die Landesversammlung vom 2. und 3. August 1919 heißt es: „In gemeinsamen Beratungen wurde beschlossen, am Samstag früh 9 Uhr die Arbeit ruhen zu lassen, die Massen in Stuttgart am Schloßplatz und in dessen Umgebung zu sammeln und die Regierung zu stürzen." Am Abend wurden einer Vertrauensmännerversammlung der Metallarbeiter diese Beschlüsse mitgeteilt und gemeinsam die Anordnungen für die Demonstration getroffen.

Dagegen wurde am Vormittag des nächsten Tages noch eine aus Mehrheitssozialisten und Unabhängigen zusammengesetzte Deputation an den Ministerpräsidenten Liesching gesandt, um mit ihm sich über die notwendige Umgestaltung der Staatsverfassung zu besprechen. Liesching berief sich darauf, daß sein Ministerium mit dem König eine Proklamation erlassen habe, in welcher die Einberufung einer konstituierenden Landesversammlung, gewählt von allen Staatsangehörigen über 24 Jahre beiderlei Geschlechts, angekündigt war, die eine zeitgemäße Verfassung schaffen solle. Man war einig in dem Gedanken, daß die Entscheidung in dem Willen des Volkes liege, aber über die Forderung der Unabhängigen, jedem Ministerium bis zum Wahltermin einen Vertreter der Arbeiterschaft beizugeben, konnte man sich nicht einigen. Es wurde noch eine Besprechung mit Liesching verabredet, aber sie kam nicht mehr zu stande und die Proklamation des Ministeriums blieb ohne jegliche Wirkung.

Man sieht, daß es in der Bewegung zwei Strömungen gab, eine mehr und eine weniger entschiedene. Die erstere war offenbar nicht bei den Unabhängigen. Dennoch haben diese und mit ihnen die Spartakisten nachher geprahlt, die Revolution allein „gemacht" zu haben. Aus den angeführten Tatsachen ersieht man, daß die Revolution nicht das Werk der Tätigkeit einzelner Menschen oder Gruppen war, sondern aus dem Drang der Verhältnisse entsprang.

An allen diesen Vorgängen, welche die Revolution in Württemberg einleiteten, habe ich keinen Anteil genommen. Ich wurde zu keinen Verhandlungen hinzugezogen und habe auch von den verschiedenen Abmachungen nichts gewußt. Ich war übrigens schon während des ganzen Krieges zu keiner öffentlichen Tätigkeit am Orte berufen worden; allerdings war ich viel abwesend, namentlich in der letzten Zeit vor der Revolution.

Am Abend des 8. November befand ich mich in dem Restaurant Friedrichsbau und im Nebenzimmer fand die Beratung der Metallarbeiter mit den Leitern der Bewegung statt. Ich war rein zufällig in das Lokal gekommen und als ich bekannte Parteigenossen in das Nebenzimmer gehen

sah, fragte ich einen, was da drinnen los sei. Er sagte mir, daß man „wegen morgen" berate. Da es nicht meine Art ist, mich vor- oder aufzudrängen, so hielt ich mich zurück.

Auf den nächsten Morgen, den 9. November, war meine Frau als Mitglied des Landesvorstands der sozialdemokratischen Partei zu einer Sitzung in das Gewerkschaftshaus bestellt. Ich begleitete sie, da ich ein unbestimmtes Vorgefühl kommender Ereignisse verspürte, und so gingen wir von Degerloch herunter mitten in die Ereignisse des historischen neunten November hinein.

Da ich nicht eine Geschichte der Revolution in Württemberg schreibe, so beschränke ich meine Darstellung auf das, was ich persönlich erlebt habe.

Am Karlsplatz, auf der Planie, in der Eßlingerstraße und am Wilhelmspalast herrschte ein ungeheueres Getümmel. Soldaten und „Zivilisten", meist der Arbeiterschaft angehörig, wimmelten in äußerster Aufregung durcheinander. Man sah auf den ersten Blick, daß die Soldaten sich mit dem Volke verbrüdert hatten. Immerhin waren der Lärm und die Verwirrung nicht so groß, wie man es aus den Schilderungen anderer früherer Revolutionen kennt. Es war unverkennbar, daß jedermann vor Blutvergießen zurückscheute, das doch eine Begleiterscheinung so vieler Revolutionen gewesen ist.

Informationen über das, was bis jetzt geschehen, waren von niemand zu erhalten; wir strebten also ins Gewerkschaftshaus zu kommen, wo der Hof, die unteren Räume und die Treppen voll schreiender und gestikulierender Menschen waren. Aus dem Waisenhaus waren Maschinengewehre herübergebracht worden und deren Anblick erregte die Menge ebenso wie die Mitteilung, daß in den oberen Lokalitäten sich eine Wache befinde. Die Situation war bedenklich, denn man glaubte, die Wache wolle schießen, während, wie ich nachher erfuhr, die Wache glaubte, sie solle mit den Maschinengewehren vom Hof aus angegriffen werden. Wir legten uns ins Mittel, was aber nicht überall gut aufgenommen wurde, denn ein riesiger, finsterblickender Schmied sagte grimmig zu uns, es müsse „ganze Arbeit" gemacht werden. Viele verlangten, die Maschinengewehre sollten in den hinteren Saal ebener Erde gebracht werden, was schließlich auch gelang. Nachdem sie den Blicken der Menge entzogen, ward es etwas ruhiger und wir stiegen zur Wache hinauf, die wir unter einem Hauptmann in einem der oberen Säle fanden. Ich sagte dem Hauptmann, daß die Maschinengewehre weggebracht seien und forderte ihn auf, mit seiner Wache abzuziehen, was er auch tat, denn ich sah ihn gleich nachher auf der Straße. Er ließ einen Posten zurück, der es vorzog, bald auch zu verschwinden.

Die Aufstellung einer Wache im Gewerkschaftshause war völlig zwecklos gewesen und hätte schließlich zu einem Gemetzel führen können.

Wir begaben uns dann in den Saal, wo die Leiter der Bewegung und der Landesvorstand beraten wollten. Es waren aber noch eine Menge anderer Leute hineingeströmt. Da ich von niemand eine Auskunft erhalten konnte und mir viele Leute recht ratlos erschienen, begab ich mich au

die Straße, um die Vorgänge zu beobachten. Meine Frau blieb zur Sitzung des Landesvorstands zurück, der dann die schon erwähnte Deputation an Liesching sandte.

Auf dem Schillerplatz vor dem alten Schloß, sowie am Denkmal des Kaisers Wilhelm I. fanden Volksversammlungen statt. Vom Sockel des Schillerdenkmals herab proklamierten der Sozialdemokrat Hosenthien und der Unabhängige Engelhardt die sozialdemokratische Republik und ließen darüber abstimmen; sie ward einstimmig beschlossen. Ich sah dann den gewaltigen Demonstrationszug über die Königstraße gehen; der Anblick war überwältigend. Alsdann begab ich mich nach Hause, da ich momentan nichts zu tun fand.

Auf dem Heimwege ließ mich der Gedanke nicht los, daß dieser Revolution etwas fehlte, nämlich eine allgemeine, alles überbrausende, mitreißende und erhebende Begeisterung. Ich sagte mir freilich, daß durch die furchtbare Niederlage und das Elend Deutschlands die sonst wohl nicht ausbleibende Begeisterung notwendigerweise etwas gedämpft werde. Aber der Gedanke stimmte mich immerhin etwas herab.

Als meine Frau nach Hause kam, brachte sie die Nachricht mit, daß die Leiter der Bewegung mich ersuchen ließen, nachmittags im Landtagsgebäude zu erscheinen, da man meinen Rat wünsche. Ich begab mich mit meiner Frau dahin.

Unterwegs sah ich die Revolution noch in vollem Gange. Eine aufgeregte Menge umdrängte den Wilhelmspalast, wo sich der König befand; auf dem Vorplatz und auf den Treppen redeten viele Menschen heftig aufeinander ein. Viele andere waren in das Innere des Palastes eingedrungen und hatten durch einen Diener vom König verlangt, daß seine Standarte eingezogen und die rote Fahne aufgezogen werde; er hatte dies verweigert, aber sie flatterte doch vom Dache des Palastes. Ein Leutnant hatte sich den Eindringenden widersetzt und wurde dafür blutig geschlagen; dies war das einzige Blut, das am 9. November 1918 in Stuttgart vergossen wurde.*)

Die Offiziere hatten, wie man mir mitteilte, den Soldaten selbst überlassen, was sie tun wollten. Die Revolution hatte so vollständig gesiegt, daß ein reaktionärer Rückschlag irgend welcher Art vollständig ausgeschlossen erschien. Anfangs erschien mir diese wunderbare Umwälzung, die alles auf den Kopf stellte, wie ein Traum; ich dachte mich aber rasch in die Wirklichkeit hinein.

Von da ab erst begann meine Betätigung in bezug auf die sich abspielenden Zeitereignisse.

Im großen Ausschußzimmer, das völlig überfüllt war, tagten Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien, der Gewerkschaften und des Soldatenrats; dazu waren noch eine Anzahl anderer an der Arbeiterbewegung beteiligter Personen gekommen. Kaum konnten wir noch Platz bekommen.

*) Trotz alledem erhebt ein gewisses Philistertum bei jeder Gelegenheit ein fürchterliches Geschrei über die „Greuelszenen", die es am 9. November in Stuttgart erlebt haben will.

Die Physiognomie dieser bedeutsamen Sitzung hat sich meinem Geiste besonders eingeprägt. Auch hier vermißte ich den Hauch revolutionärer Begeisterung, den man doch hätte erwarten dürfen; auch hier drückte sich unverkennbar eine Stimmung aus, die man vielfach als Ratlosigkeit bezeichnen konnte. Diejenigen, welche redeten, bemühten sich durchweg sichtlich, an der Hauptsache vorbeizureden. Sogar eine sehr bekannte, bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit in den geschwollensten und blutrünstigsten Revolutionsphrasen schwelgende weibliche Persönlichkeit blieb stumm. Man drängte mich, eine Ansprache zu halten, und schließlich tat ich es.

Ich erinnerte die Versammlung, die zum Teil ihre historische Mission nicht zu erfassen schien, daran, daß ihr durch die Revolution die öffentliche Gewalt in den Schoß gefallen sei. Wenn sie diese Gewalt nicht festhalte, so würden sich andere derselben bemächtigen. Ich verwies auf das Beispiel früherer Revolutionen und sagte: „Sie müssen eine provisorische Regierung bilden und diese Regierung muß vor allen Dingen darauf bedacht sein, sich eine Machtstellung zu sichern."

Meine Rede wurde nicht mit Begeisterung, aber mit allgemeiner Zustimmung aufgenommen. Das Stichwort war gegeben.

Die Antwort auf meine Rede bestand darin, daß der Abgeordnete Keil mich als Vorsitzenden der provisorischen Regierung vorschlug, nachdem die Versammlung mir ohne Debatte zugestimmt hatte.*) Ich sagte, es könne scheinen, als ob ich meinen Vorschlag nur zu dem Zwecke gemacht, in die Regierung zu kommen, und lehnte ab. Darauf wurde der Abgeordnete Keil vorgeschlagen. Dieser lehnte auch ab, schlug mich aber nochmals vor und ersuchte mich dringend, anzunehmen. Das letztere tat auch Crispien von den Unabhängigen. Nach kurzem Besinnen nahm ich an. Ich hatte tatsächlich an eine solche Wirkung meiner Rede nicht gedacht.

Zu Betrachtungen über die Verantwortlichkeit, die ich in dieser kritischen Stunde auf mich genommen, blieb mir momentan keine Zeit. Es galt nun zu handeln. Zunächst war das Ministerium zu vervollständigen. Die Versammlung ernannte für das Äußere mich, für das Innere Crispien von den Unabhängigen, für die Justiz Mattutat, für das Kultusministerium Heymann, für das Kriegsministerium Schreiner und für die Finanzen Thalheimer (die beiden letzteren von den Unabhängigen). Lindemann, der nicht anwesend war, wurde für das Arbeitsministerium bestimmt. Das Verkehrswesen sollte auf Vorschlag Keils vom Äußeren abgetrennt und selbständig organisiert werden. Crispien sollte mit mir zusammen im Ministerium den Vorsitz haben; er hat aber niemals Anspruch darauf gemacht.

Es erwuchs mir nun die Aufgabe, in der „drangvoll fürchterlichen Enge" dieses Lokals die Proklamation der Regierung an das württembergische Volk zu entwerfen. Gerade als ich damit begann, trat ein

*) Ich folge meiner Erinnerung. Die Reihenfolge der Vorschläge kann auch etwas, aber nicht viel anders gewesen sein.

dramatischer Moment ein, der sich wohl allen, die an der Sitzung teil nahmen, tief eingeprägt hat. Es erschien im Saal General von Ebbinghaus mit einer Anzahl seiner Offiziere und stellte sich der Revolutionsregierung zur Verfügung. Er sagte, daß er mit dem Programm, welches die beiden sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften aufgestellt, vollkommen einverstanden sei. Eine Ansprache, die der General vom Balkon des Landtagsgebäudes an die unten sich drängende Volksmasse hielt, wurde sympathisch aufgenommen.

Dieser glückliche Zwischenfall kam mir sehr gelegen. Ich nutzte ihn sogleich aus, indem ich ihn in die Proklamation aufnahm. Ich wußte, daß die Bevölkerung es günstig aufnehmen würde, wenn die Regierung einen solchen Schutz zur Verfügung hatte, und es traf dies auch in vollem Umfang zu.

Ungefähr um dieselbe Zeit erschienen bei mir zwei Landwehrleute, die mir meldeten, daß sie direkt vom König kämen, der von allen verlassen und in der größten Aufregung sei. Sie hätten den Auftrag, mich um einen Schutzbrief zu bitten, um dem König die ungefährdete Abreise nach Bebenhausen zu sichern. Sie seien, sagten sie, an der Revolution beteiligt, aber gerade deshalb wollten sie nicht, daß ein wehrloser alter Mann etwa mißhandelt und die Revolution dadurch befleckt werde. Ich stellte den Schutzbrief ohne weiteres aus. Nach entsprechender Zeit kamen die beiden wieder und meldeten, daß der König in ihrer Begleitung wohlbehalten in Bebenhausen angelangt sei.

Ich gebe dies Ereignis genau so wieder, wie es sich zugetragen hat. Über die Abreise des Königs kursieren bekanntlich mehrere Variationen. Ich kann zurzeit nicht feststellen, was richtig und was unrichtig, und beschränke mich deshalb darauf, zu konstatieren, was sich bei mir abgespielt. Doch sei der Vollständigkeit wegen hier wiedergegeben, was Finanzminister Liesching in einer Versammlung in Freudenstadt als Augenzeuge über die Abreise des Königs angegeben hat. Er sagte: „Während wir (das Ministerium Liesching) am Revolutionssamstag zur Beeidigung in dem Privathaus des Königs, dem Wilhelmspalast, waren, schwoll die Menge, die sich auf dem Schloßplatz versammelt hatte, an und wollte zum Schloß hinein. Zu einer eigentlichen Injurie gegen die Person des Königs ist es nicht gekommen. Wir als Regierung hatten schon vorher uns dahin geeinigt, daß wir den Vorschlag machen wollen, eine neue Verfassung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts mit Einschluß des Frauenwahlrechts dem Land zu geben. Am Morgen des 9. November hat der König diese Kundgebung unterzeichnet und wir haben sie proklamiert. Es war daher eine Deputation nicht notwendig, und niemand verlangte zum König hereinzukommen. Die Leute haben verlangt, daß man die Fahne, die übrigens die des Hauses des Königs und nicht ein Zeichen der Königswürde ist, entferne, und daß eine rote Fahne aufgezogen werde. Wir sind hinausgegangen und verhandelten mit den Leuten. Es schien, als ob

sie auf ihren Wunsch verzichten würden, als ein von aufgeregten Menschen begleiteter Matrose in stürmischer Weise den Wunsch wiederholte. Es wurde ihm gesagt: ‚Wenn Sie es machen wollen, machen Sie's. Wir machen's nicht und helfen auch nicht dazu!' Dann ist die Menge vom Schloß abgezogen. Am Nachmittag haben wir, nachdem der König während der Revolution dageblieben war, aber ein weiteres Verbleiben überflüssig war, den Soldatenrat gebeten, er solle dem König ein sicheres Geleit nach Bebenhausen geben, und das ist anstandslos geschehen. Irgendwelche Beleidigungen der Person des Königs sind in den Tagen nicht vorgekommen, er gab auch keine Veranlassung dazu. Was er an jenem Vormittag erklärte, daß seine Person niemals ein Hindernis für die Freiheit des Volkes sein werde, das hat er auch gehalten. Er hat freiwillig, ohne daß ein Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats erfolgt wäre, auf den Thron verzichtet."

Der zu den Spartakisten gehörige damalige Kriegsminister Schreiner hat nachher öffentlich erklärt, daß er der Anordnung des Soldatenrats nachgekommen sei. Von den „greulichen Szenen" im Wilhelmspalast, die heute noch immer aufgefrischt oder neu erdichtet werden, bleibt sonach ungefähr so viel wie nichts übrig. — Die Erzählung des Herrn Esterle, der am 9. November nachmittags eine historische Rolle im Wilhelmspalast gespielt haben will, scheint mir sehr anfechtbar. So will er um 1 Uhr den „neuen Kriegsminister Schreiner" gesehen haben. Diesen gab es damals noch nicht und von der provisorischen Regierung war um 1 Uhr noch gar keine Rede.

Die Proklamation kam mit vieler Mühe unter den sich drängenden und stoßenden Menschen zu stande. Jetzt machte sich auch die Kommunistin Zundel (Zetkin) — damals noch unabhängig, wenn ich recht weiß, denn sie wechselte mehrmals — bemerkbar und wollte mir einen langen Wisch voll fürchterlicher Phrasen aufdrängen, die in die Proklamation hinein sollten. Ich lehnte diese Zumutung entschieden ab; nur die letzten drei Zeilen der Proklamation stammen aus dem Manuskript jener Dame, die sich damit ohne Widerspruch beruhigte.

In der Proklamation war eine wichtige Frage entschieden durch den Satz, daß die provisorische Regierung es als ihre erste Aufgabe betrachte, eine konstituierende Landesversammlung auf Grund der in unserem Programm bekannt gegebenen Wahlrechtsforderungen vorzubereiten. Dem stimmten auch die Unabhängigen Crispien und Schreiner zu, indem sie die Proklamation unterschrieben. Später behauptete Crispien, er sei für die „Diktatur des Proletariats" eingetreten, was eine grobe Unwahrheit ist. Die „Diktatur des Proletariats", von der Marx einmal gesprochen, ist etwas ganz anderes als die rohe Gewaltherrschaft, welche Unabhängige, Spartakisten und Bolschewisten darunter verstehen, aber sie berufen sich alle auf Marx. In ihrer Proklamation entschied sich die provisorische Regierung von vornherein gegen eine Diktatur und für eine parlamentarische Demokratie.

Die Proklamation ward unter vielen Störungen fertiggestellt und am andern Morgen lasen die Stuttgarter Einwohner an den Anschlagsäulen und in den Zeitungen, daß Württemberg eine Republik geworden und eine neue provisorische Regierung eingesetzt sei. Der Arbeitsausschuß ging am Abend des 9. November ruhig auseinander. Wir verabredeten, am andern Tag, Sonntag, den 10. November, wieder zusammenzutreten. Das kam anders. Der in der Proklamation angeführte Arbeitsausschuß ist nie wieder zusammengekommen.

Die Proklamation vom 9. November sei als historisches Dokument hier wiedergegeben.

„An das württembergische Volk!

Eine gewaltige, aber glücklicherweise unblutige Revolution hat sich heute vollzogen. Die Republik ist erklärt.

Eine neue Epoche der Demokratie und der Freiheit bricht an, die alten Gewalten treten ab und das Volk, das die Revolution bewirkt hat, übernimmt die politische Macht.

Seine nächste Vertretung bildet der aus den Freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und dem Arbeiter- und Soldatenrat berufene Arbeitsausschuß, dem sich General v. Ebbinghaus mit seinem Offizierkorps zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt hat. Die genannten Körperschaften werden geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte heranziehen, ohne Rücksicht auf ihre politische oder religiöse Gesinnung.

Die Regierung ist provisorisch und betrachtet es als ihre erste Aufgabe, eine konstituierende Landesversammlung auf Grund der in unserem Programm bekanntgegebenen Wahlrechtsforderungen vorzubereiten.

Die Regierung wird eine umfassende Amnestie erlassen.

Sie fordert die Bevölkerung auf, die Sicherheitsorgane bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen, sowie die Arbeit wieder aufzunehmen.

Unberufenen Elementen, die sich öffentliche Ämter anmaßen, ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Berechtigt zu Amtshandlungen sind nur die mit amtlichem Ausweis versehenen Vollzugsorgane.

Für den Schutz von Leben und Eigentum ist Vorsorge getroffen. Die Soldaten gehorchen dem von ihnen gewählten Soldatenrat.

Von den öffentlichen Beamten, insbesondere dem Personal der Verkehrsanstalten, erwarten wir, daß sie weiter ihre Schuldigkeit tun.

Freies Versammlungs- und Vereinsrecht ist für alle Zivil- und Militärpersonen gewährleistet.

Es werden umfassende soziale Reformen vorbereitet.

Die Bevölkerung der übrigen Gemeinden des Landes fordern wir auf, sich dem von der Stuttgarter Bevölkerung gegebenen Beispiel anzuschließen und in den wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen zur Landes-

hauptstadt keine Stockungen eintreten zu lassen. Wir werden es als unsere besondere Pflicht ansehen, uns der Interessen der gesamten Bevölkerung des Landes und sämtlicher Erwerbsschichten aufs nachdrücklichste anzunehmen.

Wir entbieten brüderlichen Gruß den Arbeitern und Soldaten aller Länder und fordern sie auf, mit dem revolutionären deutschen Volk solidarisch zu handeln und damit einen baldigen, dauernden Frieden der Gerechtigkeit herbeiführen zu helfen.

Stuttgart, 9. November 1918.

Die Provisorische Regierung:

Vorsitz: Blos. Crispien. Auswärtiges: Blos. Inneres: Crispien. Arbeitsministerium: Lindemann. Finanzen: (zunächst unbesetzt). Kult: Heymann. Justiz: Mattutat. Krieg: Schreiner.

Dazu kommt folgende Erklärung:

Ich habe mich bereit erklärt, im Einvernehmen mit dem Soldatenrat mitzuhelfen, daß die militärische Ordnung in Stuttgart aufrecht erhalten bleibt.

9. November 1918. General v. Ebbinghaus."

Es könnte auffallen, daß sich die neue Regierung am 9. November abends so sorglos getrennt hat. Genau betrachtet hatte sie zu Besorgnissen keinen Anlaß. Zunächst wußte man, daß die Revolution fast in ganz Deutschland siegreich gewesen. Zu irgend einem reaktionären Handstreich war keine organisierte Macht vorhanden. Die Soldaten waren fast alle der Revolution zugetan und hatten sich mit dem Volke verbrüdert; die Offiziere allein waren machtlos. Alle militärische Macht lag in den Händen des Soldatenrats, der zu den Trägern der Revolution gehörte. Das Beispiel des Generals von Ebbinghaus hatte auch beruhigend gewirkt. Der Sieg der Revolution war gesichert.

Nur jene Wanderratten, welche in jeder modernen Revolution deren Früchte zu zernagen bestrebt sind, waren auch hier schon unterirdisch am Werke. Die Zersplitterung der Kräfte, die zur Revolution zusammengewirkt, wurde an diesem Abend schon angebahnt.

Als ich im Begriff war, das Landtagsgebäude zu verlassen, sagte jemand zu mir: „Es wird gut sein, wenn Sie einmal nachsehen, was in der Druckerei des ‚Neuen Tagblatt' vorgeht."

Ich begab mich sogleich mit zwei Parteigenossen dahin. Als wir in den Setzersaal eintraten, sahen wir die beiden Spartakisten Rück und Thalheimer mit finsteren Mienen dort umherschleichen. Sie hatten offenbar irgend etwas vor. Ein Teil der Proklamation war schon gedruckt und hinausgegeben. Aus dem in der Maschine stehenden Satz hatte Thalheimer seinen Namen als Finanzminister herausgenommen; er wollte, wie mir die Setzer sagten, an dieser Regierung nicht teilnehmen.

Wir sprachen nicht miteinander und ich hatte auch nicht das geringste Interesse, ihn in der Regierung zurückzuhalten. Aber ich hatte den Eindruck, als wollten die beiden noch weitere Veränderungen an dem Satz vornehmen und dann wären zwei widersprechende Proklamationen erschienen. Die dann voraussichtlich eintretende Verwirrung wurde nunmehr verhütet.

In dieser Nacht schlief ich begreiflicherweise wenig, wenn ich auch ziemlich ermüdet war. Ich konnte nunmehr erst über die Ereignisse nachdenken, die an diesem Tage an mir vorübergerauscht waren. Eine Woge der Revolution hatte mich auf den hervorragenden Posten an der Spitze des Staates geschleudert. Einige Stunden zuvor hätte ich etwas Derartiges noch für ausgeschlossen gehalten. Der gewaltigen Verantwortlichkeit, die auf mir lastete, war ich mir vollkommen bewußt. Aber ebenso war ich mir der Pflicht bewußt, daß ich in einem solchen Augenblick dem an mich ergangenen Rufe folgen mußte. Eine andere Regierung als eine ganz oder in der Mehrheit sozialdemokratische war in diesem Moment überhaupt nicht möglich. Eine bürgerliche Regierung wäre sofort zusammengebrochen. Trat die Sozialdemokratie nicht in die Bresche, so fiel das Land der Anarchie anheim.

Die Gefahren, die der neuen Regierung von rechts und von links drohten, türmten sich vor mir auf. Die von rechts schienen mir momentan weniger bedeutend als die von links. Ich beschloß, alles aufzubieten, um das Land vor einer Diktatur nach bolschewistischem Muster zu bewahren und dem württembergischen Volke selbst die Entscheidung über seine Zukunft zu sichern.

Genau bekannt mit dem Charakter und den historisch gewordenen Anschauungen und Gepflogenheiten des Schwabenvolkes, unter dem ich über drei Jahrzehnte gelebt und mit dem ich schon vorher als Grenznachbar vertraut geworden, genau bekannt auch mit der politischen und ökonomischen Struktur des Landes wie mit dessen Vergangenheit, wußte ich recht gut, daß eine reine Parteiregierung im bisherigen Königreich Württemberg nicht möglich war. Ich kannte auch recht gut den großen Anhang, den die württembergische Dynastie im Volke besaß, die über 800 Jahre an der Macht gewesen war. Das württembergische Volk ist demokratisch und konservativ zugleich angelegt, was sich in dem zähen, jahrhundertelangen Kampf um seine Verfassung ganz besonders ausprägt. Die Republik war nun erklärt und das bedeutete eine gewaltige Umwälzung, aber es konnten nicht alle Württemberger über Nacht Republikaner werden. Sollte die Republik jetzt Bestand haben, so mußte die republikanische Regierung im Interesse des ganzen württembergischen Volkes handeln. Dies beschloß ich denn auch für mich sogleich, aber ich beschloß auch, niemals die Partei zu verleugnen, der ich seit einem halben Jahrhundert angehöre. Über die daraus erwachsenden Schwierigkeiten war ich mir durchaus klar. Immerhin erschien mir als eine Hauptsache, stets eine sozialistische Mehrheit in der Regierung zu haben.

Es ging mir in dieser Nacht auch im Kopfe herum, was unter meinen

engeren Parteifreunden so oft gesagt worden war, wenn wir die Möglichkeit der Übernahme der Regierungsgewalt durch die Sozialdemokratie besprachen. Wir waren alle stets darin einig gewesen, daß uns große, wenn nicht die größten Schwierigkeiten aus der sozialistischen Bewegung selbst, resp. aus dem Gegenspiel einzelner Personen und Gruppen aus der Partei erwachsen würden. Mein oben angedeuteter Entschluß bezüglich der Haltung der Regierung weckte diese Befürchtungen in erhöhtem Maße. Wie weit sie begründet waren, wird sich aus dieser Darstellung erweisen.

Der Vorgang in der Druckerei des „Neuen Tagblatt“ ließ für den nächsten Tag eine recht kritische Situation erwarten. Diese trat in der Tat ein.

Neubildung der Regierung.

Über Nacht wuchs sich der unbedeutende Vorfall in der Druckerei des „Neuen Tagblatt“ zu einer Regierungskrisis aus. Der Spartakist Thalheimer wollte die Regierung von allem, was nicht unabhängig oder spartakistisch war, „gesäubert“ wissen, während ich die Regierung mit Vergnügen von eben diesem Thalheimer schon gesäubert wußte. Damit hätte man über diese Sache zur Tagesordnung übergehen können. Allein die Spartakisten befanden sich in der unabhängigen Sozialdemokratie, in der sie eine besondere Organisation bildeten, und da sich Unabhängige in der Regierung befanden, so konnten die Spartakisten immer noch Verwirrung stiften und zwar mehr als genug.

Ich verfügte mich am Sonntag, den 10. November, zeitig ins Landtagsgebäude, wo alle Säle besetzt waren und auf Treppen und Gängen eine Menge Menschen durcheinander wimmelten. Die Revolution hatte schnell eine Anzahl „problematischer Naturen“ angelockt, die mir viel Spaß machten, namentlich ein ehemaliger Landgerichtsrat, dessen Auftreten zwar nicht allzu tragisch genommen wurde, der aber fest glaubte, die Weltgeschichte habe auf sein Erscheinen gewartet, um ihn an die Spitze der Revolution zu stellen, und der im Bewußtsein seiner hohen Mission sehr geringschätzig auf mich herabsah.

Die erste Regierungskrisis begann sogleich am Sonntag vormittag. Die Wühlarbeit der Spartakisten ging zunächst dahin, eine Zusammenarbeit von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen in der Regierung zu verhindern. Dies gelang ihnen nicht, obschon Unabhängige und Spartakisten noch in einer Organisation zusammengekoppelt waren. Die Spartakisten mußten sogar den Schmerz erleben, daß die mehrheitssozialistischen und unabhängigen Minister sich zusammenfanden und zwar in der Frage der Verbreiterung der Basis der Regierung. In Anbetracht der augenblicklichen Lage und des allgemeinen Zustandes des Landes wurden wir Mehrheitssozialisten einig darin, daß eine rein sozialistische Regierung sich nicht würde durchsetzen können, namentlich da die Revolution mit der Demobilisierung zusammenfiel. Die Aufnahme von Mitgliedern der

bürgerlichen Parteien mußte die Stellung der Regierung wesentlich erleichtern, namentlich gegenüber der Beamtenschaft. Lindemann trat sogleich mit großer Energie für ein solchergestalt zusammengesetztes Ministerium ein und ich hatte mich von der Notwendigkeit des Heranziehens der bürgerlichen Parteien so sehr überzeugt, daß ich erklärte, ich könne nur dann an der Spitze der Regierung bleiben, wenn ihre Basis so verbreitert würde. Auch Keil und Mattutat traten für die Verbreiterung ein, denen sich Crispien von den Unabhängigen anschloß. Dieser vertrat den Gedanken mit viel Wärme und Entschiedenheit. Später hat dieser unklare Kopf dies geleugnet. Aber jetzt geriet er in heftigen Streit mit seinen spartakistischen Freunden, die natürlich gegen den Eintritt bürgerlicher Minister in die Regierung tobten. Dies taten auch mir gegenüber der Unabhängige Hoschka und der Spartakist Rück in einer kurzen Unterredung, worauf ich spöttisch erwiderte, das Land habe schon lange auf sie beide gewartet und sie möchten darum doch selbst eine neue Regierung bilden. Damit ließ ich sie stehen. Sie sahen mir verdutzt nach.

Nachdem wir uns für die Zusammenarbeit mit Vertretern der bürgerlichen Parteien entschieden, mußten wir die Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrats einholen. Die öffentlichen Gewalten hatten sich ganz von selbst so verteilt, daß bis zur Inkraftsetzung der von der Landesversammlung zu schaffenden Verfassung der Regierung die Exekutive, dem Arbeiter- und Soldatenrat die Kontrolle zufiel. Auf der Übereinstimmung dieser beiden Machtfaktoren beruhte vorläufig der Bestand des neuen Staatswesens. Diese Übereinstimmung zu erhalten ward wesentlich meine Aufgabe. Bei der großen Parteizerrissenheit war diese Aufgabe, wie man leicht einsieht, eine sehr schwierige. Ging die Übereinstimmung verloren, so fiel das Land der Anarchie anheim. Erst nach einigen Wochen gelang es mir, ein Gesetz als Grundlage für die Übereinstimmung der revolutionären Gewalten zustande zu bringen. Die Übereinstimmung zu stören, daran wurde von Maulwürfen und Wanderratten, wie sie bei jeder Revolution erscheinen, schon vom ersten Tage des Umschwungs an gearbeitet.

Die Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats, welche die Sache entscheiden sollte, fand am Nachmittag des 10. November statt und zwar im Halbmondsaal. Alle Plätze waren besetzt. Es konnte als ein böses Vorzeichen erscheinen, daß der Spartakist Rück in dieser wichtigen Versammlung den Vorsitz führte. Es war dies wieder ein Beweis, wie die Radikalen sich vorzudrängen verstanden, denn Rück wurde eigentlich von niemandem besonders hoch bewertet, vielmehr fast allgemein sehr geringschätzig beurteilt. Die vielen Erfolge dieses Vordrängens sind eben nur ein Beweis für die Schwäche der — anderen.

Ich begab mich in die Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats und richtete im Namen der provisorischen Regierung einige Worte der Begrüßung an die Versammelten. Meine Ansprache wurde gut aufgenommen. Alsdann entfernte ich mich wieder. Ich war mit meinen Gesinnungs-

genossen der Anschauung, daß es besser sei, Crispien und seinen Freunden die Bekämpfung der Spartakisten und der mit diesen zusammengehenden Unabhängigen in der Versammlung zu überlassen. Diese Berechnung täuschte uns auch nicht. Crispien stürzte sich mit ungeheurem Eifer in diesen Strudel und trat für die Heranziehung von Ministern aus den bürgerlichen Parteien ein; desgleichen seine engeren Gesinnungsgenossen. Die Spartakisten unterlagen hier; Rück mußte den Vorsitz abtreten, den Crispien übernahm, und es wurde gegen wenige Stimmen beschlossen, daß Crispien und Schreiner in der Regierung auf erweiterter Grundlage verbleiben sollten. Die Spartakisten waren völlig geschlagen, aber sie gaben ihre Intrigen darum nicht auf.

Während dieser Verhandlungen trat ein für mich peinlicher Zwischenfall ein. Ein Parteigenosse berichtete fälschlich, daß der Arbeiter- und Soldatenrat beschlossen habe, die Regierung abzusetzen. Einen Moment überwältigte mich der Ärger über diese fortwährenden Häkeleien und ich hatte Lust, mich zurückzuziehen. So folgte ich der liebenswürdigen Einladung der befreundeten Familie Binder, im Hotel Marquardt mich etwas zu verpflegen, was sehr nötig war. Dann aber kam die Botschaft, daß ich getäuscht worden und daß der Arbeiter- und Soldatenrat sich für uns ausgesprochen hatte.

Die „Schwäbische Tagwacht" berichtete später, als Crispien in einer sogenannten Abrechnung sein Eintreten für die sozialistisch-bürgerliche Regierung dreist abzuleugnen suchte, über diesen Zwischenfall:

„Die rechtssozialistischen Minister nahmen an der Versammlung, die im Halbmondsaal tagte, abgesehen von einer kurzen Ansprache des Ministerpräsidenten Blos, überhaupt nicht teil, sondern ließen sich von Teilnehmern über ihren Verlauf berichten. Als es vorübergehend so schien, als ob die spartakistische Richtung sich durchsetzen werde, verließen die rechtssozialistischen Minister und ihre Freunde sofort das Landtagsgebäude und erklärten ihre Mission für erledigt. Erst als feststand, daß Crispien über die Widersacher in seinen eigenen Reihen einen großen Sieg errungen hatte, begaben sie sich ins Landtagsgebäude zurück und nun wurden im Verlauf des Abends die Verhandlungen mit den Herren Liesching, Kiene und Baumann angeknüpft, um sie zum Eintritt in die Regierung zu bewegen."

Wir beschlossen dann im Landtage, das Finanzministerium Liesching, das Justizministerium von Kiene und das Ernährungsministerium Baumann anzubieten. So waren die demokratische, die Zentrums- und die nationalliberale Partei in die Regierung einbezogen; der Ernährungsminister Baumann schloß sich später, wie viele seiner Parteigenossen, der demokratischen Partei an.

Durch Keils und meine Bemühungen wurden die drei genannten Herren bewogen, sich mit den Mitgliedern der provisorischen Regierung zu einer Beratung zusammenzufinden. Diese fand im Arbeitszimmer des Landtages statt und wurde alsbald durch einen sehr dramatischen Zwischenfall unterbrochen.

Schon am Nachmittag hatte der Vizefeldwebel Ulrich Fischer, der bald darauf Kriegsminister wurde, furchtbar gegen „Verräter“ getobt und Drohungen ausgestoßen, die er mit Faustschlägen auf den Tisch begleitete. So kam es, daß der General von Ebbinghaus, der sich am Abend zuvor dem Soldatenrat und der Regierung mit seinen Offizieren zur Verfügung gestellt hatte, verhaftet wurde. Er wurde auf seinen Wunsch in das Landtagsgebäude übergeführt und erschien dort in der Ministerialsitzung, begleitet von seiner mutigen Gattin. Dem Kriegsminister Schreiner, der ihm gegenüber saß, fielen fortwährend die Augen zu; wo und wodurch er so schlaftrunken geworden, weiß ich nicht. In dieser Situation wurde das Verhör des Generals vorgenommen, welches absolut nichts Belastendes ergab; nicht der Schatten eines Beweises von „Verrat“ konnte geliefert werden. Der General richtete schließlich die direkte Frage an mich, ob ich ihn für schuldig hielte. Ich antwortete kräftig: „Nein!“ und daraufhin konnte er frei von dannen gehen. Ich bedauerte aufrichtig, daß gerade dieser Offizier, der sich so loyal gegen die Revolutionsregierung verhalten hatte, in solcher Weise traktiert worden war und sagte ihm dies auch mit aller Offenheit.

Die zum Eintritt in die Regierung ausersehenen Mitglieder der bürgerlichen Parteien kamen mit schweren Bedenken. Die sehr gründliche Aussprache nahm den Sonntag Abend und den Montag Vormittag in Anspruch. Die Bedenken der drei Vertreter der bürgerlichen Parteien wurden nach und nach zerstreut. Die Gleichberechtigung der Regierungsmitglieder wurde ausdrücklich ausgesprochen. Ich ließ mich bereden, auch die Verkehrsverwaltung mit dem Auswärtigen zu übernehmen, welches Amt aber nur mehr formell blieb, nachdem ich den Parteigenossen Hitzler als Unterstaatssekretär mit der eigentlichen Leitung der Verkehrsverwaltung betraut und die obersten fachmännischen Leiter, die Herren Stieler und Metzger, in ihren Stellungen belassen worden.

Die Proklamation der Regierung, welche nach langer Beratung der Öffentlichkeit übergeben werden konnte, sei als wichtiges historisches Dokument hier angefügt:

„An das württembergische Volk!

Das am 8. November gebildete parlamentarische Gesamtministerium hat seine Entlassung erbeten und erhalten.

Die Mitglieder der neuen Regierung haben die Geschäfte übernommen und die gesamte öffentliche Gewalt liegt von nun ab in den Händen der Provisorischen Regierung.

Die Provisorische Regierung hat ihr in der Kundgebung vom 9. November gegebenes Versprechen erfüllt, geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte heranzuziehen ohne Rücksicht auf deren politische oder religiöse Gesinnung. Es sind in die Regierung neu eingetreten die Herren Baumann für das Ernährungswesen, Kiene für die Justiz, Liesching für die Finanzen.

Das Verkehrswesen bleibt dem Ministerium des Auswärtigen unterstellt. Die obersten fachmännischen Leiter bleiben für die Eisenbahn der Präsident der Generaldirektion der Staatseisenbahnen Staatsrat Stieler, für das Postwesen der Präsident der Generaldirektion der Posten und Telegraphen Metzger.

Diese Gestaltung der Dinge ist erfolgt im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat.

Nur Verfügungen, die von der Regierung und den zuständigen Ministerien ausgehen, haben Rechtskraft. Die bisher von anderen Stellen abgegebenen Ausweise verlieren sofort ihre Gültigkeit.

Alle Gesetze und Verordnungen bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch besondere Verfügung der Regierung geändert oder aufgehoben werden. Dies gilt insbesondere für alle die Bewirtschaftung der Lebensmittel regelnden Vorschriften.

Der Sicherheitsdienst wird von den bisherigen staatlichen und gemeindlichen Organen unter Mitwirkung von Soldaten ausgeübt. Die Soldaten folgen ausschließlich den Anordnungen des Leiters des Kriegswesens.

Eine ausgedehnte Amnestie wird in den allernächsten Tagen gewährt.

Die Umwälzung ist vorläufig vollzogen. Die friedliche Entwicklung muß das weitere Ziel sein. Pflicht aller Volksgenossen ist es, hierbei mitzuwirken und die gewaltigen Kulturaufgaben zu fördern, die nach den Zerstörungen des Weltkriegs vor uns stehen.

In erster Linie muß die strengste Ordnung gesichert werden, um die Städte und Industriegebiete vor dem Hungertod zu schützen. Das Land hat alle Veranlassung, eine geordnete Verpflegung der Städte und der zurückkehrenden Truppenmassen sichern zu helfen, da nur so ein regelloses Hinwegströmen über das platte Land mit allen seinen schlimmen Folgen verhindert werden kann.

Die heute schon herrschende Not wird durch das Zurückfluten Hunderttausender von Soldaten ins Ungeheure gesteigert. Diese unerhörte Zwangslage nötigt zu sofortigen scharfen und weitgehenden Maßnahmen.

Der Ausgang des Krieges und nicht die politische Umgestaltung in Württemberg zwingt zu unvermeidlichen weiteren Einschränkungen.

Unternehmer und Arbeiter, Handwerker und Bauern müssen jeder Erschütterung der Volkswirtschaft, jedem regellosen Durcheinander mit allen Kräften vorbeugen!

Planmäßiges, organisatorisches, friedliches und freiheitliches Zusammenarbeiten ist unsere Richtschnur. Setze jeder seinen Dienst und seine Arbeit in gewohnter Weise fort!

Die Soldaten in die Kaserne!
Die Arbeiter und Angestellten in den Betrieb!
Die Beamten auf ihren Posten!

Die Handwerker in die Werkstatt!
Die Bauern an ihre Arbeit!
Für jeden Bürger gilt die Arbeitspflicht!

Stuttgart, den 11. November 1918.

Die Provisorische Regierung:

Blos. Baumann. Crispien. Heymann. Kiene. Liesching. Lindemann. Schreiner."

Diese Proklamation tat eine vortreffliche Wirkung. Sie wurde auch von den unabhängigen Ministern Crispien und Schreiner ohne Bedenken unterzeichnet. Der Letztgenannte begann sich in einen Kommunisten zu verwandeln und es fehlte nicht an Anzeichen, daß die unabhängigen Kollegen uns recht bald Differenzen in der Regierung bringen würden.

Wie wenig persönliche Kollegialität bei den Unabhängigen vorhanden war, zeigte sich in diesen Tagen an einem Vorfall, der, wenn an sich auch unbedeutend, doch recht bezeichnend war. Ich hatte meine Wohnung in Degerloch und mußte abends hinauffahren, wobei es regelmäßig für den letzten Zug zu spät wurde. Ich mußte also ein Auto nehmen, war aber in der kalten Jahreszeit auf ein geschlossenes angewiesen, da ich vor einiger Zeit eine schwere Lungenentzündung gehabt. Als ich eines Abends nach einem Auto fragte, wies man mich zum Gouvernement, wo Autos für die Regierung bereitstünden. Ich begab mich dahin, wo man mir sagte, daß nur noch offene Autos vorhanden seien. Ich sah aber ein geschlossenes dastehen und die Chauffeure sagten mir verlegen, daß dies der Herr Kriegsminister Schreiner für sich belegt habe, der nach dem — etwa fünf Minuten entfernten — Eberhardsbau fahren wolle. Ich ließ ihn bitten, mir das Auto von dort zurückzusenden. Dies wurde mir abgeschlagen, und als ich näher trat, sah ich, daß eine mir bekannte spartakistische Dame in dem Auto saß. Nun begriff ich, daß die Fahrt doch weiter als bis zum Eberhardsbau gehen sollte. Ich mußte dann in einem offenen Auto mit Decken verwahrt nach Degerloch fahren. Später, nachdem ich erkannt, welch kurzen Verstandes Herr Schreiner ist, habe ich dem engeren Landsmann aus Aglasterhausen sein dünkelhaftes Auftreten gerne verziehen und ihn auch mit Vergnügen in dem Wahn gelassen, daß er eine über mich weit erhabene welthistorische Persönlichkeit ist.

Ich sagte mir damals, daß es bei diesem Affront nicht bleiben würde, daß vielmehr andere nachfolgen würden und ich faßte gleich den festen Entschluß, wegen untergeordneter Dinge mich nicht von den allgemeinen und wichtigen Angelegenheiten abdrängen zu lassen und immer das Ganze unverrückt im Auge zu behalten. Es war manchmal schwer, bei all den Intrigen, Klatschereien und Verleumdungen, denen ich ausgesetzt war, diesem Grundsatze treu zu bleiben und den Ärger zu überwinden. Aber ich hielt aus und habe es nicht zu bereuen gehabt.

Die Provisorische Regierung und die Räte.

Die Umwälzung vollzog sich im ganzen Lande Württemberg rasch, und die neue Regierung fand zunächst keinen nennenswerten Widerstand. Die elementare Wucht, mit der die Revolution gleich einem ungeheuren Gewitter über ganz Deutschland niedergegangen war, lähmte alles Widerstrebende. In zahlreichen großen und kleinen Versammlungen erklärte die Bevölkerung ihren Anschluß an die aus der Revolution hervorgegangene Provisorische Regierung. Schon am 11. November zeigte sich, wie klug wir daran getan, die Basis der Regierung durch Aufnahme bürgerlicher Mitglieder zu verbreitern. An diesem Tage erklärten die Fortschrittliche Volkspartei, die Zentrumspartei und die Nationalliberale Partei sich bereit, die Provisorische Regierung zu unterstützen. Auch der von Vogt (Gochsen) und Th. Körner geleitete Bauern- und Weingärtnerbund beschloß, die Landbevölkerung zu bitten, angesichts der Gesamtsituation sich auf den Boden der neuen Ordnung zu stellen und ihr Möglichstes für eine ausreichende Volksernährung zu tun. Die bürgerlichen Kollegien Stuttgarts hatten sich gleich nach der Revolution durch Oberbürgermeister Lautenschlager für die Regierung erklärt. Was sonst an Kundgebungen von seiten der Beamten, der kirchlichen und akademischen Behörden usw. erschien, war mehrfach zurückhaltend, aber es wurden der Regierung keine Hindernisse in Aussicht gestellt.

So konnte man schon von einem Erfolg sprechen, als die Regierung sich in den Ministerien einzurichten begann.

Ich gab meine Wohnung in Degerloch nicht auf, ließ sie aber nicht leer stehen, wie behauptet wurde, sondern gab sie interimistisch an andere ab und bezog selbst ein Zimmer im Hotel Continental. Ich wollte nicht sofort meinen Vorgänger, Herrn von Weizsäcker, aus seiner Dienstwohnung vertreiben. Das wäre mir parvenümäßig erschienen. Mit meinem neuernannten Unterstaatssekretär Hitzler begab ich mich in das Ministerium des Äußern, um Herrn von Weizsäcker persönlich davon zu verständigen, daß ich die Regierungsgeschäfte übernommen. Dies vollzog sich in den höflichsten Formen. Mein Vorgänger war so liebenswürdig, mir das Meublement seiner Wohnung zur Benutzung anzubieten, da er Stuttgart verlassen wollte. Ich machte erst später von diesem Anerbieten für kurze Zeit Gebrauch. Dabei sei bemerkt, daß die württembergischen Ministerien, vielleicht vom Finanzministerium abgesehen, der alten demokratischen Sparsamkeit entsprechend einfach eingerichtet waren. Der Pracht gegenüber, die ich in den Regierungsgebäuden anderer Länder, nämlich in Berlin, in München und in Karlsruhe sah, mußten die unseren fast dürftig erscheinen, was natürlich nicht hindern konnte, daß von „fürstlichen Einrichtungen" gefabelt wurde.

Ich machte mich nunmehr mit den Beamten des Staatsministeriums bekannt, von denen einige zurücktraten. Dasselbe tat auch der württembergische Gesandte in Berlin, Herr von Varnbüler.

Selbstverständlich klappte in den ersten Tagen nicht gleich alles. Daß aber der Gang der Verwaltung nicht aufgehalten und kein wesentlicher Schaden angerichtet wurde, dafür sorgte die Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit der württembergischen Beamtenschaft. Selbstverständlich gab es auch Beamte, die sich renitent zeigten und Obstruktion machten. Allein diese bildeten eine verhältnismäßig geringe Zahl. Dazu kam, daß ich am 16. November ein Schreiben von dem Kabinettschef des ehemaligen Königs erhielt, welches mir anzeigte, daß dieser, um der Provisorischen Regierung die Weiterführung der Geschäfte im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande zu erleichtern, alle diejenigen, die ihm in ihrem Diensteid Treue und Gehorsam geschworen, von den hierdurch seiner Person gegenüber eingegangenen Verpflichtungen entbunden haben wolle. Diese wahrhaft vornehme und im besten Sinne patriotische Handlungsweise fand allgemeine Anerkennung.

Dazu erließ ich am 20. November die nachstehende Bekanntmachung:

Die Zuständigkeiten, die nach den bisherigen Bestimmungen von der Krone und vom Staatsministerium ausgeübt wurden, sind auf die Provisorische Regierung übergegangen, welche nach der Bekanntmachung vom 11. November 1918 die Staatsleitung in Württemberg übernommen hat.

Die Provisorische Regierung:
Der Vorsitzende:
Blos.

Um verschiedene, an mich ergangene Anfragen zu beantworten, gab ich am 14. November das Nachfolgende bekannt:

„An das württembergische Volk!

Die deutsche Revolution hat sich vollzogen, und das Volk hat die Bahn für eine freiheitliche Neugestaltung der Dinge freigemacht. Überall bilden sich Arbeiter- und Soldatenräte und sozialdemokratische Regierungen, um das große Werk der sozialen und wirtschaftlichen Neugestaltung Deutschlands gemeinsam in großem Stil durchzuführen. Die neue württembergische Regierung wird sich mit aller Entschiedenheit den andern neuen Regierungen in Deutschland, namentlich der Reichsregierung in Berlin, anschließen und gleichen Schritt mit ihnen halten. Sie wird mit den Arbeiter- und Soldatenräten einmütig zusammenwirken. Sie werden das große Werk nur bestens fördern, indem sie die Wünsche und Interessen des arbeitenden Volkes nachdrücklich zur Geltung bringen.

Die tiefgreifenden sozialen Reformen, die in Angriff zu nehmen sind, können nicht ohne engen Zusammenschluß mit den anderen Regierungen durchgeführt werden. Die große Nationalversammlung, die von der Reichsregierung einberufen werden soll, wird endlich die Einheit Deutschlands, die 1848 nicht erreicht werden konnte, zu stande bringen. Die württembergische Landesvertretung wird dem Lande eine neue Verfassung bringen, die der historischen Entwicklung und der Eigenart des Landes entspricht. Das Zusammenwirken dieser beiden Körperschaften

wird unsrem Volke die politische und soziale Neugestaltung schaffen, die in den Forderungen der Zeit begründet sind.

Die großen politischen, sozialen, finanziellen und sonstigen Maßregeln, deren wir bedürfen, erfordern Zeit. Im Augenblick nehmen die Sorge für die Volksernährung und die mit dem Rückmarsch der Armee verbundenen Schwierigkeiten die Regierung in erster Linie in Anspruch. Die württembergische Regierung wird in kürzester Frist eine umfassende, in Vorbereitung befindliche Amnestie durchführen. Den Beschluß der Reichsregierung, betreffend die Einführung des achtstündigen Arbeitstages, wird sie gleichfalls so rasch als möglich zur Durchführung bringen.

Der württembergische Gesandte in Berlin hat sein Amt niedergelegt. Die Geschäfte werden dort provisorisch fortgeführt und es wird für einen geeigneten Ersatz gesorgt werden, damit die Verbindung mit der Reichsregierung gewahrt bleibt, nachdem Reichstag und Bundesrat, wie es scheint, zurzeit außer Wirksamkeit getreten sind.

Die gegenwärtige Entwicklung der Dinge wird zu einem bisher nicht gekannten Zustand der Freiheit und Wohlfahrt des gesamten Volkes führen, wenn sie nicht durch Uneinigkeit gestört wird.

Blos

Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Vorsitzender der Provisorischen Regierung."

Der letzte Satz dieser Proklamation ist vielfach angefochten worden, namentlich seitdem die Zustände in Deutschland sich so reißend verschlechtert haben. Man übersieht aber, manchmal vielleicht absichtlich, daß ich nur eine Hypothese aufgestellt habe. Gerade die Uneinigkeit, die ich befürchtete, ist in Deutschland in weitestem Umfang eingetreten. Die Wirkungen der Friedensbedingungen ließen sich damals nicht voraussehen, und ich hielt es für angebracht, ein Wort der Ermutigung zu meinen Volksgenossen zu sprechen. Allerdings hatte ich schon vorher an den Reichskanzler telegraphiert:

„Auch die gemilderten Friedensbedingungen enthalten für Württemberg entsetzliche Gefahren. Es droht Abschneidung der Kohlenzufuhr auf dem Rhein, was unsere Industrie lahm legt, und Stockung der Mehlversorgung aus den Rheinmühlen. Letzteres sehr bedenklich, denn heimkehrende Truppen überschwemmen unser Land. Ersuchen dringend weitere Milderung mit allen Mitteln zu erstreben.

Namens der Provisorischen Regierung Württembergs.
Blos."

Aber man konnte damals nicht wissen, was alles noch nachher kam. —

Es gab viele Leute, namentlich unter den Spartakisten, die meinten, nunmehr sei die Zeit zu einem großen Rachewerk an den bisher herrschenden Klassen gekommen. Sie erinnerten sich an den Ausspruch, den Bebel fünfzehn Jahre zuvor auf dem Dresdner Parteitag getan. Er schilderte

dort, wie er unter dem Sozialistengesetz von der Polizei schikaniert worden, und sagte:

„Wenn ich es je erleben sollte, daß der Tag käme, daß ich denen, die dann noch leben, sagen könnte: Jetzt will ich einmal zeigen, was ihr damals getan — i c h t ä t's! (Stürmischer Beifall und langanhaltendes Händeklatschen.)"

Im Sinne dieser Reminiszenz zu handeln hielt ich für verfehlt. Die edle Großmut, die das deutsche Volk bei seiner Revolution gezeigt, war für mich eine der schönsten Erscheinungen dieser Zeit und blieb es für mich auch, als Vertreterinnen der sogenannten ersten Adelsfamilien des Landes mir mit vollendeter Taktlosigkeit gegenübertraten. Ich konnte leicht Revanche nehmen, aber ich tat es auch nicht, als eine konservative Dame mir sagte, im Falle einer Reaktion würde ich nicht so sanft behandelt werden, wie ich meine politischen Gegner behandelt hätte. Jeder nach seiner Art!

Wenn die Anwendung von Gewalt für ein in Bewegung geratenes Volk oder für eine revolutionäre Regierung unvermeidlich geworden, so wird es immer klug sein, Übertreibungen zu vermeiden und namentlich sich von Blutvergießen, soweit es nur möglich, fernzuhalten. Die Wirkungen sind oft ganz andere als man erwartet. Den Wünschen der Revolutionsromantiker in diesem Punkte nachgeben heißt fast immer die Reaktion fördern. Darum kann man doch das Maß von Energie aufwenden, welches der Augenblick erfordert.

Die Überfülle der auf mich einströmenden Regierungsgeschäfte ließ mir auch keine Zeit, ausgiebig solchen Dingen nachzuhängen. Mich beherrschte in erster Linie der Gedanke, wie die Errungenschaften der Revolution zu sichern und weiter zu entwickeln waren und wie den überall aufkeimenden Zwistigkeiten vorgebeugt werden konnte. Die Regierung hielt unaufhörlich Sitzungen, bei denen ich präsidieren mußte, und diese Sitzungen dauerten oft sehr lang. Man hat nachher berechnet, daß die Revolutionsregierung in derselben Zeit, in der das vorrevolutionäre Ministerium W e i z s ä c k e r 20 Sitzungen hielt, deren 99 gehalten hat. Das soll weder Lob für uns, noch Tadel für die andern sein, sondern es soll nur die Zeitumstände charakterisieren.

Zugleich regten sich aber auch die Faktoren, die an der öffentlichen Gewalt teilzunehmen sich vom Volke berufen glaubten. Es erschien bei mir eine, wenn ich mich recht erinnere, siebenköpfige Deputation des Arbeiter- und Soldatenrats, die aus lauter Kommunisten und Unabhängigen, so mußte ich annehmen, zusammengesetzt war; jedenfalls war der Führer der Kommunist U n f r i e d. Sie traten sonst ganz angemessen auf, aber auf dem Verzeichnis ihrer Forderungen hieß es zum Schluß, wenn die Regierung nicht zustimmte, so würde „man" selbst die Forderungen durchführen. Also Drohung mit Gewalt! Die Forderungen bestanden außer einigen Selbstverständlichkeiten hauptsächlich darin, daß der bei den Soldaten sehr verhaßte General von S c h a r p f f, im Volksmund „Dapferle" genannt, festgenommen und daß dem Vollzugsausschuß des Arbeiter- und

Soldatenrats ein Kredit von zwei Millionen Mark gewährt werden solle. Ich fragte, was sie mit dem General beginnen wollten, worauf mir die Antwort wurde, daß man eine Disziplinaruntersuchung gegen ihn einleiten wolle. Ich stimmte alsdann der Verhaftung des Generals zu, aber nur gegen das bestimmte Versprechen, daß er nicht mißhandelt werden dürfe. Es hieß dann, der General sei im Hotel Marquardt „interniert" worden. Dies ist aber, wie ich vom Besitzer erfuhr, nicht wahr. Was sonst aus der Angelegenheit geworden, weiß ich nicht.

Bezüglich der Zwei-Millionen-Forderung erklärte ich, daß ich über diese Angelegenheit mit meinen Regierungskollegen sprechen und einen Beschluß herbeiführen werde. Darüber werde ich dem Vollzugs-Ausschuß Bericht erstatten. Es wurde gewünscht, daß ich dort persönlich erscheine, was ich zusagte. Mit diesem Bescheid entfernte sich die Deputation.

In der Regierung einigten wir uns dahin, daß wir uns bereit erklärten, dem Vollzugsausschuß*) vorläufig eine halbe Million Mark zur Verfügung zu stellen, die in Raten ausbezahlt werden sollten. Der Finanzminister Liesching und ich begaben uns in die Sitzung des Vollzugsrats. Wir fanden dort Thalheimer, Hörnle, Walcher und später auch andere Spartakisten, resp. Kommunisten vor; indessen empfand ich eine gewisse Beruhigung, als ich sah, daß der Parteigenosse Kurt Schimmel, um eine Konzession nach rechts zu machen, zum Kassier ernannt worden war. Auf dessen Zuverlässigkeit konnte ich bauen und habe mich darin nicht getäuscht. Die Rechnungsablegung bezüglich der Verwendung der Gelder war bis zum Ende eine völlig korrekte und fand das hohe Lob des Finanzministers.

Die Sache ging leichter, als wir erwartet. Der Vorsitzende Thalheimer behandelte die Sache rein geschäftsmäßig. Es wurde beschlossen, daß vorläufig 100 000 Mark ausbezahlt und weitere Zuwendungen von dem Nachweis der Verwendung bis 1. Dezember abhängig gemacht werden sollten. Inzwischen mußten aber die Neuwahlen zum Arbeiterrat stattfinden, von denen die Gestaltung der nächsten Zukunft wesentlich abhing. Der Vollzugsausschuß hatte diese Neuwahlen, wohl sehr gegen seinen Willen, auf das Drängen der Arbeiter und Soldaten schon zum 13. November anordnen müssen.

Als der Vertrag der Regierung mit dem Vollzugsrat bekannt wurde, gab es keine geringe Aufregung. Böswillige Philister munkelten von einer „Plünderung der Staatskassen", auch übertrieb man die erste Zahlung auf eine Million, was öffentlich berichtigt werden mußte. Aber auch mir sonst befreundete Leute begriffen die Bedeutung der Sache nicht. Die Verständigung der Regierung mit den Räten war das dringendste Gebot des Moments. Leider sah man das an manchen Stellen nicht ein. Im Rate der geistigen Arbeiter wurde mehrfach betont, daß die Räte mit der neuen Verfassung verschwinden müßten. Das war richtig, aber es

*) Die Begriffe „Vollzugsausschuß", „Aktionsausschuß" usw. wurden von den Spartakisten fortwährend durcheinander geworfen, so daß man eine Vorahnung von der Verwirrung einer Räteherrschaft nach russischem Muster bekam.

war nicht angebracht, es gerade jetzt so sehr zu betonen, da die Räte sich als die Repräsentanten der Revolution betrachteten und aus menschlich ganz begreiflichen Gründen nicht gerne an die Befristung ihres Bestandes erinnert wurden. Jetzt hieß es auch in den Reihen meiner politischen Freunde da und dort: „Was, den Leuten auch noch eine Million!"

Hätte die Regierung das Begehren des Vollzugsrats rundweg abgeschlagen, so hätte sich unter ihren Füßen ein Abgrund aufgetan. Die Gefahr häufte sich dadurch, daß die Spartakisten, die den Vollzugsausschuß so vollkommen beherrschten, eine Organisation innerhalb der unabhängigen Sozialdemokratie besaßen und diese, obschon sie in der Regierung vertreten war, nach ihrem Willen lenkten. Sie hätten bei Verweigerung des Geldes diese sofort gegen die Regierung mobil gemacht. Es gab aber zurzeit gar keine Macht als eben die Räte, und diese hätten sich bei Verweigerung des Geldes in Gegner der Regierung verwandelt. Ein Korrespondent der „Schlesischen Zeitung" in Stuttgart beurteilte um diese Zeit die Situation in Stuttgart nicht übel, indem er schrieb:

„In den Ministerien arbeitet die Provisorische Regierung. Früher verstand man unter Regierung diejenigen, die regierten; heute heißt Regierung „regiert werden". Darüber ist sich auch die provisorische Regierung nicht im geringsten im Zweifel, daß sie gar keine Macht zur Durchsetzung ihrer Regierungsakte hinter sich hat. Sie muß vorsichtig durchlavieren, denn bei einem offen werdenden Konflikt hat sie niemand hinter sich oder, noch besser, vor sich, zum Schutze. Die sämtlichen Minister, auch die zu den „Unabhängigen" gehörenden, haben kürzlich, als ein Aufruhr der Spartakusleute drohte, eine Nacht außerhalb ihrer Wohnungen verbracht, im Hotel oder bei Bekannten, da sie einen nächtlichen Besuch, Festnahme oder noch üblere Dinge, befürchten mußten."

Die letztere Behauptung ist zwar nicht richtig, jedoch eines Überfalls mußte man immerhin stets gewärtig sein. Aber mit dem „Durchlavieren" hat es seine Richtigkeit. Es dauerte vom 9. November ab immerhin zwei Monate, bis es uns gelingen konnte, aus dem allgemeinen Wirrwarr heraus eine Machtposition zu schaffen. Und in dieser Zwischenzeit hing oft alles an einem Haar.

Die noch folgenden Sitzungen des kommunistischen Arbeiterrats, in denen ich erschien, blieben ohne besondere Bedeutung, wenn Thalheimer auch einige Anträge stellte, die der Regierung Schwierigkeiten bereiten sollten. Inzwischen aber lauerte die spartakistische Gruppe auf eine Gelegenheit zu einem Handstreich, um sich in den Besitz der Regierungsgewalt zu setzen. Vorläufig begnügten sie sich mit einem Handstreich gegen die „Württemberger Zeitung", an dem sich auch der eben zurückgetretene Kriegsminister Schreiner beteiligte, der in seinen amtlichen Erlassen sehr viel „Ordnung" gepredigt und Plündern mit härtesten Strafen bedroht hatte. Jetzt zeigte er, was er unter Ordnung verstand. Die Zeitung sollte nach Berliner spartakistischem Muster einfach „besetzt" werden, d. h. die genannten Herren versuchten „im Namen des

Arbeiter- und Soldatenrats" den Verlag zu nötigen, ihnen die Verfügung über die Zeitung und deren gesamte Einrichtungen zu überlassen, um an deren Stelle „Die Rote Fahne" herauszugeben. Mit Mühe wurde dies Attentat auf die Preßfreiheit verhütet.

Die Spartakisten erklärten ihr Organ „Die Rote Fahne" zum Organ des Arbeiterrats.

Es war dies eine kurze Periode der Anarchie; die Spartakisten trieben es toll. Namentlich auf die Autos der Regierung und der Armee hatten sie es abgesehen und rasten mit ihnen in Stadt und Land herum, so daß viele dieser Fuhrwerke zu Schanden gefahren wurden. Man sah deutlich, was die Führer dieser Sekte eigentlich wollten, nämlich sich zunächst die Vorteile der bisher herrschenden Klassen zugänglich zu machen. Alles andere kümmerte sie weniger.

Bei den Tafelfreuden im Hotel Marquardt, wo sich Rück und Thalheimer einquartiert hatten, mag den Herren die Situation für sie recht günstig erschienen sein. Sie dachten, man brauche da nur „frisch-fröhlich" zuzugreifen, und so kamen sie zu dem großartigen Beschluß vom 18. November:

„Der Arbeiterrat als Einheitsorganisation aller Arbeiter ist allen bisherigen Organisationen und Funktionären der Arbeiterbewegung übergeordnet. Seine Beschlüsse sind maßgebend. Gewerkschaftsfunktionäre, wenn sie nicht selbst Mitglieder der Arbeiterräte sind, können als Sachverständige zugezogen werden. Grundsätzlich haben sie sich selbständigen Vorgehens zu enthalten."

Dieser Beschluß konnte, wenn nicht den guten Weinen des Hotels Marquardt, eben nur einer hochgradigen „Machtbesoffenheit" seinen Ursprung verdanken. Angesichts der Haltung des Soldatenrats am 10. November war er geradezu dumm. Die entsprechende Wirkung blieb denn auch nicht aus. Sozialdemokratische Partei und Vereinigte Gewerkschaften erklärten den Beschluß für eine ungeheuerliche Anmaßung und für den Versuch einer Vergewaltigung der Gewerkschaften, wie er schlimmer auch in den Zeiten der schwärzesten Reaktion von keiner Seite unternommen worden.

Damit war auch dieser Versuch, eine Diktatur der Spartakisten zu errichten, völlig gescheitert. Dazu kam noch, daß sich die in Stuttgart anwesenden Matrosen, denen man durchweg eine große Neigung zum Spartakismus zugeschrieben hatte, einmütig gegen eine Diktatur und für die Provisorische Regierung erklärten. Diese Truppe war nicht die „Räuberbande", als die sie von furchtsamen Spießbürgern hingestellt wurde. Sie hat der Provisorischen Regierung treue und wertvolle Dienste geleistet, wofür ihr dankbare Anerkennung gebührt.

Bald darauf gaben Thalheimer, Hörnle und Rück ein konfuses Flugblatt heraus, in dem sie die Regierung und die Unabhängigen gleich heftig angriffen. Sie sagten zwar, sie wollten die Regierung in ihren organisatorischen Arbeiten nicht stören, aber sie könnten auch nicht mit ihr zusammenarbeiten. Ihr Programm lief auf die Rätediktatur

hinaus. Rück und Thalheimer zeigten zwar an, daß sie Stuttgart verlassen und einen anderen Wirkungskreis aufsuchen würden. Aber darum wurden die Unabhängigen doch von den Spartakisten im Bann gehalten und binnen kurzem mußte man sich darauf gefaßt machen, daß ein Zusammenstoß zwischen diesen Elementen und der Regierung unvermeidlich wurde. Das Versprechen, das sie in dem Flugblatt gegeben, „die Maßnahmen der Regierung nicht zu durchkreuzen und sie in ihrer organisatorischen Arbeit nicht zu stören", wurde zur dreisten Lüge. Gerade durch diese Elemente ist die organisatorische Arbeit der Regierung dauernd gestört worden. —

Um diese Zeit erhielt ich vom ehemals Königlichen Konsistorium die Aufforderung, mich zu erklären, ob ich in das evangelische Kirchenregiment eintreten wolle. Der König hatte bekanntlich früher die Oberaufsicht über die Ordnung der Dinge in den drei christlichen Konfessionen Württembergs und es standen ihm als evangelischem Landesherrn die Episkopalrechte*) zu. Ich selbst betrachtete mich natürlich nicht als „Landesherrn" in dem Sinne, wie es der frühere König war; bei der Kirchenbehörde scheint aber diese Auffassung vorgeherrscht zu haben und sie handelte nach ihrer Auffassung satzungsgemäß, indem sie die erwähnte Aufforderung an mich ergehen ließ. Das Konsistorium setzte wohl gleich voraus, daß ich eine ablehnende Antwort geben würde, was ich denn auch tat. Für die Rolle eines Landesbischofs schien ich mir selbst nicht sonderlich geeignet. Damit war eine für beide Teile befriedigende Lösung gefunden. In solchem Falle werden die landesherrlichen Kirchenregimentsrechte auf ein Kollegium übertragen. —

Am 15. November veröffentlichte der „Staatsanzeiger" den umfassenden Amnestieerlaß, den unser vortrefflicher Kollege, der Justizminister von Kiene, ausgearbeitet hatte. Er war strenger Katholik, aber zugleich ein redlicher Demokrat, der seine Gesinnung unter dem alten Regime nicht hatte betätigen können, nun aber die Freude erlebte, einmal aus dem Vollen arbeiten zu dürfen. Seine Amnestie war so radikal, daß sie vielen zu weit ging. Aber sie hatte eine wohltätige Wirkung.

An diesem Tage legte der Kriegsminister Schreiner sein Amt nieder; er hatte nur sechs Tage amtiert. Er sagte mir offen, daß er zu den Spartakisten gegangen sei, nachdem er als Unabhängiger in die Regierung eingetreten. Seine Tätigkeit hat keine Spuren hinterlassen. An seine Stelle wurde der Vizefeldwebel Ulrich Fischer berufen. Dieser, von Beruf Kaufmann, war nicht ohne Fähigkeiten. Leider hat er sie nicht zum Vorteil der jungen Republik angewendet. Fleißig gearbeitet hat er. Aber sonst läßt sich nichts zu seinem Lobe sagen. Jedenfalls hat er mich über seinen politischen Standpunkt getäuscht. Er sagte mir, er wolle bei unserer Partei bleiben, wenn er auch zu den Unabhängigen neige; diesen könne er nicht beitreten, weil sie mit den Spartakisten verbündet seien. Aber er handelte, wie sich zeigen wird, ganz im Sinne der Unabhängigen.

*) Bischöfliche Rechte.

Die Veränderungen, die nunmehr in den Arbeiter- und Soldatenräten vor sich gingen, übten eine entscheidende Wirkung auf die Gestaltung der inneren Zustände des Landes aus. Es hatten sich auch viele Bauernräte gebildet. Aber ihre Tätigkeit wirkte lange nicht so einschneidend wie die der anderen Räte.

Am 17. November trat die Landesversammlung der württembergischen Soldatenräte zusammen. Schon am Tage zuvor hatte der Stuttgarter Soldatenrat, den man als bolschewistisch verschrien hatte, sich mit 126 gegen 2 Stimmen für die Provisorische Regierung und gegen eine Diktatur, sowie gegen eine Rote Garde ausgesprochen, obschon der ehemalige Kriegsminister Schreiner sich dafür ins Zeug legte. Die Landesversammlung trat diesen Beschlüssen bei und erklärte zugleich, daß sie die von Hörnle herausgegebene „Rote Fahne", die man dem Soldatenrat als Organ aufdrängen wollte, als solches nicht anerkenne.

Ich hatte die Versammlung im Namen der Regierung begrüßt und ihr mitgeteilt, daß die Wahlen zur württembergischen Landesversammlung baldigst stattfinden würden, so daß der Landtag spätestens Anfang Februar zusammentreten könne. Auch Keil und Finanzminister Liesching sprachen, und es wurde uns die entschiedenste Zustimmung der großen Mehrheit der Soldatenräte zuteil.

Am 19. November erschien der Amnestieerlaß für das Gebiet der Militärgerichtsbarkeit, der gleichfalls sehr günstig wirkte. Dazu richtete ich im Namen der Regierung den folgenden Erlaß an den Justizminister:

„Die Provisorische Regierung hat unterm 19. Nov. d. J. folgenden

Erlaß an den Justizminister

gerichtet:

Die Provisorische Regierung hat in ihrer Amnestie vom 15. d. Mts. eine allgemeine Herabsetzung der nach ihrer Art oder Höhe nicht unter die Amnestie fallenden Freiheitsstrafen in Aussicht gestellt.

Demgemäß beauftragen wir den Justizminister, den in Betracht kommenden Verurteilten in weitem Umfang Strafermäßigung zuteil werden zu lassen. Dabei gehen wir davon aus, daß den zu zeitiger Zuchthausstrafe, zu Gefängnisstrafe von mehr als einem Jahr und zu Festungshaft von mehr als einem Jahr verurteilten Personen mindestens ein Viertel ihrer Strafzeit nachgelassen und auch den zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe oder zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilten Personen in geeigneten Fällen ein angemessener Strafnachlaß gewährt wird. Blos."

Die Wahlen zu den Arbeiterräten hatten im Lande eine überwältigende Mehrheit für die sozialdemokratische Partei ergeben; immerhin aber waren Unabhängige und Spartakisten noch sehr stark darin vertreten. Sie entfalteten eine große Rührigkeit und verstanden es namentlich, sich zu einflußreichen Positionen vorzudrängen. Mit großer Spannung sah man daher der am 25. November beginnenden Tagung des großen Stuttgarter Arbeiterrats entgegen, der zu den schwebenden Fragen Stellung nehmen sollte. In zweitägiger Beratung wurde die Klärung geschaffen, deren

man so dringend bedurfte. Ich nahm zur Begrüßung der Versammlung das Wort und brachte zum Ausdruck, daß die Regierung eifrig bemüht sei, die Früchte der Revolution zu sichern. Ich teilte dann mit, daß das Wahlgesetz für die Landesversammlung fertig sei und daß ich zwei Kommissionen einberufen werde, eine zur Ausarbeitung des Entwurfs einer württembergischen Verfassung und eine zweite, die sich mit der Frage der Sozialisierung zu beschäftigen habe. Alsdann ersuchte ich um Vertrauen, das zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten unerläßlich sei.

Darauf erstattete Unfried, der als Vorsitzender des Thalheimer-Hörnle-Rückschen vorläufigen Aktionsausschusses auftrat, seinen Bericht. Dieser junge Mann, dem — ob mit Recht oder Unrecht, weiß ich nicht — nachgesagt wurde, er sei vorher bei der Heilsarmee gewesen, war eine an sich nicht unsympathische Persönlichkeit. Er sprach stets sachlich und hielt sich durchaus fern von den wüsten und albernen Schimpfereien seiner Parteigenossen. Ohne seinen spartakistischen Fanatismus hätte er dem Lande recht nützlich sein können. Jetzt aber fuhr er in seinen Zukunftsprojekten wie mit der Stange im Nebel herum. Die Parteigenossen Eggert und Zernicke entgegneten ihm sehr wirksam; namentlich Eggerts Rede war vortrefflich. In der langen Debatte machten Unabhängige und Spartakisten die bekannten großen Worte; ihre „revolutionären" Phrasen wurden von den Rednern der Mehrheit ad absurdum geführt. Zunächst wurde der Antrag, Hörnles „Rote Fahne" zum offiziellen Organ des Arbeiterrats zu erklären, abgelehnt.

Der Hauptantrag der Unabhängigen und Spartakisten lautete:

„Die Versammlung betrachtet als Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse, die Revolution über ihre bisherigen kümmerlichen Ergebnisse vorwärts zu treiben und alle gegenrevolutionären Machenschaften, die ihr auf Schritt und Tritt entgegentreten, rücksichtslos zu bekämpfen.

Die geschichtliche Aufgabe der Revolution ist die Ausrottung der kapitalistischen Klassenherrschaft und die Verwirklichung des sozialistischen Endziels. Diese Aufgabe ist nur zu erfüllen, wenn die gesamte politische Macht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte liegt.

Die Einberufung der Nationalversammlung ist lediglich ein Mittel, von diesem Ziele abzulenken, die Macht der Arbeiterklasse zu schwächen und ihr Klassenbewußtsein zu verwirren. Nicht durch parlamentarisches Geschwätz mit der Bourgeoisie, sondern allein durch Machtkämpfe gegen diese kann die Befreiung der Arbeiterklasse errungen werden."

Dieser Antrag wurde mit allen gegen 75 Stimmen abgelehnt.

Dagegen lautete der von der sozialdemokratischen Partei und den Vereinigten Gewerkschaften unterstützte Antrag:

„Die Versammlung steht auf dem Boden der Revolution. Sie betrachtet die Provisorische Regierung als das oberste Organ der Republik Württemberg und ist entschlossen, diese Regierung mit allen Kräften zu unterstützen.

Die Arbeiter- und Soldatenräte sind Organe der neuen Volksregierung, die die Errungenschaften der Revolution zu sichern bereit und verpflichtet sind, die Regierung bei der

Durchführung all ihrer Maßnahmen im Interesse des Volkswohls zu unterstützen.

Die Versammlung erklärt sich grundsätzlich für die sozialistische Wirtschaftsweise. Diese Umwandlung der kapitalistischen Produktion kann jedoch nicht mit denselben Gewaltmitteln vollzogen werden, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft bisher gestützt hat, sie muß vielmehr durch Aufklärung und Erziehung der Völker zur sozialistischen Weltanschauung und durch internationale Verständigung erreicht werden.

Die Versammlung lehnt deshalb die Bildung einer roten Garde und die Diktatur als Kampfmittel zur Durchsetzung des sozialistischen Volksstaates ab.

Sie fordert von dem Rate der Volksbeauftragten in Berlin die sofortige Ausschreibung der Wahlen zur Volksvertretung im Reiche und von der Provisorischen Regierung in Württemberg die sofortige Ausschreibung der Wahlen zur Landesversammlung nach den Grundsätzen des sozialdemokratischen Wahlprogramms."

Dieser Antrag ward mit 200 Stimmen angenommen.

Dazu wurden die neuentworfenen Satzungen des Arbeiterrats gegen eine Stimme angenommen. Sie lauteten in den wichtigsten Bestimmungen:

„Die Arbeiterräte sind Organe der Provisorischen Regierung. Sie kontrollieren und überwachen die Durchführung aller von der Regierung und den Gemeinden getroffenen Maßnahmen und Anordnungen.

Die Arbeiterräte sind von der Regierung und den ihr unterstellten Regierungsorganen und Gemeindeverwaltungen bei allen das Volkswohl betreffenden Maßnahmen, besonders bei der Ernährungsfrage, der Übergangswirtschaft, neben den Vertretern der Gewerkschaften zur Mitarbeit zuzuziehen."

Und weiter:

„Die Arbeiterräte üben ihr Amt aus, bis die verfassunggebende National- oder Landesversammlung einberufen und von dieser die Regierung gebildet ist."

Darauf wurde der neue Vollzugsausschuß gewählt. Er bestand aus elf Mehrheitssozialisten und vier Unabhängigen, resp. Spartakisten.

Das war ein mächtiger Erfolg, der wohl wesentlich dem Entgegenkommen der Regierung in der Geldfrage zu danken war. Die tragikomische Diktatorenwirtschaft der Hörnle und Genossen war damit beseitigt. Ich wußte, daß in dem Vollzugsrat, in den auch Unfried gewählt war, noch zahlreiche „Unstimmigkeiten" kommen würden, und sie kamen zahlreicher und heftiger, als ich befürchtet. —

Auf vielfaches Drängen hatte die Polizeidirektion im Alten Schloß und im Wilhelmspalast eine Nachforschung nach etwa dort aufgestapelten Nahrungs- und Genußmitteln vornehmen lassen. Sie erfolgte am 22. November durch einen Polizeiwachtmeister unter Zuziehung weiterer Beamten der polizeilichen Nahrungsmittelkontrolle und im Beisein eines

Vertreters des Kriegsministeriums. Das Ergebnis war für viele ein überraschendes. Es wurden vorgefunden:

a) In der Hofküche im „Alten Schloß": 80 Pfund Grießmehl, 150 Pfund Graupen, 10 Pfund breite Nudeln, 10 Pfund Maismehl, 100 Pfund Dörrobst, 70 Pfund Weizenmehl, 30 Pfund Erbsen, 30 Pfund Sago, 108 Pfund Grünkernmehl, 15 Pfund Linsen, 13 Pfund Butter, 30 Pfund Gerste, 42 Pfund Zucker, 40 Pfund Fett, 1200 Stück Eier, 150 Büchsen Gemüsekonserven, 200 Büchsen Gemüsekonserven für Mil. Verw., 50 Flaschen Mohnöl.

Diese Vorräte waren nach Angaben des Küchenverwalters für die Kinderküchen und Erholungsheime bestimmt.

b) Privatbestand in den Vorratsräumen des „Alten Schlosses" aufbewahrt: 100 Paket Zwieback, 21 Paket Zucker à 5 Pfund, 1 Zentner Zucker (Kristall), 10 Pfund geröstete Kaffeebohnen für Mil. Verw., 1/2 Zentner geröstete Kaffeebohnen, 40 Pfund ungebrannte Kaffeebohnen, 180 Pfund Würfelzucker, 49 Kisten Zigarren à 50 Stück, 24 Kisten Zigarren à 50 Stück, 30 Schachteln à 20 Stück Zigaretten, 6 Paket à 500 Stück Zigaretten, 1 Paket 1000 Stück Zigarren, 4500 Stück Zigaretten, 1500 Stück Zigaretten.

Außer den vorhandenen Lebensmitteln war eine Menge Kupfergeschirr vorrätig.

Im „Wilhelmspalast" wurden keinerlei Lebensmittelvorräte angetroffen.

Dieser Befund steht in außerordentlich vorteilhaftem Gegensatz zu den Vorräten, die man in den Wohnungen anderer ehemaliger Herrscher angetroffen hat, und wird auch nur deshalb in vollem Umfang hier zur Kenntnis gebracht. —

Schon bevor das neue Wahlgesetz für die konstituierende Nationalversammlung und das für die württembergische Landesversammlung erschien, tat sich die Wahlbewegung mit gewaltiger Macht auf. Die Sozialdemokratie hielt zahlreiche Versammlungen ab und die dort einmütig gefaßte Entschließung stellte sich auf den Boden der Beschlüsse des Arbeiterrats von Stuttgart. Es hieß darin: „Die Versammlung erklärt sich grundsätzlich für die sozialistische Wirtschaftsweise. Diese Umwandlung der kapitalistischen Produktion kann jedoch nicht mit denselben Gewaltmitteln vollzogen werden, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft bisher gestützt hat; sie muß vielmehr zur Aufklärung und Erziehung der Völker zur sozialistischen Weltanschauung und durch internationale Verständigung erreicht werden. Die Versammlung lehnt deshalb die Bildung einer roten Garde und die Diktatur als Kampfmittel zur Durchsetzung eines sozialistischen Volksstaats ab."

Die nationalliberale Partei schloß sich, um die Einigung der liberalen Parteien herbeizuführen, an die Deutsch-demokratische Partei an. Darüber wurde ob des früheren scharfen Gegensatzes der beiden Parteien viel gespöttelt. Das war überflüssig, denn die Revolution hat viel merkwürdigere Veränderungen bewirkt. Wenn man nachforschen wollte, was

die Kommunisten alles früher gewesen — welch merkwürdiges Resultat käme wohl da heraus! Übrigens kommt es immer darauf an, in welcher Richtung und aus welchen Gründen sich jemand „fortentwickelt" hat. Eine Fortentwicklung kann unter Umständen doch gewiß sehr löblich sein.

Das Zentrum kam rechtzeitig mit seinem Wahlprogramm heraus. Dieses war sehr geschickt den Zeitumständen angepaßt. Die definitive Entscheidung über die Staatsform erwartete das Zentrum von der Landesversammlung.

Während ich in Berlin mehr Boden für unsre Regierung gewann, indem ich an Stelle des rückständigen Aristokraten Varnbüler den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hildenbrand zum württembergischen Gesandten ernannte, wuchs sich innerhalb der Regierung selbst ein neuer Zwiespalt immer mehr aus. Vorläufig war er äußerlich kaum sichtbar. Er rührte daher, daß sich der Minister des Innern, Crispien, wiederum unter das Joch der Spartakisten begab, das er zur Zeit der Regierungsbildung einigermaßen abgeschüttelt. Wir sahen, wie er mit großem Eifer sich dafür einsetzte, seine Parteigenossen für den Eintritt von Ministern aus bürgerlichen Parteien in die Regierung zu gewinnen, und wie er damit durchdrang. Jetzt mit dem Beginn der Wahlbewegung bekämpfte er die Regierung, in der er selbst saß, auf das heftigste. Erst suchte er die Publikation des Wahlgesetzes und den Wahltermin hinauszuschieben. Als ihm dies nicht gelang, stürzte er sich ganz in die Wahlagitation. Dabei beschuldigte er die Regierung, sie sei ganz in den Händen der alten Bureaukratie. Er selbst aber kam täglich etwa eine halbe Stunde aufs Ministerium und überließ alles den Beamten, während er im Auto im Lande herumraste. Als ich ihn deshalb zur Rede stellte, meinte er naiv, seine Partei hätte wenig Geldmittel und darum müsse er um so fleißiger agitieren. Er war ein Wirrkopf, der gern mit unverdauten Brocken aus sozialistischen Schriftstellern um sich warf und dabei oft recht drollige Schnitzer machte. In der Regierung, resp. in den Sitzungen derselben zeigte er sich sehr unsicher; den Vertrag mit dem ehemaligen König unterschrieb er ohne Einrede. Draußen im Lande aber renommierte er, daß er die anderen Minister am Ohr führe. Leider glaubten auch von meinen Parteigenossen verschiedene an diese alberne Aufschneiderei und ein solcher aus Kornwestheim erhob bei mir den Vorwurf, wir ließen uns von Crispien ins Bockshorn jagen. Ich konnte dazu nur lachen.

Der Kriegsminister Fischer hätte eigentlich als ein Minister für Entwaffnung der Regierung gelten können. Er trat mit rührender Sorgfalt dafür ein, daß ihr kein einziger Bewaffneter zur Verfügung stehen konnte. Sein Verhalten war ganz so, wie ich es in einer Landesversammlung der Soldatenräte gekennzeichnet habe. Wenn ich ihn fragte, was er eventuell zu unserem Schutze aufbieten könne, antwortete er mit gutgespielter Verzweiflung, er könne keinen Mann dafür aufbringen. Mit großem Geschick wußte er zu verhindern, daß die Regimenter 119 und 125, die uns glühend anhingen, dies zum Ausdruck bringen konnten. Dies sollte ihm übel bekommen.

Hätten wir anderen Minister nicht unsere Pflicht getan, wohin wäre es wohl in Württemberg gekommen! —

Der 30. November 1918 brachte ein bedeutsames Ereignis. Der ehemalige König von Württemberg verzichtete auf seine Krone. Wir hatten dazu nicht gedrängt, da er faktisch die Gewalt nicht mehr besaß, und wir wußten, daß die Ereignisse diesen Verzicht von selbst bringen mußten. Wir wollten die Empfindungen des großen Teils des württembergischen Volkes schonen, der nicht vergessen konnte, daß die Dynastie Württemberg eine mehr als achthundertjährige Vergangenheit hatte, und der mit unbegrenzter Ehrfurcht zu seinem alten und „angestammten" Herrscherhause emporsah.

Der Staatsanzeiger veröffentlichte die folgenden Schriftstücke:

„An das Württemberger Volk!

Wie ich schon erklärt, soll meine Person niemals ein Hindernis sein für die freie Entwicklung der Verhältnisse des Landes und dessen Wohlergehen.

Geleitet von diesem Gedanken, lege ich mit dem heutigen Tage die Krone nieder.

Allen, die mir in 27 Jahren treu gedient oder mir sonst Gutes erwiesen haben, vor allem auch unsern heldenmütigen Truppen, die durch vier Jahre schwersten Ringens mit größtem Opfermut den Feind vom Vaterlande fern gehalten haben, danke ich aus Herzensgrund, und erst mit meinem letzten Atemzuge wird meine Liebe zur teuren Heimat und ihrem Volke erlöschen.

Ich spreche hiebei zugleich im Namen meiner Gemahlin, die nur schweren Herzens ihre Arbeit zum Wohle der Armen und Kranken im bisherigen Umfang niederlegt.

Gott segne, behüte und schütze unser geliebtes Württemberg in alle Zukunft!

Dies mein Scheidegruß.

Bebenhausen, den 30. November 1918. Wilhelm."

Die Regierung antwortete darauf:

„Die Provisorische Regierung nimmt den Thronverzicht des Königs entgegen. Eine Thronfolge im Sinn des § 7 der württembergischen Verfassungsurkunde ist nach den durch die Umwälzung vom 9. November geschaffenen Verhältnissen ausgeschlossen.

Die Provisorische Regierung dankt im Namen des Volkes dem Könige, daß er in allen seinen Handlungen von der Liebe zur Heimat und zum Volke getragen war und daß er durch seinen freiwilligen Verzicht dazu beigetragen hat, die Bahn für die freiheitliche Entwicklung zu ebnen. Das württembergische Volk vergißt nicht, daß der König mit seiner Gemahlin in Werken der Nächstenliebe stets edel und hilfreich gehandelt hat.

Stuttgart, den 30. November 1918.

Die Provisorische Regierung:

Blos. Baumann. Crispien. Fischer. Heymann. Kiene. Liesching. Lindemann.

Der frühere Thronfolger Herzog **Albrecht** dagegen gab seine Ansprüche nicht auf, obwohl der Justizminister von **Kiene**, der in dieser Sache eine Unterredung mit ihm hatte, es ihm anriet.

Die Haltung der Provisorischen Regierung in dieser heiklen Sache fand durchaus den Beifall der Mehrheit des württembergischen Volkes. Bezeichnend war, daß die Regierungserklärung auch ohne Widerstand von den beiden unabhängigen Ministern unterschrieben worden war.

An diesen Schriftwechsel schloß sich nachher der Vertrag der Regierung mit dem ehemaligen König, in welchem ihm eine Jahresrente von 200 000 Mark, sowie sein Privateigentum und das Schloß Bebenhausen zum lebenslänglichen Aufenthalt zugesichert war. Die Königin **Charlotte** hatte noch den besonderen Wunsch, daß eine zum Krongut gehörige wertvolle Halskette ihr verbleiben möge. Dies geschah ohne weiteres. Ich hatte die angenehme Aufgabe, beim Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte dessen Zustimmung einzuholen. Es gelang mir, sie ohne sonderliche Debatte zu erreichen. Nur bei der Halskette der Königin erhob **Unfried** Bedenken, da er den Wert des Schmuckstücks bedeutend überschätzte. Nach erhaltener Aufklärung aber stimmte er zu mit den Worten: „Nun, kleinlich wollen wir nicht sein!"

Aber nach Erledigung dieser Sache stellten sich neue Schwierigkeiten ein. Die Unabhängigen und Kommunisten in den Räten gaben keine Ruhe. Besonders waren sie darauf erpicht, aus den Satzungen des Arbeiterrats die dort enthaltene und mehrfach bestätigte Bestimmung, daß die Räte Organe der Provisorischen Regierung seien, zu streichen. Dieser Aufgabe unterzog sich namentlich der Rechtsanwalt **Eßlinger II**, der Mitglied des Soldatenrats war und dort schnell für seine Zwecke eine kleine „Preßabteilung" gebildet hatte. Das sollte wohl ein Sprungbrett für den Aufschwung zur Macht im Staate sein. Von dort aus brachte er mehrmals an den Arbeiterrat den Antrag, daß alle politische Macht den Räten zu übertragen sei. Diese Anträge mußten von mir in langwierigen und oft heftigen Debatten niedergekämpft werden, denn wenn sie zur Annahme kamen, war die Verwirrung bodenlos und die Provisorische Regierung war erledigt.

Rechtsanwalt **Eßlinger** sagte mir später, er sei ein Freund und Gesinnungsgenosse des im Kriege gefallenen Abgeordneten Dr. **Frank** gewesen; davon war aber damals nichts zu bemerken.

Ich beschloß nun, das Verhältnis zwischen Räten und Regierung in einem besonderen Gesetze mit eingehenden Bestimmungen definitiv zu regeln, und arbeitete ein solches aus. Es kostete unsägliche Mühe, die Zustimmung aller Instanzen für das Gesetz zu erwirken. Darum konnte das Gesetz erst am 14. Dezember publiziert werden. Es lautete nach dem Staatsanzeiger vom 16. Dezember:

„**Satzungen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte.**

Im Anschluß an die Verordnungen der Zentralregierung der Deutschen Republik werden **für die Arbeiter-, Bauern- und Sol-**

datenräte innerhalb der Republik Württemberg nachfolgende Satzungen aufgestellt:

I.

Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte bilden die revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems. Verordnungen der Provisorischen Regierung werden in wichtigen Fällen im Einverständnis mit dem Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte erlassen.

II.

Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sind von den staatlichen und Gemeindebehörden bei den die öffentliche Wohlfahrt betreffenden Maßnahmen neben den Vertretern der Gewerkschaften zur Mitarbeit zuzuziehen; sie kontrollieren die Durchführung der von der Regierung, den Gemeinden und ihren Behörden getroffenen Maßnahmen und Anordnungen. Die Tagesordnungen der öffentlichen Sitzungen der Gemeindekollegien sind den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten vorher zu übermitteln.

III.

Die Vollzugsgewalt liegt ausschließlich in den Händen der Regierung. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vermeiden jeden Eingriff in die staatliche oder kommunale Verwaltungstätigkeit.

Kommen die örtlichen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu der Überzeugung, daß sie in ihrer Tätigkeit für die Interessen des Volksganzen durch Organe der Staats- oder Gemeindeverwaltungen gehemmt werden, so sollen sie Anträge auf Abstellung der Mißstände an den Landesausschuß richten, der dann gemeinsam mit der Regierung entscheidet.

IV.

Die Kosten der Landesversammlungen der Arbeiter- und Soldatenräte, sowie die Kosten des Landesausschusses trägt die Staatskasse.

Die Kosten der örtlichen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sind von den Gemeinden, in denen diese Räte ihren Sitz haben, zu tragen. Für die Kosten der Soldatenräte behalten sich Staat und Gemeinde Ersatz aus der Reichskasse vor.

Die Kosten bestehen außer dem Aufwand für einen Versammlungsraum nebst dazugehörigen Arbeitsräumen einschließlich Heizung, Beleuchtung und Reinigung und den notwendigen Kanzleikosten aus den Taggeldern und gegebenenfalls den Reisekosten der Mitglieder. Bei der durch die Not der Zeit gegebenen Knappheit der öffentlichen Mittel ist dieses Taggeld in möglichst bescheidenen Grenzen zu halten und die Zahl der Mitglieder der Räte nicht allzu sehr auszudehnen.

Über die Ausgaben ist den Staats- oder Gemeindekassen genaue mit Belegen versehene Rechnung zu stellen. Die Weiterbezahlung von Staats-

und Gemeindemitteln erfolgt erst nach dem Nachweis über die richtige Verwendung der vorher geleisteten Zahlungen.

Stuttgart, 14. Dezember 1918.

Für die Provisorische Regierung:
Blos.

Für den Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats:
Eggert."

Dazu kam die nachstehende Ergänzung:

„In dem Beschluß der Provisorischen Regierung vom 14. Dezember 1918 wird Artikel IV durch folgende Bestimmung ergänzt:

Die Kosten für die Mitglieder der Arbeiter- und Bauernräte, die bei der Bezirksverwaltung oder den Kommunalverbänden tätig sind, werden von den Kommunalverbänden (Amtskörperschaften) getragen. Im übrigen finden für diese Kosten die Bestimmungen des Artikel IV sinngemäße Anwendung.

Die Höhe der Entschädigung für die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernräte setzen die letzteren im einzelnen fest.

Die Gemeindebehörden und Oberämter, die mit der festgesetzten Entschädigung der Arbeiter- und Bauernräte nicht einverstanden sind, können die Entscheidung des Landesausschusses anrufen.

Der Landesausschuß entscheidet im Einvernehmen mit der Provisorischen Regierung.

Die Ministerien des Innern und der Finanzen werden mit Durchführung dieser Bestimmung beauftragt.

Stuttgart, den 8. Januar 1919.

Für die Provisorische Regierung:
Blos.

Für den Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats:
H. Zernicke."

Nachdem das Gesetz vom 14. Dezember publiziert, wurde es etwas ruhiger. Indessen gab es noch Schwierigkeiten in Hülle und Fülle. Das Gesetz mußte natürlich mit Einführung der neuen Verfassung hinfällig werden.

Die Spartakisten, resp. Kommunisten richteten in den Räten ihre ganze Tätigkeit darauf, die Unabhängigen mitzureißen und die Mehrheitssozialisten von den einmal gefaßten, gegen eine Rätediktatur gerichteten Beschlüssen wieder abzudrängen. Die daraus entspringenden Kämpfe dauerten bis in das nächste Jahr hinein und führten oft zu sehr bedenklichen Erscheinungen. Ich mußte mit diesen Dingen einen großen Teil meiner Zeit verschwenden, aber es mußte dem stets von dieser Seite drohenden Unheil vorgebeugt werden. Daß die Mehrheitssozialisten zum Teil sich manchmal von den radikalen Elementen beeinflussen oder mitreißen ließen,

war psychologisch erklärlich. Sie hatten mit Unabhängigen und Spartakisten zusammen in Fabriken und Werkstätten gearbeitet, hatten sich dann mit ihnen in gemeinsamen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zusammengefunden und mit ihnen in Freud und Leid zusammengestanden. Das Band der Kameradschaft, durch das gemeinsame Klassenbewußtsein fest geknüpft, überdauerte lange die politischen Gegensätze und wurde nur durch das wüste Auftreten und das ebenso perfide wie brutale Benehmen der Radikalen schließlich zerrissen.

So kam es zu allerlei Beschlüssen, deren wortlautgemäße Ausführung hätte bedenklich werden können. Ich hatte alle Mühe gehabt, die Archive vor den Händen des Herrn Hörnle und ähnlicher Leute zu bewahren. Nun kam auch noch ein Beschluß, eine Untersuchung der Irrenhäuser zu veranstalten. An sich war das ganz zeitgemäß, aber die Ausführung mußte den medizinischen Autoritäten in Verbindung mit geeigneten Leuten aus den Räten überlassen und konnte nicht den zweifelhaften Persönlichkeiten übertragen werden, die man von radikaler Seite uns aufdrängen wollte. Die Einwände, die von ärztlicher Seite gegen eine voreilige Ausführung des Beschlusses erhoben wurden, behielten schließlich die Oberhand, da sich zeigte, daß die Antragsteller an die Konsequenzen des Beschlusses gar nicht gedacht hatten.

Einer der Vorsitzenden des Arbeiterrats klagte mir einmal, daß er das Sitzungslokal kaum auf einige Minuten verlassen könne, da Kommunisten und Unabhängige stets auf solche Gelegenheiten lauerten, um durch Bearbeitung der schwankenden Elemente diese mitzureißen und Beschlüsse in ihrem Sinne herbeizuführen. Daraus läßt sich manches erklären, was sonst kaum begreiflich. Übrigens haben es andere Störenfriede im Staatsleben in größerem Stil auch so gemacht.

Wenn so aus den Räten auch einzelnes hervorging, was den Interessen der Gesamtheit zuwiderlief, so muß ihrer Tätigkeit im ganzen doch die gebührende Anerkennung gezollt werden. Sie haben viele Beschwerden abgestellt und in der Periode der großen Verwirrung oft unter den schwierigsten Verhältnissen Ordnung geschaffen. Auch den Soldatenräten muß diese Anerkennung ausgedrückt werden; sie haben, wie auch von anderer Seite bezeugt wird, „ehrlich ihre Kraft, ihre Zeit und ihre Persönlichkeit in den Dienst der von ihnen vertretenen Sache gestellt".*)

Auf Grund der reichsgesetzlichen Verordnung vom 12. November 1918 mußte spätestens den 1. Januar 1919 die allgemeine achtstündige Arbeitszeit durchgeführt sein. In Württemberg wurde mit der Verkürzung der Arbeitszeit schon am 15. November begonnen. Mit Rücksicht auf den Stand der Kohlenversorgung wurde durch Verfügung des von Dr. Lindemann trefflich geleiteten Arbeitsministeriums vom 15. November der Achtstundentag in sämtlichen Gewerbebetrieben eingeführt. Weitere Maßnahmen in dieser Richtung folgten, namentlich in den Staatsbetrieben.

---

*) Oberst Ernst Reinhardt, Deutsche Revue, August 1919.

Der Achtstundentag ist als eine der ersten Früchte der Novemberrevolution eine heute noch heiß umstrittene Sache. Er war seit langen Jahren eine Hauptforderung der sozialistischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Kulturländer, die namentlich am 1. Mai mit allem Nachdruck geltend gemacht wurde. Die Erfüllung dieser Forderung, die auch von der wissenschaftlichen Hygiene und von vielen industriellen Unternehmern nachdrücklich unterstützt wurde, gestaltete sich nach der Revolution zur Notwendigkeit.

Inzwischen haben sich auf Grund von angeblich oder wirklich mit dem Achtstundentag gemachten Erfahrungen die alten Gegner dieser Einrichtung wieder zum Kampfe gegen sie gesammelt. Man kann ihnen zugeben, daß die „schematische" Durchführung des Achtstundentags in vielen Fällen von Übel ist; der berühmte Bahnwärter, der acht Stunden auf einen durchpassierenden Zug wartet und damit sein Tagewerk erledigt hat, mag verschwinden. Auch auf die Besonderheiten einzelner Betriebe muß Rücksicht genommen und eine Anpassung gefunden werden, so namentlich in der Landwirtschaft. Für die Industrie, namentlich die Großindustrie, ist der Achtstundentag durchaus angebracht. Dafür hatten wir in Württemberg das Zeugnis des Großindustriellen Dr. Robert Bosch. Außerordentliche allgemeine Umstände können die zeitweilige Ausdehnung des Achtstundentags notwendig machen. Aber über alle diese Dinge kann man sich verständigen. Wenn aber jetzt von manchen Unternehmern gegen den Achtstundentag geradezu gehetzt wird, so ist daran zu erinnern, daß die Unternehmerverbände schon am 15. November 1918 sich durch ein Übereinkommen mit den Gewerkschaften auf den Achtstundentag festgelegt hatten.

Wie nach jeder großen Revolution machte sich nach dem 9. November sofort eine weitgehende Arbeits- und Erwerbslosigkeit fühlbar. Ich richtete sogleich mein Augenmerk auf diese Erscheinung. Besonders trieben mich dazu die gründlichen historischen Studien, mit denen ich die Revolutionen von 1789 und 1848 durchforscht. Ich kannte genau die schrecklichen Erfahrungen, welche die französische Republik von 1848 infolge der ungeschickten Behandlung der arbeitslosen Massen gemacht hatte, und war mit der Geschichte der berüchtigten Nationalwerkstätten, die man fälschlich als sozialdemokratische Schöpfungen bezeichnet hat, sehr vertraut. Die furchtbare Barrikadenschlacht vom Juni 1848, welche aus Paris eine blutgetränkte Walstatt machte und die grausamsten Instinkte des Klassenkriegs wachrief, schwebte mir warnend vor Augen.

Der Rat der Volksbeauftragten*) zu Berlin hatte schon am 13. November eine Verordnung die Erwerbslosenfürsorge betreffend erlassen; diese so wichtige Verordnung ward aber zunächst wenig zweckentsprechend ausgeführt. So beschloß der Stuttgarter Gemeinderat, einem Familienvater als Arbeitslosenunterstützung täglich vier Mark zu gewähren, was bei den damals schon so sehr hochgetriebenen Lebensmittelpreisen eine weitgehende Unzufriedenheit, ja Erbitterung erregen mußte.

*) Diese von den Unabhängigen durchgedrückte zungenbrechende Bezeichnung für Minister ward von mir stets abgelehnt.

Die arbeitslosen Massen waren immer ein ergiebiges Feld für die Agitation resp. Wühlerei der Demagogen niedrigster Sorte und von den Spartakisten, resp. Kommunisten wurden unmögliche Anträge in überreichlicher Anzahl gestellt. Versammlungen, Demonstrationen, Aufläufe und Tumulte der Arbeitslosen jagten sich und die Hetzarbeit erreichte den höchsten Grad. Bei mir im Staatsministerium häuften sich die Deputationen, die mir meldeten, wie der Gemeinderatsbeschluß die Massen erbittert hatte. Ich beschloß, kraft der nur durch die Räte etwas eingeschränkten diktatorischen Macht, welche die Regierung bis zur Einberufung des Landtags damals innehatte, die Lösung der schwierigen Frage selbst in die Hand zu nehmen, was auch in zwei Sitzungen gelang.

Die „Diktatur" der Regierung war insofern noch weiter eingeschränkt, als sie keine bewaffnete Macht besaß; indessen konnte die Arbeitslosigkeit auch nicht mit den Waffen bekämpft werden. Man mußte den Arbeitslosen entgegenkommen, wenn man nicht eine Ära der Plünderungen und Verwüstungen heraufbeschwören wollte. In einer Sitzung im Gebäude der ehemaligen ersten Kammer trugen die Sprecher der Arbeitslosen ihre Forderungen mit vielen Übertreibungen und geschwollenen Phrasen vor. Am anderen Tage fand eine von mir geleitete zweite Versammlung auf dem Rathause statt, welcher der Arbeitsminister und der Oberbürgermeister sowie eine Anzahl Vertreter der Gewerkschaften und des Arbeiter- und Soldatenrats anwohnten. Hier ward eine Arbeitslosenunterstützung von zehn Mark beschlossen nebst Zuschlägen für die Familienmitglieder. Der das Wort für die Arbeitslosen führende Agitator sagte, das sei „gar nichts", worauf ich ihm erwiderte, er verfolge nur den Zweck, seine Hetzerei weiter betreiben zu können.

Der Beschluß wirkte sofort; die Aufläufe und Demonstrationen hörten — vorläufig — auf. Später kamen noch Notstandsarbeiten dazu.

Trotz dieses Erfolges war die Beurteilung der Maßregel eine verschiedene. Im Bürgertum gab es sehr viele Leute, denen jegliches Verständnis für die Unabwendbarkeit solcher Dinge fehlte. Man sprach von einer „Prämie für Faulenzerei". Von Humanitäts- und Solidaritätsgefühlen war bei diesen Leuten keine Spur vorhanden. Die Möglichkeit der Simulation, gegen die man sich so gut als möglich vorsah, war für sie ausschlaggebend.

B i s m a r c k hatte seinerzeit die ungeheuren Ausgaben für das stehende Heer damit plausibel zu machen gesucht, daß er sie als eine Prämie für die Aufrechterhaltung des Friedens bezeichnete. Und er fand damit viel Anklang. Die Ausgaben für die Arbeitslosenfürsorge waren auch nichts anderes als eine Prämie, die für Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu zahlen war, aber eine weit geringere, womit der voraussichtlichen Zerstörung großer Werte vorgebeugt wurde.

Allein in den Zeitungen wurden die Ausgaben für die Arbeitslosen ungeheuerlich übertrieben und so kam es, daß auch sonst ganz vernünftige und einsichtige Leute mit Vorurteilen gegen diese Maßregel erfüllt wurden. Man sprach von „Vorarbeit für den allgemeinen Bankerott", obwohl die

Finanzen des württembergischen Staates ganz günstig standen. Auch bedachte man nicht, daß die Zahl der Arbeitslosen je nach den Verhältnissen des Arbeitsmarktes sich hob oder senkte und daß eine günstige Veränderung eintreten konnte, wie es auch nachher geschah.

Zur Stärkung der Vorurteile des Publikums trug es auch nicht wenig bei, daß aus den Arbeitslosen selbst ein „Arbeitslosenrat" gebildet wurde. Damit wurde der Anschein erweckt, daß es Leute gebe, welche die Arbeitslosigkeit als Grundlage für einen neuen Beruf benutzten. Das Auftreten einiger Leute vom Arbeitslosenrat schien diese Auffassung zu bestätigen.

Die Presse hätte viel gut machen können. Da ich längere Zeit selbst Journalist gewesen, so wußte ich freilich recht gut, daß es unter den Männern der Presse verschiedene gibt, denen es bei Abfassung eines Zeitungsartikels in erster Linie darum zu tun ist, daß er „sensationell" wirkt; wie er sich zu den Gesamtinteressen des Volkes stellt, ist gleichgültig. Berlin liefert in dieser Beziehung unerreichte Muster, indem es dort Blätter gibt, die nur von der „Sensation" leben. Dem wird in der „Provinz" tunlichst nachgeeifert.

In der Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Württembergs habe ich am 21. Dezember 1918 meinen Standpunkt gegenüber der Presse präzisiert. „In den ersten Wochen nach der Revolution," sagte ich, „haben fast alle bürgerlichen Parteien die feierliche Versicherung abgeben, sie würden sich auf den Boden der neuen Regierung stellen. Die Phrase war ja ganz schön. Jetzt kommt aber das wahre Gesicht zum Vorschein. Wir sehen, daß die bürgerliche Presse mit geringen Ausnahmen die neue Regierung angreift und verdächtigt in einer Weise, wie es je kaum dagewesen ist. Wir haben, als wir vollkommene Preßfreiheit einführten, damit gerechnet, daß mit dieser Freiheit Mißbrauch getrieben werden könne, und daraus hat man dann die Folgerung gezogen, daß das Land eine schwache Regierung habe. Wir kämpfen nicht mit mittelalterlichen Mitteln und nicht mit dem Polizeiknüppel; wir können die Kritik ertragen."

Später, als russisches Geld und bolschewistische Demagogen ins Land kamen, wurde mit der Preßfreiheit ein solch horrender Unfug und Mißbrauch getrieben, daß es zur Staatsnotwendigkeit wurde, dagegen vorzugehen.

Damals erschien in den Zeitungen die nachstehende Erklärung, die für die Zustände in der Presse außerordentlich charakteristisch ist:

„Die Arbeiter- und Soldatenräte sind in letzter Zeit von einigen Blättern in einer Weise kritisiert worden, die den Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte zu folgender Erklärung veranlaßt: Die Arbeiter- und Soldatenräte sind aus dem geschichtlichen 9. November 1918 entstanden. Sie sind berufen, gemeinsam mit der provisorischen Regierung die Ruhe und Ordnung in der Bevölkerung und den geordneten Gang der Staatsgeschäfte aufrecht zu erhalten. Die politischen Gegner sind über diese Tätigkeit mißvergnügt, weil einstige Vorrechte nunmehr dem Volksganzen untergeordnet werden müssen. Und daher

erklärt sich oftmals in ihren Blättern eine Geringschätzung, sowie unbewußte oder gar bewußte Verleumdung der Arbeiter- und Soldatenräte. Zu solchen Verleumdungen gehören jene Nachrichten, wonach die Arbeiter- und Soldatenräte schon in den ersten 14 Tagen der Revolution 800 Millionen Mark, in Württemberg allein 500 000 Mark „verschleudert" haben sollen. Obwohl jede Zeitungsredaktion auch bei nur oberflächlicher Prüfung die Unwahrheit solcher Nachrichten erkennen mußte, wurden sie doch mit Behagen veröffentlicht und durch „zweckdienliche" Überschriften und Zusätze „geschmackvoll" gemacht. „Rote Bewirtschaftung deutscher Spargelder" oder „Die rote Finanzwirtschaft", so und ähnlich lauteten ihre tendenziösen Überschriften. Eine Richtigstellung der Arbeiter- und Soldatenräte wurde von dieser „anständigen" Presse als „flaues Dementi" bezeichnet. Auch in anderer Hinsicht wird von diesen Blättern fast täglich, teils in versteckter, teils in offener Form, gegen die Arbeiter- und Soldatenräte gewühlt. Sie seien aus eigener Machtvollkommenheit ins Leben getreten, würden nicht anerkannt usw. Diese Hetze ist ein unverantwortlicher schwerer Mißbrauch der erst von der Revolution geschaffenen Preßfreiheit, ein Mißbrauch, der zur Schändung der Preßfreiheit wird. Das geschieht von denselben Blättern, die alle früheren, unter den alten Mächten bestandenen unerhörten Mißstände und Ausartungen beharrlich totschwiegen oder gar begeistert verteidigten. Die Arbeiter- und Soldatenräte können nicht von allen Staatsbürgern Unterstützung in ihrem Bemühen erhoffen, aber sie dürfen die strenge Beachtung jener Regeln verlangen, die unter anständigen Menschen niemals verletzt werden dürfen."

Diese in so würdiger Form gegebene Abwehr machte einen vortrefflichen Eindruck.

Die Arbeiten der Regierung.

Am 2. Dezember wurde im Staatsministerium das Wahlgesetz für die konstituierende (verfassunggebende) württembergische Landesversammlung festgestellt. Die Wahlberechtigung begann mit dem 20. Lebensjahr für beide Geschlechter. Die 150 Abgeordneten sollten in einem Wahlgang gewählt werden, wozu das ganze Land einen einzigen Wahlkreis bildet. Die Wahlhandlung selbst sollte auf dem Wege der Verhältnis-(Proportional-)Wahl vor sich gehen.

Dies Wahlgesetz befriedigte auch die weitgehendsten Ansprüche. Aber der Minister des Innern, Crispien, wollte die Sache so schieben, daß die Wahlen erst am 26. Januar 1919 vorgenommen werden sollten.

Dazu ward Crispien von den Spartakisten und Kommunisten getrieben, welche überhaupt keine Landesversammlung und auch keine Nationalversammlung wollten. Die Regierung beschloß indessen bald darauf, den Wahltermin für die Landesversammlung auf den 12. Januar

1919 vorzuverlegen. Die Anregung dazu kam aus den Arbeiterräten, die am 8. Dezember eine Landesversammlung hielten. Ich hielt dort eine längere Ansprache, in der ich die Maßregeln der Regierung — Achtstundentag und anderes — aufzählte, zur Geduld mahnte und vor Zersplitterung der Kräfte warnte. Ich sagte zum Schlusse:

„Wenn eine über 800 Jahre bestandene Staatsform abgelöst wird, so ist es nur natürlich, daß sich die Weiterentwicklung nicht ohne Reibungen und Hemmnisse vollzieht. Jeder Sozialist weiß auch, daß man gewisse Episoden nicht überspringen kann und dem Gesetz der Entwicklung sich anpassen muß. Wir bitten Sie, energisch mit uns vorwärts zu gehen zum gemeinsamen Ziele und zur Verwirklichung unserer sozialistischen Ideale."

Parteigenosse Frick als Vertreter der Soldatenräte kündigte an, daß diese mit allen Mitteln die Regierung stützen, für Ruhe und Ordnung sorgen und die vielfach sehr verhetzten Feldtruppen über den wahren Charakter der Revolution aufklären wollten.

Das alles war natürlich nicht nach dem Geschmack der Unabhängigen und Kommunisten, welche den Parlamentarismus gänzlich verwarfen und eine Räterepublik — nach russischem Muster — erstrebten. Sie machten hier abermals einen Vorstoß in diesem Sinne. Unfried sprach sich entschieden gegen eine Nationalversammlung aus.

Es wurde mit 62 gegen 30 Stimmen der vom Bezirk Ludwigsburg gestellte Antrag angenommen, die Wahlen zur National- und Landesversammlung in die erste Hälfte des Januar vorzuverlegen, was, wie schon erwähnt, gleich nachher von der Regierung bestätigt und ausgeführt wurde. Im Soldatenrat hatte sich namentlich Rechtsanwalt Kohler für den Antrag energisch eingesetzt.

Nachdem Unabhängige und Kommunisten hier unterlegen, zogen sie auch in der am 11. Dezember zusammentretenden Landesversammlung der Soldatenräte den Kürzeren. Ich hielt dort wiederum eine Ansprache, in der ich sagte:

„Wir wollen die Revolution vorwärts bringen zu einem glücklichen Ende. Die Organe, welche die Leitung der großen Bewegung in die Hand genommen haben, sind die Provisorische Regierung und die Arbeiter- und Soldatenräte. Dieser Organismus muß zusammenstimmen. Es ist leichter, eine Revolution zu machen, als ihre Früchte zu sichern. Der schwierigste Teil unserer Kämpfe wird erst beginnen. Die bevorrechteten Klassen des alten Regimes leben noch in der Hoffnung, ihre früheren Privilegien wiederherzustellen. Wir aber wollen uns bewegen auf der direkten Bahn der sozialistischen Einrichtungen. Es wäre nicht so rasch zu dem Erfolg gekommen, wenn nicht die Sozialdemokraten der verschiedenen Richtungen hier sich am 9. November vereinigt hätten, wenn sich auch nicht leugnen läßt, daß damit auch verschiedene Nachteile verbunden sind. Wir streben die Sozialisierung der Produktionsmittel und die Abschaffung der Klassenherrschaft an. Wenn wir jetzt diese Gelegenheit verpassen, werden wir sie sobald nicht wieder bekommen. Diese günstige Gelegenheit müssen

wir jetzt ausnützen. Um der Menschheit dieses Geschenk des Schicksals zu sichern, müssen wir zusammenhalten. Lassen wir alle Kleinigkeiten und Nebensächlichkeiten beiseite und steuern wir unserem großen Ziele zu!"

Die Versammlung stimmte meiner Rede zu und ging dann ohne weitere Aussprache zu ihren inneren und Organisationsangelegenheiten über, was einer deutlichen Absage an Kommunisten und Unabhängige gleichkam. Die Versammlung beschloß dann noch die Aufstellung einer bewaffneten Macht (Sicherheitskompagnien) zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die Ausführung dieses wichtigen Beschlusses wurde aber vom Kriegsminister auf die lange Bank geschoben mit der Absicht, sie ganz zu verhindern. Sie wurde erst später ermöglicht.

Wir hofften damals bestimmt, infolge der hochangeschwollenen sozialistischen Strömung eine Mehrheit in der Nationalversammlung und in der konstituierenden Landesversammlung zu erreichen. Die Hoffnung war berechtigt, aber sie erfüllte sich nicht. Über die Ursachen spreche ich an anderer Stelle. Nun waren wir von dem Satze ausgegangen, daß wir durch das Wahlgesetz und durch die Landesversammlung dem württembergischen Volke die Möglichkeiten geben wollten, sich seine Zukunft selbst zu gestalten. Nachdem sich die Mehrheit nicht für den Sozialismus ausgesprochen, mußten wir uns den Verhältnissen anpassen. Die Kommunisten prophezeiten, mit der Nationalversammlung werde man nur eine „bürgerliche" Republik erreichen.

Dagegen war es klar, daß in einer parlamentarisch-demokratischen Republik, in deren Volksvertretung die Sozialdemokratie die stärkste Partei bildet, gegründete Aussicht vorhanden ist, die Entwickelung der Dinge in der Richtung nach unseren Zielen vorwärts treiben zu können. Das galt für das Reich wie für Württemberg. Nur mußte zu diesem Zweck eine entsprechende Taktik gefunden werden. Leider hat man sie bis jetzt kaum gefunden.

Aber wir hofften, wie gesagt, damals fest auf eine sozialistische Mehrheit in den Parlamenten und dieser Hoffnung war meine Rede im Soldatenrat angepaßt. Denn dann hatte man ja die Gewißheit, daß das deutsche Volk den Sozialismus herbeiwünsche, und zwar auf direktem Wege. Daß es anders kam, war für eine große Zahl von Arbeitern eine herbe Enttäuschung. Diese wollten sich auch nicht davon überzeugen lassen, was Karl Marx in der Vorrede zu seinem Hauptwerke so sehr betont, daß sich notwendige Entwicklungsepochen nicht überspringen lassen. Statt in Verbindung mit der unvermeidlichen Entwicklung darauf hinzuarbeiten, durch Aufklärung die Mehrheit des Volkes zu gewinnen, verfielen diese Elemente in die alte Täuschung, daß man sich als Minorität nur mit Gewalt in den Besitz der Staatsmacht zu setzen brauche, um die gewünschten Veränderungen zu erreichen. Der Blanquismus übte seinen alten, unheilvollen Zauber auf die Massen aus. Spartakisten und Kommunisten nutzten die Situation gründlich aus und so entstanden die Kämpfe, welche die Regierungen in ihren Arbeiten lange Zeit so sehr behindert haben. —

Mit großer Besorgnis wurde der Rückkehr der Truppen aus dem Felde

entgegengesehen, da allerhand aufregende Gerüchte umliefen. Manche Leute taten, als müsse es gleich zu blutigen Konflikten zwischen den Truppen und der über die ungeheure Niederlage empörten Bevölkerung kommen. Aber der Rückmarsch vollzog sich in Württemberg ohne alle Zwischenfälle und die Truppen wurden herzlich empfangen, wobei betont werden muß, daß dies von allen Parteien geschah, einige fanatisierte kleine Gruppen ausgenommen. Gegenüber den Veränderungen in Staat und Regierung verhielten sich die Truppen vollkommen ruhig, soweit sie nicht dieselben begeistert begrüßten. Einige höhere Offiziere, die bei mir vorsprachen, befragten mich über die Zukunft des Heeres, über die ich ihnen allerdings keine genügende Auskunft geben konnte, da der Entscheid der Entente hier maßgebend war.

Währenddem herrschte in Württemberg, vor allem in Stuttgart, dauernd große Unruhe. Die Vorgänge in Norddeutschland wirkten selbstverständlich auf den Süden Deutschlands zurück. Man fühlte förmlich, daß sich Putsche und ähnliche Bewegungen vorbereiteten. Dazu kamen die Aufrufe und Maueranschläge der Spartakisten und ihre dreisten Drohungen. Die Regierung erließ daher auf Vorschlag von dem Justizminister Kiene folgende Mahnung, die auch als Maueranschlag erschien:

Maueranschlag.

„Hungersnot und Hungerstod für Volk und Heer, für Männer, für Frauen und Kinder steht sicher bevor, wenn öffentliche Straßenunruhen mit Gewalttätigkeiten, Blutvergießen und Plünderungen eintreten.

Lebensmittelzufuhr ist dem deutschen Volk nur unter der einzigen Bedingung zugesichert, daß die öffentliche Ordnung bei uns gewahrt bleibt und eine unparteiische Verteilung der Lebensmittel hiedurch gewährleistet ist.

Jeder, ob Bürger oder Soldat, der sich an irgend einem Aufruhr gegen die jetzt bestehende, durch die Revolution geschaffene Ordnung beteiligt, begeht das schwerste Verbrechen am ganzen Volke.

Die Provisorische Regierung."

Unter den Dekreten der Regierung seien noch einige angeführt. Am 21. November erließ die Regierung zwei militärische Dekrete. Zunächst wurde beschlossen:

„Die Abhaltung der Einjährig-Freiwilligenprüfung und somit auch die Vorbereitungen seitens des Ministeriums für das Kirchen- und Schulwesen hiezu unterbleiben von nun ab."

Alsdann erging der Beschluß:

„Um eine einheitliche Regelung der Demobilisierung durchführen zu können, ist eine Neuordnung der Kommandoverhältnisse notwendig. Das stellvertretende Generalkommando wird von jetzt ab dem Kriegsministerium unterstellt. Dessen Weisungen

haben alle militärischen Kommandobehörden Folge zu leisten. Das Kriegsministerium sowie alle anderen Behörden unterstehen der Kontrolle der Provisorischen Regierung.

Die Provisorische Regierung.
Der Vorsitzende:
Blos."

Am 2. Dezember wurde beschlossen:

„Nachdem der König die Krone niedergelegt hat, sind die Gebührenfreiheitsrechte, die ihm und der Königin im Post-, Telegramm- und Fernsprechverkehr, sowie den übrigen Mitgliedern des bisherigen Königlichen Hauses im Postverkehr zustanden, in Wegfall gekommen. Auch die Gebührenfreiheit der regierenden Fürsten der anderen Bundesstaaten, ihrer Gemahlinnen und Witwen haben im inneren württembergischen Post- und Telegrammverkehr zu bestehen aufgehört.

Die Portofreiheiten der Mitglieder des fürstlichen Hauses Thurn und Taxis werden hiemit aufgehoben.

Die Bestimmungen über die Durchführung trifft das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Verkehrsabteilung.

Stuttgart, den 2. Dezember 1918.

Die Provisorische Regierung:
Der Vorsitzende:
Blos."

Am 4. Dezember sah ich mich genötigt, die nachstehende Vermahnung zu erlassen:

„Es sind mir zahlreiche Mitteilungen zugegangen, wonach verschiedene Beamte, die sich als entschiedene Anhänger der Neuordnung der Staatsangelegenheiten bekannt haben, deshalb von ihren Vorgesetzten in ganz unzulässiger Weise behandelt und sogar schikaniert werden. Ich ersuche die dadurch Betroffenen, sich ungeniert an die zuständigen Ministerien zu wenden, und zwar mit genauer Angabe der Tatsachen, damit eingeschritten und Abhilfe geschaffen werden kann.

Der Vorsitzende der Provisorischen Regierung:
Blos."

Die Anhänger des alten Regimes erhoben ein Geschrei, daß mit dieser Verordnung die „Denunziererei" gefördert werde. Sie hätten besser vor ihrer eigenen Türe gekehrt. Ich bekam indessen Mitteilungen genug, wonach das Dekret recht gut gewirkt hatte.

Am 16. Dezember wurden wir, nachdem eine entsprechende Anregung ergangen, uns über das nachstehende Dekret einig:

„Die Provisorische Regierung ist mit der Zulassung von drei Männerordensniederlassungen in Württemberg, nämlich einer Niederlassung des Redemptoristenordens für den Schönenberg bei Ellwangen und je einer Niederlassung des Franziskanerordens für das Weggental bei Rottenburg und für die Stadt Weingarten grundsätzlich einverstanden.

Die Provisorische Regierung:

Blos."

Kulturkämpferische Neigungen waren in der Regierung nicht vorhanden.

Um diese Zeit trat eine reißende Verschlimmerung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands ein. Was noch nach dem großen Zusammenbruch der Wirtschaft, der auf die Niederlage im Weltkrieg folgte, übrig geblieben, erschien nunmehr gefährdet durch die vielen, zu einem großen Teil sinnlosen Streiks, die einander förmlich jagten. Diese Epidemie wurde vom Rat der Volksbeauftragten in einem energischen Aufruf bekämpft, dem wir uns anschlossen. In diesem Aufruf ist die Gesamtlage Deutschlands vortrefflich geschildert und sei hier wiedergegeben:

„An die deutschen Arbeiter!

Die Errungenschaften der sozialistischen Revolution sind in Gefahr! Die drohende Katastrophe zeichnet sich täglich deutlicher ab.

Vergeßt nicht, wie wir stehen! Der Krieg hat uns arm gemacht, die Niederlage noch ärmer. Unser Boden ist vernachlässigt und ausgesogen, unser Vieh abgeschlachtet, unsere Verkehrsmittel sind heruntergekommen, die Produktionsanlagen für die Herstellung von Friedensgütern abgenutzt, teilweise ruiniert, die wichtigsten Rohstoffe mangeln. Drückende Waffenstillstandsbedingungen lähmen unsere Bewegungsfreiheit. Ungeheuerlich sind die Lasten, die der siegreiche Feind uns aufbürdet.

Arbeiter! In Eurer, nur in Eurer Hand liegt es, das Verhängnis abzuwenden. Ihr müßt unsere zusammengebrochene Wirtschaft wieder aufrichten. Ihr müßt dafür sorgen, daß uns Hunger und Bürgerkrieg erspart bleiben und das, was unweigerlich auf Bürgerkrieg folgt: die Verwüstung aller Errungenschaften der Revolution, Euerer Revolution.

Ihr müßt arbeiten!

Der Sozialismus verlangt Arbeit, kann nur bestehen auf Grundlage der Arbeit! Wer feiern muß, soll Unterstützung bekommen; aber wer feiert, obwohl er arbeiten könnte, macht sich und die anderen ärmer, versündigt sich an seinem Volke und dessen sozialistischer Zukunft, hilft den Zusammenbruch bereiten, der schließlich auch ihn selbst verschlingt.

Arbeiter! Bleibt nicht in den großen Städten zusammengedrängt, wo die Industrie auch nicht genug Arbeit schaffen kann, weil es an Kohle und anderen Betriebsstoffen fehlt und wo Ihr schließlich Hunger leiden müßt, weil die Lebensmittel nicht herangebracht werden können.

Geht hinaus aufs Land!

in die Städte der Provinz! Die Kräfte, die in Berlin und anderen Großstädten brachliegen, werden dort dringend gebraucht. Geht zu den Arbeitsnachweisen; sie werden Euch sagen, wo Ihr lohnende Arbeit findet, die Euch nährt und das Volk retten hilft. Keiner darf sich jetzt darauf versteifen, an dem Ort zu bleiben, in den er während des Krieges gekommen ist. An der Vernunft, an der sozialistischen Disziplin jedes einzelnen hängt das Dasein, die Freiheit, die Zukunft unserer sozialistischen Hoffnung.

Arbeiter! Schützt Eure Revolution vor den Angriffen jeglicher Reaktion; rettet sie auch vor dem Ruin durch Hunger und wirtschaftliche Auflösung!

Der Rat der Volksbeauftragten.

Ebert. Haase. Scheidemann. Dittmann. Landsberg. Barth.

Die Provisorische Regierung Württembergs schließt sich diesem Aufruf nachdrücklichst an.

Der Vorsitzende:

Blos."

Der Aufruf war sehr wohl angebracht, allein ich setzte keine allzugroße Hoffnung auf seine Wirkung. Saßen doch im Rate der Volksbeauftragten selbst Leute, die eifrig genug an der Zerstörung der „sozialistischen Disziplin" gearbeitet hatten. Die so wohlgemeinte Mahnung des Vorsitzenden im Rate der Volksbeauftragten: „Ihr müßt arbeiten!" wurde von den spartakistischen und kommunistischen Fanatikern, die den sechsstündigen Arbeitstag — und auch diesen nur zum Schein — forderten, einfach verlacht. Diese gemeinschädlichen Elemente benutzten das wirtschaftliche Elend, um die Arbeiter immer wieder von neuem zu wirtschaftlichen und politischen „Aktionen" aufzustacheln. Sie benutzten dabei wieder den alten Trick, immer im Namen der Arbeiter oder des gesamten Proletariats zu sprechen, und die vor dieser Zeit so wohl disziplinierten Arbeiter in den Organisationen ließen sich dadurch vielfach mitreißen und mißbrauchen. In der Folge wurde auch das Kampfmittel des Generalstreiks in der leichtfertigsten Weise gehandhabt und zu einem Spielzeug in den Händen unverantwortlicher Demagogen gemacht.

Inmitten all dieser Wirbel und Strudel sich behaupten, war natürlich nicht leicht für eine Regierung, die keine organisierte bewaffnete Macht besaß. Es wurde ihr dies nur durch die im allgemeinen loyale Haltung der Räte ermöglicht, wobei aber die vielen, von den Kommunisten immer wieder von neuem verursachten Schwankungen in diesen Körperschaften sehr hinderlich und manchmal direkt gefährlich waren.

Dazu kamen auch gewisse „Unstimmigkeiten" im Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei. Nachdem die öffentliche Gewalt in die Hände der Regierung und die Kontrolle der Ausübung derselben an die Räte übergegangen, war selbstverständlich die Rolle der Mehr-

heitssozialdemokratie eine andere geworden. Seit den Anfängen der Sozialdemokratie hatte die Partei in der schärfsten Opposition zu den Regierungen und den herrschenden Klassen gestanden und hatte ihr ganzes Parteiwesen darauf eingestellt. Über alle Versuche, eine Abschwächung der Gegensätze herbeizuführen, war die sozialistische Bewegung unversöhnlich hinweggeschritten und immer auf ihr großes Ziel, die Eroberung der politischen Macht, losgesteuert. Der Versuch Lassalles, den er mit der Proklamation des „sozialen Königtums" machte, schwand nach seinem kurz darauf erfolgenden Tode wie ein Nebelbild hinweg. Der Versuch Schweitzers, die Lösung der „deutschen Frage" vor die Alternative: „Preußische Bajonette oder Arbeiterfäuste!" zu stellen, brachte einen tiefen Riß in die sozialistische Bewegung, der sich erst nach zehn Jahren wieder schloß. Die geschlossene Oppositionsstellung der sozialdemokratischen Partei wurde von einzelnen Parteitagen gelegentlich verschärft und hielt bis zum Ausbruch des Weltkrieges an.

Die Regierungen hatten zur Verschärfung der Gegensätze ihr Möglichstes getan. Das Eindringen der Sozialdemokratie in den Reichstag, die Landtage und die Gemeindevertretungen konnten sie freilich nicht verhindern. Dafür stülpten sie ihr das Sozialistengesetz über den Kopf, zu dem man die gegen Kaiser Wilhelm I. verübten beiden Attentate, mit denen die Sozialdemokratie nicht das Geringste zu tun gehabt, als Vorwand nahm. Jegliche Beamtenlaufbahn war allen verschlossen, die sich offen zur Sozialdemokratie bekannten.

In der Not des Weltkrieges mußte man der Sozialdemokratie Zugeständnisse machen, nachdem sie für die Kriegskredite gestimmt. Aber die Nachwirkungen der früheren Gegensätze ließen sich bei der Sozialdemokratie ebensowenig verwischen wie bei der alten Bureaukratie. Psychologisch ist es ganz erklärlich, daß die sozialistischen Arbeiter sich von der Gewohnheit der langjährigen Opposition auch nicht so rasch lossagen konnten, nachdem die Sozialdemokratie Regierungspartei geworden und bekannte Parteigenossen in die Regierung getreten. Diese Empfindungen wurden von den Spartakisten und Kommunisten immer wieder zur Aufstachelung der Massen gegen die Regierung benutzt, wenn auch nicht mit dem Erfolg, von dem jene Demagogen träumten. Aber ganz ohne Erfolg ging es auch nicht ab. Dazu kam, daß verschiedene Sozialdemokraten, die bisher auf den Gang der Dinge Einfluß gehabt, sich durch die Räte ausgeschaltet sahen. Daraus entstand eine Mißstimmung, die ich auf dem im Dezember stattfindenden Landesparteitag der Sozialdemokratie wohl bemerkte.

Zu Berlin fand inzwischen eine Konferenz von Vertretern der deutschen Freistaaten statt, welche ich nicht besuchen konnte, da ich mich von den württembergischen Regierungsgeschäften nicht losmachen konnte. Ich ließ mich daher dort vertreten. Die Konferenz beschloß, für die Schaffung einer einheitlichen deutschen Republik zu wirken und zu diesem Zweck von der Reichsleitung die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung auf Grund allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen

Wahlrechts und des Proportionalsystems zu fordern. Bis zu deren Zusammentritt sollten die Arbeiter- und Soldatenräte als Repräsentanten des Volkswillens gelten. Die Selbständigkeit der Bundesstaaten sollte durch diesen Beschluß nicht berührt werden; es wurde ausdrücklich an sie die Aufforderung gerichtet, so bald als möglich ihre Landesversammlungen zur Schaffung besonderer Landesverfassungen einzuberufen. Auch der baldige Abschluß eines Präliminarfriedens wurde gefordert.

Es wurden dabei einige Erinnerungen an das Jahr 1848 wach. Damals hatten zwei große Versammlungen in Wien und Berlin neben der eigentlichen Nationalversammlung in Frankfurt am Main und außer ihnen noch eine Anzahl von Landtagen der Einzelstaaten getagt. Es gab sich von selbst, daß daraus allerlei Unzuträglichkeiten entstanden. Man hoffte, diesmal solches zu vermeiden. Wie weit es gelang, wird sich zeigen. Es bildeten sich alsbald zwei Strömungen; eine streng zentralistische, welche die Einzelstaaten im Reiche völlig aufgehen lassen wollte, und eine mehr föderalistische, welche den Bestand der Einzelstaaten gesichert wissen wollte. Dieser letzteren schloß auch ich mich an. Deutschland ist nie ein Einheitsstaat gewesen, aber die buntlappige Kleinstaaterei wuchs sich zum Unglück aus. Die Sozialisten erinnerten sich daran, daß Lassalle seinerzeit den Föderalismus einen Marterpfahl im Fleische des deutschen Volkes genannt hatte; auch Engels hatte in seiner Geschichte des Bauernkriegs in seiner drastischen Art gesagt, wer nach den beiden deutschen Revolutionen von 1525 und 1848 noch von einer deutschen Föderativrepublik faseln könne, gehöre nirgend anders hin als ins Narrenhaus. Ich hielt diese Auffassung für zu weitgehend und war der Meinung, daß durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803, wenn auch der erste Konsul der französischen Republik, Napoleon Bonaparte, und der Zar Alexander I. als „Schutzengel" darüber schwebten, das Elend der Kleinstaaterei in der Hauptsache beseitigt sei; das Jahr 1866 und Bismarcks Sieg bei Königgrätz hatten eine weitere Einschränkung gebracht. Die Zwergstaaten, wie die in Thüringen, die Napoleon einst vergessen, konnten zusammengelegt werden, wie ja zu einem guten Teil schon geschehen. Die größeren Einzelstaaten aber sollen im Interesse des Eigenlebens der einzelnen deutschen Stämme erhalten bleiben, was man so einrichten kann, daß der Reichsgedanke nicht beeinträchtigt wird. Die Fanatiker der Zentralisation haben inzwischen allerlei Unzuträglichkeiten herbeigeführt, die man oft schmerzlich verspürt hat.

Die Zustände in Württemberg zu Ende November 1918 habe ich damals in einer Unterredung geschildert, um die mich ein Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht" ersucht hatte. Er legte mir eine Reihe von Fragen vor, die ich beantwortete. Da meine Mitteilungen von damals direkt aus der Wirklichkeit geschöpft sind, so halte ich sie für durchaus geeignet, hier wiedergegeben zu werden. Ich sagte zunächst, daß die württembergische Regierung baldigst eine verfassunggebende Landesversammlung einberufen würde; dann frug der Journalist, wie sich die Regierung zu dem Auftreten des Spartakusbundes in Berlin und zu den

damit in Zusammenhang stehenden Absplitterungsversuchen in Süddeutschland und am Rhein stelle. Ich antwortete:

„Wir werden alle Kräfte anstrengen, um ein arbeitsfähiges Kabinett Ebert zu bekommen. Dies allein kann zu einer deutschen Nationalversammlung führen, ohne die es weder Brot noch Frieden geben kann. Brot und Frieden sind aber die entscheidenden Mittel, deren die Arbeiter bedürfen, um die Errungenschaften des 9. November zu sichern. Sonst wird entsetzliches Elend den völligen Zusammenbruch Deutschlands begleiten und am schwersten müßten die besitzlosen Volksteile hiervon getroffen werden. Von einer Zerreißung Deutschlands spricht in Württemberg wohl niemand gern, denn gerade bei uns im Lande sind die Einheitsbestrebungen von altersher sehr stark gewesen. 1525 wurde in Heilbronn die Reichsreform beschlossen; 1849 hat die damalige württembergische Regierung die Reichsverfassung angenommen; 1870 ging Württemberg wiederum voran.

Deutschland ist ein in sich verwachsenes Wirtschaftsgebiet geworden, dessen einzelne Teile sich nur unter den schwersten gegenseitigen Schädigungen und unter Zerstörung des Staatskredits voneinander zu lösen vermöchten. Kein Deutscher kann im Ernste wünschen, das aus unsäglicher Kriegsnot herausgerettete gemeinsame Vaterland möge nun auch staatsrechtlich in Trümmer gehen. Wir würden damit das Gerüst des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft für immer zum Einsturz bringen und unser Volk dauernd zum Spielball fremder Mächte machen.

Das werktätige Volk steht mitten in der Revolution. Es hat die politische Macht in seine Hände gebracht und muß jetzt zur gleichen Zeit, in der es den schweren Druck der Sieger über sich ergehen lassen muß, im Innern des Landes den ungeheuren Schutt der gestürzten Herrschaftsform hinwegräumen. Darüber hinaus muß der viel schwierigere zweite Teil der Revolution folgerichtig und entschlossen durchgeführt werden: die soziale Umgestaltung. Dazu bedürfen wir des geeinten Deutschlands und eines klaren Willens. Im anderen Falle müßten die Arbeiter einem überaus traurigen Schicksal verfallen. Was soll denn anderes das Ziel unserer Tätigkeit in der Regierung sein, als die Durchführung alles dessen, was der 9. November begann? Die Berliner Hemmungen und nicht zuletzt auch mancherlei Kleineres hier in Stuttgart können nur die Hände binden, die auch die sozialen Fesseln der Arbeiter lösen wollen.

Wie steht es, fragte er weiter, mit der Durchführung des Programms vom 9. November?

Die Regierung, sagte ich, hat in einer Amnestie, die viel weiter ging, als in allen anderen deutschen Bundesstaaten, die Türen der Gefängnisse geöffnet für die strafrechtlichen Opfer der vergangenen Zeit. Dann haben wir durch eine Reihe einschneidender Verfügungen des Arbeitsministeriums die gesetzliche Durchführung des Achtstundentages unter gleichzeitiger Sicherung des Arbeitereinkommens eingeleitet. Sobald die Notmaßnahmen aus Anlaß der Kohlennot überwunden sind, soll die endgültige Durchführung keine Stunde länger auf sich warten lassen. Die Reichs-

leitung hat den 1. Januar 1919 als den Zeitpunkt festgesetzt, der die Arbeiter im Besitz des Achtstundentags sehen soll. Bis dahin werden auch unsere Werkstättenarbeiter bei den Staatseisenbahnen unter den neuen Bedingungen arbeiten. Das übrige Personal der Verkehrsanstalten wird entlastet, soweit die aus dem Felde zurückkommenden Arbeitskräfte dies nur irgendwie in unsere Macht geben; die Feiertagsbezahlung der Staatsarbeiter wird durchgeführt, die Ferien werden neu geregelt. Die Beschaffung von Arbeit ist in so gewaltigem Umfange vorbereitet, daß wir heute versichern zu können glauben, es werde keine Arbeitslosigkeit von größerem Umfang in Württemberg zu befürchten sein; die Arbeitslosenversicherung wird für die zu verkürzten Zeiten Beschäftigten in stärkstem Umfang ausgebaut werden.

Und welche weiteren Maßregeln, fragte er schließlich, stehen noch bevor?

Die Regierung, antwortete ich, wird durch einen in den nächsten Tagen zusammentretenden Ausschuß eine neue Verfassung für Württemberg ausarbeiten lassen, die der Landesversammlung vorgelegt wird. Eine zweite Kommission wird die hochwichtige Frage der Sozialisierung der hierzu geeigneten Betriebe, also deren Überführung in den Besitz der Allgemeinheit, behandeln und bahnbrechende Entscheidungen fällen. Aus den Arbeiten dieser Kommission soll das hervorgehen, was die wirtschaftliche und soziale Umgestaltung in sich schließt und was mit Recht von der Arbeiterschaft als der wichtigste Teil der Errungenschaften der Revolution angesehen wird. In diesen Fragen soll es kein bängliches Zögern geben. Es soll aber auch alles Nötige nur nach pflichtgemäßer Prüfung vor sich gehen. Darum wird gegenseitiges Vertrauen zwischen Arbeiterschaft, Soldaten und Regierung erforderlich sein. In schweren Wochen voll Unruhe und harter Arbeit haben wir acht von den neun Programmforderungen der Revolution durchgeführt; man vertraue uns und wir werden auch die neunte erledigen."

Was die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anbetrifft, so ging das Arbeitsministerium sehr energisch vor. Mitte Dezember 1918 veröffentlichte es einen Aufruf, worin es die Arbeitslosen aufforderte, sich möglichst zahlreich in der Landwirtschaft zu melden. „Dort," hieß es, „ist starke Nachfrage nach Arbeitskräften. Konnten doch sogar da und dort Bodenerzeugnisse wegen des Mangels an genügend arbeitsfreudigen Händen nicht eingebracht werden. Dort ist Aussicht auf bessere Verpflegung als in den Städten, ist Aussicht auf lohnende Arbeit. Und dringende Notwendigkeit ist es, durch die Mitarbeit in der Landwirtschaft die Ernährung nicht nur für Euch selbst, sondern auch für alle Mitbürger in den Städten zu verbessern. Auch nicht die geringste Menge an Feldfrüchten darf aus Mangel an Arbeitskräften verloren gehen, kein Acker aus diesem Grund im ersten Friedensjahr weniger Ertrag geben.

Dazu sind außer den heimkehrenden Landwirten schon heute rührige Arme in großer Zahl nötig.

Wer aber in der Landwirtschaft keine geeignete Beschäftigung finden kann, beteilige sich an den öffentlichen Arbeiten, die landauf landab von

Staat und Gemeinden aufgenommen werden und die dazu dienen sollen, die Bedingungen für einen erneuten wirtschaftlichen Aufstieg nach dem Kriege zu schaffen. So gibt es, um nur einige zu nennen, Beschäftigung z. B. bei der Eisenbahnverwaltung für etwa 12 000 Arbeiter, Straßen- und Wasserbauverwaltung für etwa 20 000 Arbeiter, Waldarbeiten aller Art für etwa 50 000 Arbeiter, bei kommunalen und Bauarbeiten einige 1000 Arbeiter usw."

Ausreichende Löhne sollten gezahlt, Fahrkosten vergütet, besondere Auslagen ersetzt werden. Indessen meldeten sich die Arbeitskräfte nicht, die man erwartet, und gewisse Philister hatten wieder Grund, über Mißbrauch der Arbeitslosenunterstützung zu schreien.

Die positiven und organisatorischen Arbeiten der Regierung wurden unaufhörlich gestört durch die Obstruktion der unabhängigen Minister Crispien und Fischer und durch die Wühlereien und Putsche der Spartakisten und Kommunisten. Später trat noch eine weitere, ebenso tiefeinschneidende als bedenkliche Veränderung ein, indem die sozialdemokratische Fraktion auf Drängen einiger demokratischen Politiker beschloß, auf die Mehrheit in der Regierung zu verzichten, was mit dem Stärkeverhältnis der einzelnen Fraktionen des Landtages motiviert wurde. Lindemann und ich, sowie verschiedene Fraktionsmitglieder warnten umsonst davor, diese Position freiwillig zu räumen; sie wurde mit ganz geringer Mehrheit beschlossen. Doch davon später.

Sonst arbeitete trotz alledem der Regierungsorganismus mit gutem Erfolg und kam über die tausend Schwierigkeiten, die täglich neu erwuchsen, hinweg. L i n d e m a n n besorgte mit großem Geschick die Abwicklung der Überfülle der Geschäfte des Arbeitsministeriums; desgleichen L i e s c h i n g die Verwaltung der Finanzen, wobei ihm sehr zustatten kam, daß die württembergischen Staatsfinanzen verhältnismäßig günstig standen und daß der Übergang der Eisenbahnen an das Reich später wiederum eine wesentliche Verbesserung brachte. Der Ernährungsminister B a u m a n n erwies sich als der Situation von damals gewachsen und es gelang ihm auch, der gefährlichen Krisis Herr zu werden, die aus dem Konflikt der oberschwäbischen Bauern mit den norddeutschen Mühlenkontrolleuren erwuchs. Vom Justizministerium habe ich schon gesprochen; seine Tätigkeit wurde indessen sehr beeinträchtigt durch die bald eintretende Krankheit K i e n e s, die sich schmerzlich bemerkbar machte. Die bald erscheinenden Schwierigkeiten unter den Eisenbahnern, bei denen die Kommunisten, Spartakisten und Unabhängigen ein geeignetes Gebiet für ihre Wühlarbeit stets suchten und oft fanden, wurden durch die Anstrengungen meines Unterstaatssekretärs H i t z l e r behoben. Während der nach dem Kriege im Eisenbahnwesen eintretenden ungeheuren Verwirrung, die öfter zur Anarchie ausartete, konnte Württemberg sich rühmen, keinen einzigen „verstopften Bahnhof" gehabt zu haben, während es deren anderwärts so viele gab.

Das alles wäre nicht möglich gewesen ohne die Pflichttreue, den Pflichteifer und die Gewissenhaftigkeit des Beamtenkörpers im Ganzen,

die immer wieder betont werden muß, wenn es auch einzelne Renitente mehr als genug gab.

Dem bisherigen Abgeordneten Keil gab ich den Auftrag, den schon erwähnten Verfassungsausschuß zu bilden, der den Entwurf einer neuen Verfassung für Württemberg schaffen sollte. Als staatsrechtliche Autorität wurde in diesen Ausschuß der Tübinger Professor von Blume berufen, welcher der demokratischen Partei angehörte und dessen Werk die Verfassung in der Hauptsache ist. Es ging auch hier nicht ganz ohne Schwierigkeiten ab, da in dem Ausschuß die Meinungen oft sehr hart gegeneinander stießen. Indessen gelang es dem Ausschuß, dessen Vorsitzender Keil blieb, seine Arbeiten in verhältnismäßig kurzer Zeit zu vollenden.

Wie es damals auf den Ministerien zuging, will ich an dem Beispiel schildern, das ich auf dem Staatsministerium sah, wo selbstverständlich der größte Trubel herrschte. Denn alle, die recht klug sein wollten, glaubten am besten zu tun, wenn sie all ihre Anliegen und namentlich ihre Beschwerden gleich beim Ministerpräsidenten anbrächten, ohne zu bedenken, daß dieser sie in den meisten Fällen an die Einzelministerien verweisen mußte. Mein Bureau im Ministerium des Auswärtigen glich einem großen Taubenschlag und namentlich in den ersten Wochen nach der Revolution war dort kaum zu einer geordneten Arbeit zu kommen, da Deputationen und Einzelpersonen mit allen nur denkbaren Anliegen sich förmlich jagten. Die schon unter der monarchischen Regierung stadtbekannt gewordenen Querulanten erschienen auch hier und leiteten ihre Ansprachen gewöhnlich mit den fast gleichlautenden Redewendungen ein: „Auch ich habe für die Freiheit gelitten" usw. usw. Die meisten wollten schon früher revolutionär gewesen sein; leider aber hatten die „Verhältnisse" sie gehindert, ihre Gesinnung laut zu bekennen. Ich wußte, daß es der Regierung sehr schaden würde, wenn sie sich gegen diesen Zudrang abschließen würde, und ließ ihn in den ersten Tagen denn auch geruhig über mich ergehen. Es mußte mit ganz untergeordneten und manchmal recht lächerlichen Angelegenheiten viel kostbare Zeit vertrödelt werden. Immerhin aber schuf es ein gewisses Vertrauen im Volke, als es sich herum sprach, daß jedermann ungehindert und ohne Förmlichkeiten direkt zum Ministerpräsidenten gelangen könne.

Hier muß ich dem württembergischen Volke ein Ehrenzeugnis ausstellen: Betteleien und Schnorrereien kamen nur in ganz geringem Maße vor. Obwohl unter meinen zahlreichen Bekannten aus der vorrevolutionären Zeit sich sehr viele befanden, die durch den Weltkrieg in Unglück und Elend geraten waren, wurde ich doch nur von ganz wenigen darunter um pekuniäre Hilfe angegangen; die meisten, die sich an mich wendeten, wünschten nur meine Verwendung behufs Beschäftigung, Anstellung und dergleichen.

Pekuniär hätte ich auch wenig leisten können. Einen eigentlichen Dispositionsfond für persönliche Ausgaben besaß ich nicht. Im übrigen hatte ich nur den gewöhnlichen Ministergehalt von 21 000 Mark und dazu kamen für Repräsentation 8000 Mark. Die Steuern verringerten dies Einkom-

men auf etwa 20 000 Mark. Bei diesem Einkommen ist es bis Anfang 1920 geblieben; etwa zwei oder drei Monate vor meinem Rücktritt wurde das Ministergehalt erhöht, aber die Steuern betrugen ein volles Drittel desselben. Weitere pekuniäre Vorteile habe ich nicht gesucht und sind mir auch keine zugewendet worden. Vermögen besaß ich nicht und das unbedeutende Vermögen meiner Frau konnte in diesen Zeiten der Teuerung nicht ins Gewicht fallen. Ich führe diese Tatsachen an, weil es heute noch Leute gibt, die sich ihren Schafskopf darüber zerbrechen, wie groß die Summen sind, die ich mir beiseite gebracht. Ich hörte selbst in einem Stuttgarter Restaurant eine Gesellschaft von Schiebern sich über das Schloß unterhalten, das ich mir erworben; wo es liegt, konnte ich nicht erfahren; wahrscheinlich liegt es, wie beim „Armen Konrad", auf der „Fehlhalde". Wie mir berichtet wurde, sagte einst im Straßenbahnwagen ein liebenswürdiger Zeit- und Volksgenosse, ich habe mir mindestens eine Million auf die Seite gebracht. Ein Fahrgast wagte dies schüchtern zu bestreiten und brachte die anderen dadurch in Wut, so daß sie ihn aus dem Wagen hinauswarfen. Überhaupt erreichte der gegen mich gerichtete Klatsch gleich in den ersten Wochen nach der Revolution einen Umfang, den ich nicht erwartet hatte, obwohl ich nicht gewohnt bin, in solchen Dingen mir Illusionen zu machen. Die dümmsten Klatschereien werden bekanntlich am festesten geglaubt und noch heute, nachdem ich seit anderthalb Jahren der Regierung nicht mehr angehöre, sind solche im Umlauf. Psychologisch interessant ist der Umstand, daß die Träger des Klatsches mit ihm verraten, wie sie es selbst gemacht hätten, wenn sie an die Macht gelangt wären. Denn: „Was ich selber tu', trau' ich andern zu." Als ich meine Dienstwohnung im Staatsministerium bezog, hatte ich meine Einrichtung fast ganz in meiner früheren Wohnung in Degerloch zurückgelassen und Wohnung wie Möbel an andere vermietet, woraus gleich die Folgerung gezogen wurde, daß ich zwei Wohnungen benütze, die man später auf drei erhöhte, welche läppische Verleumdung besonders von der lieben Gattin eines mit mir gut bekannten Gymnasialprofessors gepflegt wurde. Nachdem ich kurze Zeit die mir freundlich überlassene Einrichtung des Herrn von Weizsäcker in Gebrauch gehabt, wurden mir aus den Schlössern, die nebst Einrichtung dem Staate gehörten, eine Anzahl meist alter Möbel und verschiedene Haushaltungsgegenstände zum einstweiligen Gebrauch überlassen, für die ich später, als ich aus der Regierung ausgetreten, bei Weiterbenützung, solange ich meine Dienstwohnung nicht verlassen konnte, eine bestimmte Summe als Miete zu bezahlen hatte. Diese Angelegenheit wurde ordnungsgemäß mit dem Finanzministerium erledigt. Daß die in den Schlössern tagenden Gesellschaften, Arbeiterräte, Soldatenräte und alle möglichen anderen Körperschaften die dort befindlichen Möbel benutzten, dagegen hatte niemand etwas einzuwenden; nur bei mir und anderen sozialistischen Ministern knüpfte sich ein ungeheurer Klatsch an diese Dinge. Die Sache wurde so dargestellt, als hätte ich das Königspaar direkt und persönlich beraubt. Es hieß, bei mir würde mit den silbernen Löffeln des Königs gespeist und wurden sogar die angeblichen Teilnehmer an

gewissen, mit diesem Hochgenuß verbundenen Festlichkeiten angegeben, welch letztere niemals stattgefunden hatten. Weiter hieß es, meine Frau kleide sich in die Gewänder der Königin. Die in meiner Amtswohnung befindlichen Möbel sollte ich einfach „requiriert", d. h. unrechtmäßig an mich genommen haben. An diesem letzteren Klatsch nahmen leider auch Parteigenossen eifrigen Anteil, worauf ich am geeigneten Orte zurückkomme. Selbstverständlich wurden diese Albernheiten von den unabhängigen und kommunistischen Blättern gierig aufgeschnappt, zum guten Teil auch von der „Süddeutschen Zeitung".

In Nürnberg, hieß es, habe ein Schnellzug zwei Stunden auf meine Frau warten müssen.

In Stuttgart wollte man meine drei „vollgefressenen" Töchter tagelang im „Staatsauto" in der Stadt herumrasend gesehen haben, wozu ich nur bescheiden bemerken will, daß keine Kinder von mir am Leben sind.

Mit vier schwarzgeschlachteten Schweinen vom Welzheimer Wald herunterkommend sollte ich von der Polizeiwehr erwischt worden sein, die mir aber gütigst eines der vier Schweine überlassen haben sollte. Usw. usw.

Genug von diesen Dingen. Es sei nur bemerkt, daß die vom Finanzministerium leih- oder mietweise abgegebenen Möbel und Haushaltungsgegenstände, als ich meine Dienstwohnung verließ, ordnungsgemäß wieder abgegeben worden sind, wie sich von selbst versteht.

Aus den Besuchen, die ich damals erhielt, seien einige herausgegriffen, da sie zur Charakteristik jener Episode beizutragen sehr geeignet sind.

Zwei Tage nach der Revolution kam ein angesehener Stuttgarter Arzt, den ich seit langer Zeit kannte, zu mir mit dem Entwurf einer Proklamation an das württembergische Volk, durch welche der frühere König von Württemberg wieder auf den Thron berufen werden sollte. Der Mann verlangte von mir allen Ernstes, daß ich meine Unterschrift unter den Schriftsatz setzen sollte. Erst dachte ich daran, ihn festnehmen zu lassen; als ich aber in seine Augen sah, wußte ich, mit wem ich es zu tun hatte. Ich setzte ihm dann auseinander, daß er mit seiner Proklamation gerade dem ehemaligen König den schlechtesten Dienst erweisen würde, denn es würden die Räte mit einer Gegenproklamation antworten, deren Folgen nicht abzusehen wären. Es könnte aber leicht eine Deputation nach Bebenhausen kommen, doch in einer ganz anderen Absicht, als um den König auf den Thron zurückzuführen. Darauf bekam es der gute Mann mit der Angst und zog mit dem famosen Schriftstück eiligst ab. –

Eine niedliche junge Dame führte sich bei mir ein mit den Worten: „Sie sind der Mann, der über den Gesetzen steht!"

„Sie irren sich," antwortete ich, „ich bin da, um dafür zu sorgen, daß die Gesetze respektiert werden. Aber was wünschen Sie von mir?"

„Ich möchte meinen Stiefvater heiraten und Sie sollen mir dazu helfen."

Der Stiefvater war der dritte Mann ihrer verstorbenen Mutter gewesen. Ich überwies den Fall dem Justizminister, der entschied, daß eine solche Ehe nicht statthaft sei. Mir tat die Dame recht leid. —

Ein strammer Kanonier trat ein:

„Herr Präsident, ich komme von Gott," sagte er mit militärischem Gruß.

„Hat der liebe Gott Ihnen einen Ausweis mitgegeben?" fragte ich.

„Das nicht, aber sein Geist lebt in mir."

„Hm! Und was wünschen Sie von mir?"

„Sie sollen mit Philosophie regieren!" sagte er und wollte mir mit einer Menge bedruckten Papiers auf den Leib rücken.

„Ich habe jetzt keine Zeit, mich mit Philosophie zu beschäftigen," wehrte ich ab.

„Ich sehe schon, ich muß mich an eine kirchliche Autorität wenden. Wo finde ich eine solche?"

„Beim Konsistorium."

„Ach, vortrefflicher Gedanke!" Er rannte davon. Ob er dort gewesen und was dort geschehen, weiß ich nicht. —

Ein recht „aufgeweckter" Schuhmachermeister kam zwar nicht selbst, aber schrieb mir alle acht Tage einen Brief, in dem er behauptete, daß die Provisorische Regierung ihm 10 000 Mark schuldig sei, und diese einverlangte. —

Unter der einlaufenden Korrespondenz befanden sich viele Drohbriefe. Meistens hieß es, ich werde nicht mehr lange leben; manchmal wurde auch ein bestimmter Termin für meinen letzten Tag angeführt. In vielen Briefen ward ich als „Verräter" feierlich in die Acht erklärt. Menschen, die ich nie gekannt, schrieben mir, sie hätten mich einst „Freund" genannt, könnten mich aber nur noch verachten. Durch freche Briefe zeichnete sich namentlich die Frau eines kommunistischen Demagogen aus.

In solch einer Epoche spielten natürlich die Begnadigungsgesuche eine große Rolle. Obschon der Justizminister Kiene eine so radikale und umfassende Amnestie erlassen hatte, häuften sich die Begnadigungsgesuche doch ins Unabsehbare. Man machte sich von der Begnadigung auch die sonderbarsten Begriffe. So wurde von mir verlangt, ich solle zwei Verurteilte begnadigen, weil sie — einer gewerkschaftlichen Organisation angehörten. Auch kam es vor, daß von einzelnen Organisationen in bestimmten Fällen einfach beschlossen wurde, daß ich zu begnadigen hätte. Gesetzlich stand das Begnadigungsrecht mir allein zu, was nicht hinderte, daß eine Auslegung versucht wurde, die diese meine Befugnis beschränken sollte. Darauf ging ich natürlich nicht ein. Dagegen zwang mich die Menge der Begnadigungsgesuche, bei Verurteilungen unter einem Jahr Gefängnis und unter 1000 Mark Geldbuße die Entscheidung dem Justizministerium zu überweisen; es laufen nämlich jährlich zwischen 12 000 und 15 000 Begnadigungsgesuche ein. Schieber und Wucherer habe ich prinzipiell nicht begnadigt, obschon manchmal ganz unerwartete Befürworter auf dem Plan erschienen. Trotzdem wagte der Schultheiß eines Filderortes zu behaupten, ich hätte verurteilte Schieber begnadigt; er mußte die Verleumdung zurücknehmen.

Von den unter meiner Regierung gefällten Todesurteilen habe ich keines bestätigt.

Von gerichtlich Verurteilten und deren Angehörigen wurde ich am meisten überlaufen.

Um noch ein recht merkwürdiges an mich gerichtetes Ansinnen zu erwähnen, sei verzeichnet, daß eines Tages zwei Abgesandte aus dem engeren Freundeskreise des Herrn Dr. Rudolf Steiner bei mir erschienen und verlangten, daß ich diesen in die Regierung aufnehmen solle. Sie sagten, er sei der bedeutendste Mann Europas und kenne die Geheimnisse aller Regierungen. Sein Mitwirken in der Regierung sei ein unabweisbares Bedürfnis für das Wohl des Landes.

Ich war allerdings anderer Meinung. Von dem Theosophen oder Anthroposophen Steiner war mir bekannt, daß er vor langer Zeit Mitglied unserer Partei gewesen war und an der von Liebknecht dem Älteren gegründeten Arbeiterbildungsschule als Lehrer gewirkt hatte. Jedenfalls war ihm die sozialistische Welt für seine Ziele zu klein gewesen. Man sagt, daß er in seinen Schriften über Goethe prätendiere, Goethe allein richtig erfaßt zu haben; was davon zutrifft, weiß ich nicht. Daß es ihm gelang, sich im August 1914 an den Generalstabschef von Moltke heranzudrängen und mit ihm über „rein menschliche Angelegenheiten" zu sprechen, ist eine bedenkliche Erscheinung, da sich das deutsche Heer damals auf dem Vormarsch durch Belgien in einer schwierigen Situation befand.*)

Ich war mir klar, daß ein Mann, der mit Geheimwissenschaften, mit Theosophie und Anthroposophie, mit „Astralleibern" und „Lotosblumen" operiert, der auch „Inneres Schauen" beansprucht, zur Mitwirkung an der Schaffung der Grundlagen eines neuen demokratischen Staates nicht berufen sei.

Ich antwortete den Abgesandten Steiners, es sei mir nicht bekannt, daß Steiner der bedeutendste Mann Europas sei, und was die Geheimnisse der Regierungen beträfe, so stünden mir ja in Württemberg alle Archive zur Verfügung.

Sie sagten darauf, ich solle Herrn Steiner nur einmal selbst anhören; dann würde ich bald sehen, welche Akquisition für die württembergische Regierung er bilden würde.

Ich antwortete: „Von welcher Dimension aus wird er zu mir sprechen?"

Dies war mehr scherzhaft gemeint. Allein es schien sehr zu verschnupfen und man trennte sich ohne weiteres Resultat. Aus einer späteren Äußerung des Herrn Steiner über „verbrauchte Gehirne" habe ich die Vermutung geschöpft, daß dies eine „Revanche" sein solle. Allerdings, für „Astralleiber" und „Lotosblumen" habe ich mein Gehirn nicht verbraucht. Wenn etwas davon „verbraucht", so habe ich es für nützlichere Dinge aufgewendet.

Die Herren Theosophen und Anthroposophen, auch die unbedeutendsten

*) Oberst Schwerdtfeger sagt darüber im „Getreuen Eckart" Nr. 21 vom Nov. 1920: „Noch liegen die Dinge nicht klar genug, als daß wir schon zu entscheiden vermöchten, ob tatsächlich der General von Moltke die Operationen dadurch geschädigt hat, daß er den Theosophen Steiner in seinem Hauptquartier zu einer Unterredung empfing." Dies sei dahingestellt.

und armseligsten unter ihnen, halten sich bekanntlich für höher qualifizierte Individuen, bewundern sich selbst in hohem Maße und sind daher in ihrer Eitelkeit schnell verletzt. Bei den Größen der Sekte tritt natürlich eine entsprechende Steigerung ein.

Als Gegner aller Mystik hatte ich von den Theo- und Anthroposophen als den Epigonen des berühmten Schusters Böhme von Görlitz keine sonderlich hohe Meinung, wenn auch hervorragende Gelehrte stets die Weisheit Böhmes aufgenommen und propagiert haben. Was mit dem „Inneren Schauen" unter fanatisierten Menschen je nach den Umständen für Unheil angerichtet werden kann, lehrt die Vergangenheit und Gegenwart an unzähligen Beispielen.

Es kann hier gleich angefügt werden, wie Herr Steiner später sich bemühte, in die Regierung sich hinein zu drängen, nachdem er von mir abgewiesen worden.

Zunächst wurden eine Reihe von Volksversammlungen einberufen, an deren Schluß jedesmal beschlossen wurde, daß Herr Steiner in die Regierung aufgenommen werden solle. Er wendete sich auch an den Arbeiterrat und setzte durch, daß er dort einen Vortrag halten konnte. Dies geschah am 7. Mai 1919.

Von diesem Vortrag liegt mir der offizielle Bericht des Arbeiterrats nebst einigen anderen auf diese Sache bezüglichen Aktenstücken vor. Nach dem offiziellen Bericht sagte Steiner, er stehe schon bald 50 Jahre im politischen Kampf.*) Er legte dann seine „Dreigliederung des sozialen Organismus" dar, geistig, politisch und wirtschaftlich. „Das Geistesleben," sagte er, „muß auf anderer Grundlage aufgebaut werden, denn alle Führer des Volkes stammen aus jenen Stätten, wo für das ganze Volk wenig Verständnis herrscht. Dadurch wird immer eine tiefe Kluft hergestellt zwischen dem arbeitenden Volk und dem Geistesleben. Eine vernünftige Wirtschaft muß Platz greifen. Vor dem Kriege sind eine Menge Wirtschaftsstoffe vergeudet worden, die bei einem richtigen Wirtschaftsprozeß erspart geblieben wären. Dies wurde den Proletariern geheim gehalten, dafür aber wurden diesen Leuten andere Dinge gezeigt, Museen, Theater usw. . . . Die Arbeitskraft kann nicht allein dem Unternehmer verkauft werden, sondern seine Seele verkauft er mit. Schon daraus ergibt sich, welcher Wandel hier vorgenommen werden muß. Das Geistesleben muß auf dem Vertrauen der ganzen Menschheit aufgebaut werden. Es muß unabhängig werden vom Staate und ein Professor darf nicht mehr erklären, daß die Wissenschaft die Schutztruppe der Hohenzollern sei. Die im Geistesleben Tätigen müssen enge Fühlung haben mit der Arbeit, womit ein Herüber und Hinüber fortwährend stattfindet. Die Arbeitskraft muß vom Wirtschaftsleben getrennt und als etwas Bestimmtes hingenommen werden. Ferner muß das Wirtschaftsleben vollständig von der Politik und vom Staate getrennt werden; nur dann kann eine Soziali-

*) Da er 1861 geboren, muß er recht früh angefangen haben. Auch war er früher im „politischen Kampf" recht wenig zu bemerken.

sierung vorgenommen werden. Auch die Betriebsräte können nur richtig tätig sein, wenn sie durch den Staat nicht bevormundet werden. Nur im Geistesleben ist gegenwärtig eine einigermaßen gerechte Auffassung vorhanden, indem nach 30 Jahren das Eigentum an die Allgemeinheit übergeht. So muß es auch beim Kapitalismus werden durch eine fortwährende Zirkulation des Geldes. Durch Dreigliederung wird sich verwirklichen Freiheit im Geiste, Gleichheit im Staate, Brüderlichkeit in der Wirtschaft."

Dieser konfuse, aus Gemeinplätzen, Binsenwahrheiten, richtigen und unrichtigen Sätzen zusammengebraute Vortrag fand im Arbeiterrat heftigen Widerspruch. Dr. Steiner hatte vergessen, daß er vor Arbeitern sprach, die durch das sozialistische Parteileben und durch die sozialistische Literatur geschult waren. Man sagte ihm, er habe nichts Neues gebracht; der Kernpunkt liege eben auch in der Beseitigung des Kapitalismus. Auch habe er keine neuen Wege gezeigt. Steiner ward so sehr in die Enge getrieben, daß er sich auf eine seiner Broschüren berief. Dennoch wurde der Antrag, ihn „unverzüglich" in die Regierung zu berufen, angenommen.

In der Formulierung seines Staatsbegriffs hatte Steiner sich sehr der anarchistischen Auffassung genähert.*) In der Tat, wenn durch die Dreigliederung dem Staate nur noch die auswärtige Politik und die Justiz bleibt und alles andere der Steinerschen Sekte überlassen wird, so ist das schon kein Staat mehr, den ja auch die Anarchisten abschaffen wollen. Da hat ja die Räterepublik in ihrer schlechtesten Form noch ein festeres Gefüge.

Eine kommunistische Gruppe erließ einen Aufruf, in dem die Dreigliederung als das einzig Richtige angepriesen wurde. Herr Steiner beeilte sich nachher, die Gemeinschaft mit dieser Richtung abzulehnen.

Dem offiziellen Bericht in den Akten des Arbeiterrats ist eine Art Denkschrift von mir unbekannter Hand beigefügt, in der Steiner über alles Maß hinaus verherrlicht und seine Dreigliederung als der einzige Rettungsweg aus der Not unserer Zeit bezeichnet wird. Es werden ihm dort Gedanken zugeschrieben, die er gar nicht geäußert. Es heißt dort, er denke nicht über das Proletariat nach, sondern denke mit ihm.

Das erhält eine eigenartige Beleuchtung durch die Gestaltung der Steinerschen Bewegung in neuerer Zeit. Nachdem die zahlreichen Versammlungen, in denen die „unverzügliche" Berufung des Dr Steiner in die Regierung gefordert worden, zu keinem Erfolg geführt, wirft sich die Steinersche Sekte auf andere Experimente. Sie gründet Schulen, Fabriken, Sanatorien, Kinos usw. und findet dabei eine weitgehende finanzielle Förderung in industriellen Kreisen in Württemberg und Baden. Sie sucht auf diesem Wege die Macht zu erringen, um die Regierung in ihre Hände zu bekommen. Davon ist sie noch weit entfernt. Aber es wäre sehr zu bedauern, wenn diese Sekte größeren Einfluß auf die politischen und sozialen Verhältnisse des Landes bekäme; es wäre das Unglück des Landes.

---

*) Siehe die Steinersche Schrift: „Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft".

Ich hielt es für meine Pflicht, mich zu dieser Sache zu äußern, auf die Gefahr hin, mit einer Schimpfkanonade begrüßt zu werden, wie sie seinerzeit gegen den Generalmajor von Gleich gerichtet worden ist. Dieser, einer der kenntnisreichsten und fähigsten Männer des Landes, hatte die Schäden der Steinerschen Sekte erkannt und sie in trefflichen Ausführungen öffentlich bekämpft. Die gegen ihn gerichteten Beschimpfungen konnten seinen Erfolg nicht schmälern. —

Im Heerwesen war nach der furchtbaren Niederlage im Felde und nach der Revolution eine große Verwirrung eingetreten, so daß ein fähiger und tatkräftiger Mann erforderlich war, um hier Ordnung zu schaffen. Der Kriegsminister und ehemalige Vizefeldwebel Ulrich Fischer war zwar ganz gewiß nicht ohne Fähigkeiten, aber den jetzt sich auftürmenden Schwierigkeiten war er nicht gewachsen. Ich mußte darauf denken, ihm einen Berufsoffizier als Stellvertreter beizugesellen. Für dieses Amt wurde mir der Generalleutnant von Hofacker empfohlen. Ich hatte eine längere Unterredung mit ihm und fand einen ganz konservativen Mann vor, der aber die Fähigkeiten besaß, die bei Fischer vermißt wurden. Nach seinen Erklärungen glaubte ich auf seine Loyalität rechnen zu können und habe ich mich darin auch nicht getäuscht. Leider mußte er bald seinen Abschied nehmen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich kurz meine Stellung zum Heerwesen darlegen. Der Militarismus, d. h. in diesem Fall der im Heer vorherrschende reaktionäre Geist, der von oben herab eifrig gepflegt wurde, hatte eine Menge Auswüchse gezeitigt. Ich hütete mich indessen, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Ich teilte in bezug auf das Heerwesen die Anschauungen von Friedrich Engels, die sich übrigens mit denen der meisten Sozialisten in Widerspruch befanden. Es fehlte auch in der Partei an militärischen Kapazitäten. Engels galt als die erste und ward darum auch scherzhaft der „General" genannt. Als Theoretiker war er jedenfalls von Bedeutung. Aber sowohl er als Johann Philipp Becker — letzterer hatte im badischen Feldzug von 1849 die badischen Volkswehren organisiert und geführt, Engels hatte als Gemeiner dabei gedient — hatte in bezug auf das Milizwesen andere Anschauungen, als so manche, die in der Parteipresse die Militärfrage behandelten. Man lese nur genau die Engelsschen Darlegungen, sowie Johann Philipp Beckers Werk über die „Süddeutsche Mairevolution". Selbstverständlich bestand in der Partei eine große Neigung zum Pazifismus. Man kann dessen Ideale groß und edel finden, ohne die rauhe Wirklichkeit zu verkennen, welche einem Volke, das seine Selbständigkeit behaupten will, gebietet, gegen bewaffnete Feinde selbst gerüstet zu sein. Über die Art und Schwere der Rüstung streiten sich die Gelehrten. Die Entente erteilt uns zur Zeit eine bittere Lehre, indem sie uns zur Abrüstung zwingt und ihre eigenen Rüstungen beibehält oder verstärkt.

Daß zwischen den Sozialisten und dem stehenden Heer eine große gegenseitige Abneigung bestand, war begreiflich, denn die Sozialisten sahen in dem stehenden Heer ein Hauptwerkzeug zur Unterdrückung der

Arbeiterbewegung. Historische Ereignisse, wie die blutige Niederwerfung der Kommune von Paris, bestätigten diese Auffassung. Trotz alledem waren in anderen Ländern die Armeen populärer als bei uns.

Die Kreditbewilligung am 4. August 1914 brachte auch in diesen Dingen einen Umschwung hervor. Man mußte die Tapferkeit des Heeres anerkennen, das sich für das Vaterland und dessen Erhaltung in dem vierjährigen Weltkrieg geopfert hat. Von einzelnen Personen und deren Unterschieden soll hier nicht gesprochen werden. Von Württemberg aber kann man betonen, daß nach der Revolution seine bewaffnete Macht die neue Regierung im Kampfe gegen den Bolschewismus gewissenhaft und zuverlässig unterstützt hat, wenn auch viele widerstrebende Elemente sich dabei befanden. Die Regierung hat ihren Dank und ihre Anerkennung öffentlich ausgesprochen.

Selbstverständlich erstanden auch hierbei die bekannten Besserwisser, welche meinten: Laßt nur erst die Gefahr von rechts kommen, dann werdet ihr anders belehrt werden! Und die Gefahr von rechts kam. Im März 1920 ging der famose Kapp-Putsch in Berlin vor sich. Regierung und Nationalversammlung flüchteten sich nach Württemberg, das ihnen die meiste Sicherheit gegen die von rechts drohenden Gefahren zu bieten schien. Und sie täuschten sich darin nicht.

Wohl gab es in Württemberg Leute, die mit dem Kapp-Putsch sympathisierten, und gar nicht wenige. Aber sie konnten gegen die allgemeine Stimmung der bewaffneten Macht nicht aufkommen. Der kommandierende General des Wehrkreises V erließ mit mir gemeinsam einen Aufruf zum Schutze der Reichsverfassung. Die Nationalversammlung konnte bei uns ungestört tagen und ging leider nur zu bald wieder nach Berlin zurück.

Auf diese Dinge werde ich später ausführlich zu sprechen kommen, möchte aber heute schon sagen, daß in Deutschland wohl vieles anders gekommen und manches Unheil verhütet worden wäre, wenn die Nationalversammlung länger in Stuttgart geblieben und unter unserem Schutze kräftige Beschlüsse zu fassen entschlossen gewesen wäre. Ich hatte dringend dazu geraten. —

In der Landesversammlung der Mehrheitssozialdemokratie, die am 21. und 22. Dezember stattfand, wies ich auf die Schwierigkeiten hin, die sich vor uns auftürmten. „Wir haben," sagte ich, „einen Feind vor uns, der uns bedrängt, und haben zugleich auch den Kampf im Innern zu führen. Von den bürgerlichen Revolutionen unterscheidet sich die jetzige proletarische dadurch, daß erst jetzt die eigentliche Arbeit beginnt."

Der Abgeordnete K e i l ließ sich über die Sozialisierung aus und meinte, sie sei nur möglich auf Grund eines organischen, klar gefaßten Programms; ohne gesetzliche Grundlage müßte jeder Sozialisierungsversuch zur wirtschaftlichen Anarchie führen, welche die Lebenslage der Arbeiter grauenvoll verschlechtern würde. „Mitten in dieser Übergangszeit zu sozialisieren" würde ein Stück aus dem Tollhaus sein. Inmitten einer Welt von kapitalistischen Staaten kann ein einzelnes „sozialisiertes" Staatswesen nicht existieren; nur eine überspannte Phantasie kann glauben, daß in den

Ententestaaten mit ihren im Siegestaumel schwelgenden Völkern in der nächsten Zukunft sich solch eine Umwandlung vollziehen könnte wie in Deutschland. Das russische Vorbild vermag uns nicht zu reizen; bolschewistische Zustände von Deutschland fernzuhalten ist Pflicht."

Diese Auffassung, der vorher in den Beschlüssen von vielen sozialistischen Versammlungen Ausdruck gegeben war, wurde auch von mir durchaus geteilt. Da die Landesversammlung sie wiederum mit Beifall begrüßte, so hätte man glauben können, die Frage der Sozialisierung sei nun vorläufig vertagt. Dies war aber keineswegs der Fall. Nicht nur Spartakisten, Kommunisten und viele Gewerkschaftsmitglieder warfen die Frage der „sofortigen" Sozialisierung immer wieder auf, sondern auch sehr viele Mehrheitssozialisten ließen sich von der Phrase mitreißen und gaben sich dem Glauben hin, daß mit einer „Vollsozialisierung" alles menschliche Elend mit einem Mal aus der Welt geschafft werden könne.

Der von uns eingesetzte Ausschuß, der sich mit der Frage der Sozialisierung zu befassen hatte, kam zu keinem anderen Resultat. Ohnedies konnte man in dem kleinen Württemberg in diesem Punkte nicht wohl bahnbrechend vorgehen.

Ging man dem Ursprung des Schlagwortes nach, so fand man, daß die meisten seiner Träger und Verbreiter gar keinen sicheren Begriff davon hatten. Am verständigsten erschienen diejenigen, welche unter Sozialisierung einfach die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit verlangten, wie sie im Kommunistischen Manifest und im Gothaer und Erfurter Programm auch gefordert war. Aber nun kam die ungeheure Begriffsverwirrung, die aus Rußland wie eine Seuche unter den deutschen Arbeitern sich ausbreitete und die bei den hochgespannten Hoffnungen, welche die Revolution erweckt, schwer zu bekämpfen war. Die Lenin und Genossen verübten den ungeheuren Betrug, die konfusen Theorien, deren erster Begründer Bakunin gewesen und die sie in veränderter Form wieder aufnahmen, als das geistige Werk von Karl Marx darzustellen, und sie trieben diesen infernalischen Unfug so weit, daß sie Karl Marx Denkmäler errichteten, der doch Bakunin aufs äußerste bekämpft hatte. Ich gab den Bericht neu heraus, den Marx im Auftrage des Haager Kongresses der Internationale von 1872 über Bakunin und über dessen Umtriebe erstattet. Die Schrift blieb auch nicht ohne Wirkung. Aber es wird noch lange dauern, bis die Hochflut von Konfusion, die von Rußland aus durch die Sowjetdemagogen unter die deutschen Arbeiter geleitet worden ist, sich wieder verlaufen haben wird.

Zur Aufklärung in dieser Frage diente in Württemberg auch ein vortrefflicher Vortrag, den der Parteigenosse Willy Eggert im Metallarbeiterverband über die Frage der Sozialisierung hielt. Er sagte: „Zur Sozialisierung bedarf es nicht nur reifer Industriezweige, sondern in noch höherem Maße eines reifen sozialistischen Menschentums." Das ist gewiß richtig. Aufklärung, Erziehung und Bildung müssen mit der allgemeinen sozialökonomischen Entwicklung zusammenwirken, um dahin zu gelangen. Ohne diese Grundlagen kann man nur Kartenhäuser errichten.

Württembergs Beziehungen zum Reich.

Ich muß nun von dem Verhältnis Württembergs zum Reiche und zu den Einzelstaaten sprechen, da auf Ende Dezember 1918 eine Konferenz der Regierungen der vier süddeutschen Staaten nach Stuttgart einberufen war.

In Württemberg gab es zwei Strömungen; die eine erstrebte eine unbedingte und strenge Zentralisation und einzelne Heißsporne sahen die Einzelstaaten schon als erledigt an. Die andere, zu der auch ich gehörte, war entschlossen, treu zum Reiche zu halten, betonte aber sehr nachdrücklich, daß es notwendig sei, dem württembergischen Volke sein Eigenleben zu gewährleisten, wie es sich auf den historischen Grundlagen des Landes entwickelt hatte. Damit waren auch die widerstrebenden Elemente, die von ihrer Anhänglichkeit an die alte württembergische Dynastie nicht lassen konnten oder nicht lassen wollten, leichter mit der jungen Republik zu versöhnen. Selbstverständlich war man gleich mit dem Vorwurf des „Partikularismus" bei der Hand. Man hätte aber sicherlich wirkliche Partikularisten in Masse gezüchtet, wenn man, wie die oben bezeichneten Heißsporne wollten, Württemberg einfach zu einem Verwaltungsbezirk des Reiches erklärt hätte. Die Besorgnis vor dem Partikularismus scheint in Berlin gleich zu Anfang der Neubildung des Reiches ziemlich groß gewesen zu sein, denn Ende November erhielt ich von den dortigen Volksbeauftragten den nachstehenden Erlaß:

„Berlin, 18. November 1918.

An alle Regierungen der Bundesstaaten.

In einzelnen Fällen haben die neugebildeten Regierungen der Bundesstaaten in die Befugnisse des Reichs eingegriffen. Dadurch wird Verwirrung geschaffen und die Neubildung des Reiches erschwert. Die Reichsregierung bittet daher alle Bundesregierungen, sich in allen ihren Kundgebungen und Handlungen streng an die bisherige Abgrenzung der Befugnisse zwischen dem Reich und den Einzelstaaten zu halten. Etwaige Änderungen dürfen nicht ohne das Einverständnis der Reichsregierung vorgenommen werden und bedürfen der Bestätigung der gesamtdeutschen verfassunggebenden Nationalversammlung. Auch Beschlüsse über Änderungen der territorialen Abgrenzungen, Zusammenlegung einzelner Bundesstaaten und Bildungen neuer bedürfen der Genehmigung der Reichsleitung und der Bestätigung der Nationalversammlung.

Ebert. Haase."

Man befand sich um diese Zeit, zehn Tage nach der Revolution, noch in einem Stadium der Verwirrung. Ohnedies wirkten damals die Arbeiter- und Soldatenräte bestimmend auf die Regierungen ein, welchem Zustand man mit aus der Zeit des alten Regimes hervorgeholten staatsrechtlichen Vorschriften nicht beikommen konnte. Aber wir waren uns auch keiner Schuld bewußt und ich möchte diesen merkwürdigen Erlaß nicht der

Initiative des konzilianten Ebert, sondern eher der des spitzfindigen Unabhängigen Haase zuschreiben.

Wir standen freilich von vornherein im Geruche des „Partikularismus" und ich kämpfte dagegen an in einem Briefe an Ebert, als dieser zum Reichspräsidenten gewählt wurde. Der Brief sei hier angeführt.

„Den 18. Februar 19.

Lieber Freund Ebert!

Indem ich Sie zu Ihrer Wahl beglückwünsche, bitte ich zugleich um Verzeihung dafür, daß es so spät geschieht. Ich hätte es gerne mit der Gesamtregierung getan, aber diese ist momentan zerstreut und so bringe ich Ihnen allein den Glückwunsch dar, mit dem alle anderen ohne Zweifel herzlich einverstanden sind. Es konnte sicherlich keine bessere Wahl getroffen werden und wir wünschen von Herzen, daß es Ihnen gelingt, der Schwierigkeiten Herr zu werden, die vor uns aufgetürmt sind. Ich brauche wohl kaum die Versicherung hinzuzufügen, daß wir treu zum Reiche zu halten entschlossen sind. Aber es ist doch wohl angebracht, es zu sagen, da wir von verschiedenen Seiten als Partikularisten hingestellt worden sind. Das sind wir nicht. Nichts liegt uns ferner als die Errichtung einer neuen Kleinstaaterei im alten Sinn zu fördern. Was wir erhalten wissen wollen, ist nur die Eigenart unseres Volkes, wie sie in den Resultaten der historischen Entwicklung in Erscheinung tritt. Das hat mit Partikularismus sicherlich nichts zu tun und wir wissen wohl, daß ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der Reichsregierung zu unseren ersten Lebensbedingungen gehört.

Leider konnte ich nicht in Weimar anwesend sein, da der Arzt unter den gegenwärtigen Umständen das Reisen verbietet. Wie ich höre, gedenken Sie gelegentlich nach Stuttgart zu kommen und ich freue mich darauf, Sie hier begrüßen zu können.

Bei den entscheidenden Verhandlungen über die Reichsverfassung hoffe ich trotz aller Schwierigkeiten mich in Weimar einfinden zu können. Mit herzlichen Grüßen an Sie und die Regierung Ihr

Blos."

Das Verhältnis zwischen Ebert und mir ist bis heute ein herzlich freundschaftliches geblieben. Dasselbe kann ich in bezug auf seine verehrte Gattin sagen, die sich mit so viel Takt wie ihr Gatte in die schwierige Rolle gefunden, die ihnen beschieden. Das kann man nicht von allen den neuen Berliner Staatsmännern sagen.

Trotzdem ich im Landtage nachher die in dem Brief an Ebert gegebenen Erklärungen wiederholte, verfolgten mich die Verdächtigungen, ich sei Partikularist, doch immer wieder. Das kam daher, daß ich die speziellen Interessen Württembergs stets energisch vertrat, was unsere Treue zum Reiche nicht zu beeinträchtigen brauchte. Man beobachtete mich mit Argusaugen und als ich später eine Reise nach Berlin unternahm, flog gleich das Gerücht hinterher, ich wollte dort die „Loslösung" Württembergs vom Reiche betreiben.

Die Konferenz der vier süddeutschen Regierungen fand am 27. und 28. Dezember in Stuttgart statt. Die zahlreichen Teilnehmer begrüßten sich im Hotel Marquardt. Ich freute mich sehr, meinen alten Freund Ulrich, den ich seit 1872 von Braunschweig her kannte, mit dem ich journalistisch und im Reichstage zusammengewirkt, als hessischen Ministerpräsidenten wiederzusehen. Auch mit dem bayerischen und dem badischen Ministerpräsidenten, Eisner und Geiß, war ich von früher her wohl bekannt. Die Stimmung unter den Teilnehmern war eine einmütige. Eine Ausnahme machte nur einer und das war gerade der Ministerpräsident des größten süddeutschen Staates, nämlich Kurt Eisner. Ich hatte ihn in Berlin als einen glänzenden Journalisten kennen gelernt, dessen Leistungen aber durch einen unbezwinglichen Hang zur Sensationsmache beeinträchtigt wurden. Eben diese Sucht nach Sensation hatte ihn wohl auch zu den merkwürdigen politischen Seitensprüngen verleitet, die er bald nach seinem Regierungsantritt in München unternahm. Da er sich den Unabhängigen angeschlossen hatte, mußten wir erwarten, daß es ohne Differenzen mit ihm nicht abgehen werde. Sie blieben in der Tat nicht aus.

Der Gegensatz prägte sich auch äußerlich aus. Während wir alle die Zusammenkunft der süddeutschen Regierungen als einen feierlichen Akt betrachteten, schien Eisner durch einen Aufzug von gesuchter Nachlässigkeit dagegen zu protestieren. Er imponierte uns damit nicht und dem Hotelpersonal auch nicht, obschon er die vornehmsten Zimmer des Hotels bezogen hatte.

Die Verhandlungen fanden im Gebäude der ehemaligen ersten Kammer statt. Ich führte den Vorsitz. Nachdem ich die Versammlung begrüßt, nahm sogleich Eisner das Wort und unternahm mittelst einer langen Rede einen Ausflug in die Wolken, so daß er himmelweit sich von den praktischen Aufgaben entfernte, die diese Versammlung sich gestellt hatte. Meine darauf folgende Erwiderung wirkte sehr ernüchternd auf ihn und stimmte ihn sichtlich herunter. Im weiteren Gang der Verhandlungen blieb er so ziemlich isoliert. Die Versammlung trennte sich abends in zwei Teile, von denen der eine die allgemeinen, der andere Teil die besonderen Fragen zu behandeln hatte. Mit Eisner war nicht so leicht zu Ende zu kommen und es wurde in meinem Beisein noch bis tief in die Nacht auf seinem Hotelzimmer mit ihm verhandelt. Das schließliche Resultat fiel auch hier nicht nach seinem Geschmack aus und er mußte einsehen, daß für seine phantastischen Pläne in Süddeutschland kein Boden vorhanden war. Im Ärger darüber nahm er an den weiteren Verhandlungen nicht mehr teil und reiste am anderen Morgen in der Frühe ab. Er ließ aber die übrigen Vertreter Bayerns da. Die Überzeugung war allgemein, daß dieser Mann, ein echter Berliner Journalist, in Bayern und in Süddeutschland recht viel Unheil anrichten könne, trotz oder vielleicht auch wegen seiner hohen Intelligenz.

Die Verhandlungen führten nun rasch zu einem befriedigenden Resultat. Wir beschlossen einmütig, gemeinsam hinzuwirken auf

1. Neueinrichtung des Reichs auf bundesstaatlicher Grundlage.

2. Schaffung einer aktionsfähigen Reichsregierung und Nationalversammlung.
3. Schleunige Herbeiführung des Friedens für das Deutsche Reich.

Diese Stellungnahme bildete den Hauptinhalt der Verhandlungen.

Ferner kamen wir darin überein, in den Fragen des Lebensmittelbezugs aus dem Ausland ein gemeinschaftliches Vorgehen anzustreben. Wir verlangten im Interesse unserer Bevölkerung, daß uns Gelegenheit gegeben werde, an den bevorstehenden Verhandlungen mit Amerika von Anfang an durch eine gemeinschaftliche Vertretung innerhalb der des Reiches teilzunehmen und durch eigene Einrichtungen an der Einfuhr von Lebensmitteln, Rohstoffen usw., sobald eine solche möglich, nach noch zu treffenden Vereinbarungen unmittelbar beteiligt zu werden. Wir erklärten ferner, daß die Vorgänge im Ruhrkohlengebiet die schwersten Befürchtungen für die Weiterführung des Wirtschaftslebens in Süddeutschland bei dessen Regierungen erwecken müßten. Daher erklärten wir es für eine unerläßliche Pflicht der Reichs- und preußischen Staatsregierung, dort alsbald für die Wiederherstellung geordneter Zustände zu sorgen, und ersuchten die Reichsregierung, über die ergriffenen Maßregeln die süddeutschen Regierungen sogleich zu unterrichten.

Selbstverständlich wurden diese Beschlüsse mit argwöhnischen Blicken betrachtet, namentlich von den fanatischen Zentralisten in Berlin. Wir erachteten es deshalb für notwendig, noch einen Kommentar zu unseren Beschlüssen hinausgehen zu lassen, die eine verstärkte Sicherung der Reichseinheit und des Auswirkens der Reichseinheit bezweckten. Die betreffende Erklärung wurde vom offiziösen Telegraphenbureau verbreitet und lautete:

„Die Regierungen der vier Staaten in Süddeutschland stehen auf dem von der Revolution geschaffenen Boden. Sie sind entschlossen, die politischen und sozialen Ziele der großen Umwälzung mit aller Kraft weiter zu verfolgen und Störungen jeder Art mit Entschiedenheit abzuwehren. Die Verhältnisse in Berlin bedeuten nicht allein eine solche Störung und eine Gefährdung der neuen Errungenschaften; sie bedrohen auch die Einheit des deutschen Reichs. Die deutsche Einheit vor jeder Erschütterung zu bewahren, wird aber von den vier Landesregierungen als ihre vornehmste Aufgabe angesehen und darum haben sie zu gemeinsamem Handeln sich vereinigt. Sie lehnen ausdrücklich jede Sonderbündelei ab und halten am Reich in seiner bundesstaatlichen Gestaltung fest. Damit bewahren sie alle Gaue in Deutschland vor den immer deutlicher erkennbaren Nachteilen einer ausschließlichen Zentralverwaltung, die unsere Landesregierungen zu untergeordneten Provinzialbehörden herabdrücken würde. In den letzten Wochen vermochten die Regierungen der Einzelstaaten keinerlei Einfluß auf die Entschlüsse der Reichsleitung mehr auszuüben. Demgegenüber muß an dem seitherigen Mitbestimmungsrecht festgehalten und dessen Ausübung durch ein bundesstaatliches Organ in Gesetzgebung und Verwaltung verlangt werden. Nur mit Hilfe dieses bundesstaatlichen Organs ist es möglich, die volle Handlungsfähigkeit der Reichsleitung wiederherzustellen und die Arbeiten der kommenden Nationalversammlung

zu einem guten Ergebnis zu bringen. Die Reichsleitung muß vollkommen befreit werden von allen örtlichen Einflüssen, die in jedem Fall eine Schädigung der Rechte aller übrigen Deutschen darstellen. Nur eine Reichsleitung, deren volle Handlungsfreiheit auch die Gegner anerkennen, wird einen Frieden zu erlangen vermögen, wie das deutsche Volk ihn braucht."

Unsere Beschlüsse fanden die Zustimmung der süddeutschen Bevölkerung und die „Schwäbische Tagwacht" traf den Nagel auf den Kopf, indem sie schrieb, die süddeutschen Regierungen hätten das Recht und die Pflicht gehabt, die Versuche, eine Diktatur Berlins über das ganze deutsche Reich zu errichten, abzuwehren. Diktaturgelüste gab es in Berlin in mancherlei Gestalt; man brauchte nicht alle tragisch zu nehmen. Immerhin ist es charakteristisch genug, welche „hausgemachten Diktatoren" dort auftreten konnten. So sagte im Dezember 1918 auf der Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte der Volksbeauftragte Barth:

„In den letzten Wochen wäre es mir einige Male lieber gewesen, ich hätte die Diktatur in Deutschland ganz allein gehabt; so notwendig war raschestes Handeln."

Dieser Barth, den einer jener in Revolutionszeiten öfters auftretenden zufälligen und unberechenbaren Windstöße in den Rat der Volksbeauftragten geweht, ein junger Mensch, von dessen Persönlichkeit man, außerhalb gewisser Kreise der Unabhängigen, in Deutschland nichts wußte, fand den Posten eines Volksbeauftragten für sich nicht genügend; er fühlte sich berufen, Diktator über ein Volk von 60 Millionen zu werden! Bei den „unbegrenzten Möglichkeiten", die sich oft in Berliner „Volksbeschlüssen" offenbaren, war eine solche Diktatur Barth keineswegs eine Unmöglichkeit, namentlich in jener Zeit. Von Dauer wäre sie jedenfalls nicht gewesen. Seine Unreife ergibt sich aus einer dünkelhaften Broschüre, die er über seine Tätigkeit als Volksbeauftragter geschrieben hat.

Der Januarputsch.

Das ereignisreiche Revolutionsjahr 1918 ging zu Ende. Am Silvesterabend veranstaltete ich im Ministerium des Äußern eine kleine und recht bescheidene Feier, an welcher außer meiner Frau mein lieber, treuer Freund und Korpsbruder, der Oberstabsarzt Dr. Ludwig Schwandner und seine Gattin teilnahmen. Auch der Bildhauer Professor Lörcher war anwesend, sowie mein ebenso liebenswürdiger als tüchtiger Kollege, der Ernährungsminister Baumann. Dieser war mir in seinem Amte ebenso angenehm, als er verschiedenen Besserwissern unangenehm war.

Mein Freund Schwandner weilt leider nicht mehr unter den Lebenden. Als Chef des Reservelazaretts in Cannstatt hat der Brave in überanstrengender Arbeit sein Leben dem Vaterlande geopfert.

Wir gingen vor Mitternacht auseinander, denn wir wollten dem auf der Straße um diese Zeit zu erwartenden Lärm und Trubel ausweichen.

Ich bewohnte damals mit meiner Frau ein Zimmer im Hotel Continental und wir sollten dort eine Neujahrsnacht erleben, wie wir sie bisher nicht gekannt. Schon lange vor Mitternacht waren der Platz vor dem Wilhelmsbau, der anstoßende Teil der Tübinger Straße, die kleine Königstraße und die dort befindliche Passage dicht von lärmenden und sich drängenden Menschen überflutet. Ich erreichte unerkannt mein Zimmer. Als es zwölf Uhr schlug, erhub sich drunten ein Lärm, daß man hätte glauben können, die Pforten der Hölle hätten sich geöffnet. Es begann ein ununterbrochenes Heulen, Brüllen und Kreischen aus viel tausend rauhen Kehlen; dazwischen krachten die in der Neujahrsnacht üblichen „Freudenschüsse", gemischt mit den dumpfen Schlägen vieler Maschinengewehre. Man kann sich denken, wie dieser Lärm in der kleinen Königstraße, auf die unsere Fenster hinausgingen, an den Häusern emporstieg. Eine mit uns bekannte, im gleichen Stockwerk wohnende Generalswitwe kam entsetzt zu uns herüber und fragte mich, ob ich da nichts machen könne und ob nicht zu befürchten sei, daß die Radaumacher herauf kämen. Die erste Frage mußte ich bestimmt verneinen, denn mir stand keine Macht zur Verfügung; die Polizei hätte nichts ausrichten können und wäre jämmerlich verprügelt worden. Auf die zweite Frage konnte ich keinen Bescheid geben, als daß ich den Rat gab, die Tür fest zu verschließen. Aber es passierte im Hotel nichts, obwohl der Lärm mit nur langsam abnehmender Stärke bis zu Tagesanbruch dauerte. In anderen Straßen ging es ähnlich zu. Wir gingen bald nach Mitternacht zu Bett, aber von Schlafen war natürlich keine Rede. Ich beschloß in dieser Nacht, in meine Dienstwohnung überzusiedeln. Von da ab wohnte ich im Ministerium des Äußeren; meine Wohnung in Degerloch war vermietet nebst Mobiliar. Denn da man stets mit einem Sturze der Regierung rechnen müßte, so wollte ich mir nicht die Last eines doppelten Umzuges aufladen, abgesehen von dem dabei in Aussicht stehenden Spott der Umwohnerschaft.

In dieser Nacht auf den 1. Januar 1919 faßte ich den festen Entschluß, eine bewaffnete Macht zu schaffen. Zwar hatte der Ausschuß der Soldatenräte die Aufstellung von Sicherheitstruppen beschlossen, aber der Kriegsminister Fischer hatte die Ausführung dieses Beschlusses zu verhindern oder wenigstens zu verschieben sich alle Mühe gegeben. Es geschah vorläufig nichts. Mit erschreckender Deutlichkeit hatten die jüngsten Vorfälle die Gefahren der Situation gezeigt. Wenn in der Neujahrsnacht sich ein dreister Demagoge an die Spitze der die Straßen bedeckenden aufgeregten Masse, die durchweg bewaffnet war, gestellt und sie zu einem Putsch mitgerissen hätte, so hätte unabsehbares Unheil angerichtet werden können. Solchen Eventualitäten mußte vorgebeugt werden.

Bis jetzt war ja alles besser gegangen, als ich eigentlich zu hoffen gewagt. Wenn die Regierung auch noch nicht so fest stand, wie es wünschenswert, so konnte ich doch mit einer gewissen Befriedigung darauf zurückblicken, daß es mir gelungen, das Staatsschiff in den ersten sechs Wochen meiner Regierung durch die brandenden Wogen dieser Episode zu steuern, die einem stürmisch bewegten Meere glich. Die in den ersten Tagen der Revo-

lution aufgestellten Forderungen waren fast restlos erfüllt und der geregelte Gang der Staatsverwaltung war trotz aller Störungen und Schwierigkeiten aufrecht erhalten worden. Der Arbeitslosigkeit war durch die Bemühungen des Arbeitsministers Dr. Lindemann gesteuert, die öffentliche Unterstützung der Arbeitslosen war durchgeführt worden. Regierung und Arbeiter- und Soldatenräte, Ober- und Unterbeamte sowie Arbeiter des Staats, der Körperschaften und der Gemeinden hatten mitgewirkt, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, soweit dies unter so schwierigen Umständen überhaupt möglich war.

Das lag aber nicht in den Wünschen der verschiedenen linksradikalen Gruppen, der Unabhängigen, Spartakisten und Kommunisten, die ihre Wühlereien mit allem Eifer fortsetzten. Darin leistete namentlich der Rote Soldatenbund Erkleckliches. Die Unruhen in Berlin dienten dazu, Öl ins Feuer zu gießen.

Dazu kam die Wahlbewegung, welche bald einen äußerst heftigen Charakter annahm und zu den merkwürdigsten Machenschaften der extremen Gruppen führte.

Bei den Arbeitern zeigte sich nun, welches Unheil man bei ihnen angerichtet, indem man so übertriebene Hoffnungen bei ihnen erweckt. Tausende und Abertausende glaubten, die Revolution werde mit einem Schlage alle Mißstände beseitigen und alles Elend von heute auf morgen aus der Welt schaffen.

Die besten Theoretiker der Sozialdemokratie hatten eindringlichst betont, daß nach der Revolution die eigentliche Arbeit erst beginne. Dies war namentlich in dem vortrefflichen Buche des österreichischen Sozialdemokraten Renner ausgeführt. Die Mehrheitssozialdemokratie hatte sich auf diesen Standpunkt gestellt. Namentlich in Württemberg hatte sie in den Beschlüssen zahlreicher Versammlungen dringend davor gewarnt, auf das Schlagwort von der „Sozialisierung" übertriebene Hoffnungen zu setzen. Trotzdem ließen sich zahlreiche Arbeiter, auch solche, die diesen Beschlüssen im Anfang zugestimmt, immer wieder durch die demagogischen Künste gewinnen, welche die linksradikalen Gruppen mit diesem Schlagwort anwendeten.

Obwohl nun die Regierung eine besondere Kommission zur Behandlung der doch nicht so leicht zu nehmenden Frage der „Sozialisierung" berufen hatte, wurde doch von den linksradikalen Gruppen gegen sie die Anklage des „Verrats" erhoben. Dieselben Unabhängigen, die so eifrig für die Aufnahme von Ministern aus bürgerlichen Parteien in die Regierung gewirkt und sich damit für eine Koalitionspolitik entschieden hatten, traten nun wieder für eine „Diktatur des Proletariats" ein, indem sie nach russischem Muster einen Ausspruch von Karl Marx, der niemals eine Diktatur einer Minderheit gewollt, falsch auslegten. Überhaupt spielten nun die russischen Einflüsse zu uns nach Württemberg herein; der Gedanke der Räterepublik wurde der Koalitionsregierung entgegengestellt. Später wurden auch russische Sendboten sichtbar, die sich eifrig an den Vorarbeiten zur Herbeiführung einer Krisis beteiligten.

In der Regierung kamen die Wirkungen dieser Wirrnisse sehr bald zum Vorschein. Die beiden unabhängigen Minister Crispien und Fischer, die noch die Abschiedsworte der Regierung an den ehemaligen König bereitwilligst unterschrieben hatten, traten in immer schärferen Gegensatz zu den übrigen Ministern. Crispien, der kaum mehr als Minister, sondern fast nur noch als Agitator tätig war, raste im Auto durch das Land, um für die Wahl unabhängiger Abgeordneter zu wirken und die Mehrheitssozialdemokratie sowie deren Vertreter mit Schmähungen und Verdächtigungen zu überschütten. Als ich ihn darüber zur Rede stellte, meinte er naiv: „Unsere Partei ist klein und wir haben nicht viel Geld; daher müssen wir alles aufbieten, um nicht von euch erdrückt zu werden."

Dumpfe Gerüchte liefen umher, wonach die extremen Parteien sich mit dem Plane trugen, die Wahlen überhaupt unmöglich zu machen. Man fühlte die Krisis herannahen, die von dieser Seite erstrebt und vorbereitet wurde. Sie durfte uns nicht unvorbereitet treffen.

Am 2. Januar schied der stellvertretende Kriegsminister, Generalleutnant von Hofacker, aus seinem Amt. Seine Anstrengungen, in die Abwickelung der Heeresgeschäfte Ordnung zu bringen, waren von dem Kriegsminister Fischer vereitelt worden. Er setzte mir dies in einem langen und interessanten Brief auseinander und ich begriff, daß ihm die Anmaßungen des Herrn Vizefeldwebels unerträglich wurden. Ich sah mit Bedauern diesen sehr befähigten und bei seiner konservativen Gesinnung doch ehrlich loyalen Offizier scheiden, der in der Zeit der Not seinem Lande dienen wollte. Als er mir seinen Abschiedsbesuch machte, sprach ich ihm dies offen aus. Wir waren einig in dem Gedanken, daß das Land einer zuverlässigen bewaffneten Macht bedürfe, aber ebenso stimmten wir darin überein, daß mit dem Kriegsminister Fischer in diesem Punkte nichts anzufangen sei. Als der Generalleutnant ging, sagte er mit besonderem Nachdruck:

„Ich empfehle Ihnen den Leutnant Hahn. Das ist der Mann, den Sie brauchen."

Ich setzte mich sofort mit Leutnant Hahn, der sich zur Zeit auf dem Generalkommando aufhielt, in Verbindung und damit trat ein entscheidender Wendepunkt ein.

Paul Hahn, bedeutend als Kunstmaler, war beim Ausbruch des Weltkrieges bei den weißen Dragonern als Kriegsfreiwilliger eingetreten. Nachdem er auf mehreren Fronten gekämpft und mehrmals schwer verwundet worden, avancierte er zum Offizier und brachte aus dem Krieg die Kenntnisse mit, die ihn für seine neue Stellung befähigten. Er hatte mit scharfem Blick die Ereignisse beobachtet und die Notwendigkeit einer neuen bewaffneten Macht erkannt. Hahn gehörte der Mehrheitssozialdemokratie an. Wir verständigten uns rasch und Hahn ging sogleich wieder an die Arbeit. Er hatte nämlich schon tüchtig vorgearbeitet. In einer Versammlung von Offizieren war angeregt worden, eine bewaffnete Macht zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung aufzustellen und Hahn hatte sich erboten, die Sache in die Hand zu nehmen. Nachdem ein ent-

sprechender Antrag in der Landesversammlung der Soldatenräte vom 11. Dezember erst bekämpft worden, wurde er von Hahn durchgesetzt und zwar gegen sechs Stimmen, darunter natürlich die des Kriegsministers. Hahn wurde darauf in den Landesvorstand der Soldatenräte gewählt und ihm die Organisation der neuen Truppen übertragen. Der Kriegsminister tat nicht nur nichts, sondern suchte die ganze Sache zu hintertreiben, während Unabhängige, Spartakisten und Kommunisten über „Weiße Garden" schrien. Darauf erging an Hahn vom Landesausschuß der Soldatenräte die Weisung, die Sache ohne Fischer zu machen, d. h. über dessen Kopf hinweg. Ich war mit diesem Vorgehen von vornherein einverstanden.

Das Widerstreben der Herren Fischer und Crispien und das Geschrei über „Weiße Garden" half aber nichts. Die Regierung stimmte den Beschlüssen der Soldatenräte zu und ich beantragte alsdann, dem Leutnant Hahn eine Vollmacht zu übertragen, die ihn mit den zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit notwendigen Maßregeln beauftragte. Der Oberbefehl über die neu zu bildenden Sicherheitskompagnien fiel ihm damit von selbst zu. Mein Antrag wurde gegen die Stimmen von Crispien und Fischer, die ob dieser Niederlage außer sich waren, von der Provisorischen Regierung angenommen. Die Organisation dieser bewaffneten Macht erfolgte mit äußerster Schnelligkeit und Geschicklichkeit und kam eben recht, um dem nahenden Putsch die Spitze bieten zu können. Die Schöpfung dieser bewaffneten Macht zeitigte im Lauf der Dinge und unter mancherlei Veränderungen weitreichende Folgen. Württemberg wurde durch sie der festeste Stützpunkt der deutschen Republik im Süden und Westen Deutschlands. Die stete Bereitschaft dieser bewaffneten Macht lähmte die kommunistischen und diesen verwandten Bewegungen in den angrenzenden Ländern und im April 1919 halfen württembergische Truppen das kommunistische Schreckensregiment in München niederwerfen; im März 1920 fand die aus Berlin vertriebene Reichsregierung nebst der Nationalversammlung in Württemberg eine sichere Zuflucht.*)

Die Anzeichen, daß ein Putsch im Werke sei, mehrten sich und die Provisorische Regierung erließ am 7. Januar die folgende Kundgebung an die württembergische Bevölkerung:

„Die Regierung hat Kenntnis davon, daß die Vorbereitungen und Durchführung der Wahlen zur Landesversammlung und Nationalversammlung gestört werden sollen.

Wir fordern die wahlberechtigte Bevölkerung auf, sich durch wilde Gerüchte nicht beunruhigen zu lassen und ihr Wahlrecht in vollem Umfang auszuüben.

Die Provisorische Regierung ist entschlossen, die Errungenschaften der Revolution, zu denen auch das neue Wahlgesetz und die ungehemmte

*) Polizeiwehrdirektor Hahn wird in einem besonderen Werke die militärische Geschichte der ersten Jahre der Republik Württemberg behandeln, das bald erscheinen soll. Es sei auf ein so wichtiges Werk aus so berufener Feder hiermit ausdrücklich aufmerksam gemacht.

Wahlfreiheit gehört, mit aller Entschiedenheit zu gewährleisten. Zu diesem Zweck hat sie ausreichende Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Stuttgart, den 7. Januar 1919.

Die Provisorische Regierung."

Daß die beiden unabhängigen Minister die Proklamation unterzeichneten, welche gegen die von ihnen unterstützten Umtriebe gerichtet war, läßt das Maß von Heuchelei erkennen, welches sie damals schon erreicht hatten. Es sollte aber gleich darauf noch besser kommen.

Zugleich wurde im Arbeiter- und Soldatenrat ein Gegenstoß gegen die neu zu errichtenden Sicherheitskompagnien geführt. Ich habe schon des öfteren dargetan, wie die Mehrheit in den Räten, die sonst zu uns hielt, manchmal durch die Einflüsterungen und Hetzereien der Kommunisten sich mit fortreißen ließ und gegen uns stimmte. So geschah es auch jetzt. Die Sicherheitstruppen wurden den Mitgliedern des Vollzugsausschusses der Räte so eindringlich als „Weiße Garden" und „Werkzeuge der Reaktion" dargestellt, daß die Mehrheit sich verblüffen ließ und glaubte, die Sicherheitstruppen seien zur „Abschlachtung der Arbeiter" bestimmt. Und so kam denn der unglaubliche Beschluß zustande, daß dem Leutnant Hahn eine aus dem Vollzugsausschuß entnommene Kommission von vier Mann zur Seite gesetzt werden sollte, deren Genehmigung erforderlich war, wenn er mit bewaffneter Hand vorgehen wollte. Und in dieser Kommission befand sich der Kommunist Unfried, ein Führer der Partei, von welcher der uns drohende Angriff ausgehen sollte!

Als dieser fatale Beschluß der Regierung unterbreitet wurde, entstand für einen Moment eine begreifliche Verwirrung, denn so etwas hätte man von den Räten, mit denen man bisher so leidlich ausgekommen, denn doch nicht erwartet.

„Das geht doch nicht, daß unsere Todfeinde die zu unserem Schutz aufgestellten Truppen kommandieren," hieß es. Andere zeigten sich der ewigen Intrigen und Scherereien müde und nahmen eine Haltung ein, als wollten sie die Bürde der Regierung von sich werfen. Mir ging es ebenso; der Widerwille, ja Ekel stieg mir bis zum Halse herauf. Aber das dauerte nur einen Moment und dieser reichte aus, um die Gefahr zu übersehen und den Abgrund zu erkennen, der sich vor uns auftat. Ein offener Konflikt mit den Räten in diesem kritischen Moment war gleichbedeutend mit unserem Untergang. Mein Entschluß war rasch gefaßt und als Ministerpräsident mußte ich die Direktive zu dem geben, was zu tun sei. Mit vor Erregung bebender Stimme beschwor ich die Kollegen, in dieser Situation auszuharren; es werde sich schon ein Weg finden. Die unabhängigen Minister lächelten natürlich höhnisch dazu. Die anderen aber, die erst den Beschluß hatten zurückweisen wollen, gaben meiner Mahnung Folge und man nahm den Beschluß einstweilen hin.

Ich sah zu Hahn hinüber, welcher der Sitzung anwohnte; mir kam es vor, als sei ihm die ganze Geschichte zu widerwärtig geworden, um sie noch weiter zu führen. Ich sagte daher zu ihm:

„Ein Mann wie Sie wird auch mit dieser Kommission fertig werden."

Er sah mich einen Augenblick an und antwortete dann mit fester Stimme:

„Jawohl!"

Damit war die Sache entschieden und wir waren vorläufig über den kritischen Moment hinweggekommen. Die Unabhängigen hatten von dem Beschlusse des Vollzugsrats eine ganz andere Wirkung erwartet. Aber auch bei uns bestand die Sorge, daß bei aller Entschlossenheit uns aus dem Beschlusse doch Unheil erwachsen werde.

Es war gut, daß man auf der anderen Seite unsere Entschlossenheit sah. Dadurch kam die Sache nicht ganz so schlimm, als wir zu befürchten Ursache hatten.

Am 9. Januar 1919, genau zwei Monate nach der Errichtung der Republik Württemberg, brach der unabhängig-kommunistisch-spartakistische Aufstand los, welcher den Sturz der provisorischen Regierung und die Verhinderung der für die Landes- und Nationalversammlung ausgeschriebenen Wahlen zum Ziele hatte. Die leitenden Persönlichkeiten, die Herren Hörnle, Rück, Münzenberg, Barthel, Schreiner usw. wollten die Macht an sich reißen und eine Räterepublik nach russischem Muster im Schwabenland errichten. Merkwürdigerweise waren diese Leute fast alle Dichter, oder besser gesagt Verse- und Reimschmiede. Dementsprechend waren ihre politischen und sozialen Projekte auch „Dichtungen" resp. Erdichtungen. Aber so kläglich auch ihre „Dichtungen" meistens aussahen, so waren diese Leute doch gefährlich durch ihre Geschicklichkeit in der Verwendung verhetzender Schlagworte und verleumderischer Phrasen, deren Wirkung bei den in dieser Zeit ohnehin aufgeregten Massen unberechenbar war. Leider imponierten sie, durchweg ganz gewöhnliche Versammlungsschwätzer, mit ihren Phrasen nicht nur vielen Arbeitern, sondern auch manchen bürgerlichen Elementen.

Die beiden noch in der Regierung sitzenden unabhängigen Minister Crispien und Fischer verübten an diesem Tage an ihren Kollegen einen schändlichen Verrat. Sie luden, wozu sie formell gar nicht berechtigt waren, die anderen Regierungsmitglieder zu einer Sitzung im Gebäude der ehemaligen ersten Kammer auf Nachmittag 9. Januar ein. Dort sollten wir von der aufgehetzten Masse überfallen, festgenommen und abgesetzt und sollte die neue Regierung proklamiert werden. Der Spartakist Rück, an dessen Zurechnungsfähigkeit allerdings manchmal gelinde Zweifel geäußert wurden, äußerte, nach mehrfachen Meldungen, nachher bei seiner Gefangennahme: „Hätte man die Regierungsmitglieder in die Hand bekommen, so wären sie auch gleich abgeurteilt worden!" Ob er von einem solchen „Volksgericht" erwartete, daß wir erschossen oder gehängt werden sollten, weiß ich nicht. Natürlich hat er die Äußerung nachher geleugnet.

Die Regierung ging aber nicht in die vermeintlich so schlau gelegte Falle hinein.

Eine Reihe von Flug- und Brandschriften, die an wütender Verhetzung

und frecher Verleumdung alles hinter sich ließen, war mit grobem Mißbrauch der neuen Preßfreiheit gegen die Regierung geschleudert worden. Ihr Sturz wurde offen gefordert. Der Putsch begann mit einer Demonstrationsversammlung auf dem Schloßplatze, wozu die Unabhängigen und der Rote Soldatenbund eingeladen hatten; auf den Einladungszetteln des roten Soldatenbundes hieß es, der „Kampf zwischen Arbeit und Kapital" müsse auf die Straße getragen werden. So wurde die provisorische Regierung als Vertreterin des Kapitals verdächtigt. Die Demonstranten zogen, nachdem verschiedene Hetzreden gegen die Regierung gehalten, zum Arbeitsministerium, um dort neue Forderungen wegen der Arbeitslosenfürsorge zu stellen. Schon jetzt sah man viele Bewaffnete unter den Demonstranten; ein Maschinengewehr wurde zum Arbeitsministerium mitgeführt. Die Regierung blieb bei ihren früheren Beschlüssen über die Arbeitslosenfürsorge stehen, die übrigens niemals aufgehoben worden waren, wie man der Masse vorgetäuscht hatte. Nachmittags sammelte sich vor dem Arbeitsministerium eine große Menschenmasse an. Der Arbeitsminister Dr Lindemann wurde für abgesetzt erklärt. Man hörte den Ruf, daß am nächsten Tage der Kampf weiter auf die Straße getragen und daß „ausgeräumt" werden müsse. Die Masse drang alsdann in das Arbeitsministerium ein und aus dessen Fenstern heraus sprachen Redner, die den Sturz der Regierung forderten. Zu der Sitzung des Landesausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte, die im Arbeitsministerium stattfand, erschien die von Crispien und Fischer dahin eingeladene Regierung nicht; sie hatte die Falle erkannt. Sie wollte auch überhaupt nicht in einem von einer demonstrierenden Masse erfüllten Hause beraten, dessen Ausgänge mit Bewaffneten besetzt waren.

Ich befand mich während dieser Vorgänge in meinem Bureau im Ministerium des Äußeren, also im Gebäude des Staatsministeriums und dort wurde mir über die Vorgänge im Arbeitsministerium berichtet. Nachdem die Regierung nicht erschienen, ging es dort toll her; namentlich muß es interessant gewesen sein, als die Stuttgarter Kommunisten sich mit den Abgesandten aus Rußland verbrüderten, wobei, wie mir berichtet wurde, der Russe Axelrod dem ehemaligen Kriegsminister Schreiner den Bruderkuß gab und zwar „vor versammeltem Kriegsvolk". Diese Szene muß wirklich rührend gewesen sein.

Bald wurde mir gemeldet, daß eine Abteilung der Demonstranten im Begriff sei, vor dem Staatsministerium zu erscheinen und mich zu suchen. Ich sollte also verhaftet werden; man wollte mit dem „Ausräumen" bei mir beginnen. Ich hatte keine Lust, mich wehrlos in die Gewalt einer verhetzten Masse zu begeben, und verließ etwa eine halbe Stunde, bevor die Putschisten anlangten, das Gebäude des Staatsministeriums. Meine Beamten hatten mir dringend dazu geraten.

Die Masse drang ein und suchte mich auf meinem Bureau; als sie dieses leer fanden, klingelten sie an der Tür meiner nebenan befindlichen Dienstwohnung, zogen sich aber, wie ich betonen will, sogleich zurück, als meine Köchin ihnen sagte, daß dies private Räume seien. Dagegen waren die

Ausgänge des Staatsministeriums gleich besetzt worden. Es waren verschiedene Bewaffnete unter der Menge. Es wurde mir berichtet, sie hätten auch ein Maschinengewehr mitgeführt; von anderer Seite wurde dies bestritten und ich lasse es dahingestellt.

Vom Balkon des Staatsministeriums wurden an die Volksmenge, die sich drunten ansammelte, Ansprachen gehalten; da der Hauptsprecher der Kommunist Hörnle war, so kann man sich denken, welcher Art diese Ansprachen waren. Ein anderer Redner erließ auf dem Balkon einen Bannstrahl gegen das Heilbronner „Neckar-Echo". Nach einiger Zeit verlief sich die Menge.

Es war mir mitgeteilt worden, ich möchte ins Finanzministerium kommen. Dort, gar nicht weit von den tobenden Putschisten im Arbeitsministerium, fand sich die Regierung zusammen. Anwesend waren Liesching, Lindemann, Baumann, Hitzler und ich. Kiene war krank. Sicher waren wir hier nicht, aber wir mußten es eben riskieren.

Wir blieben längere Zeit im Finanzministerium, wo wir sehr liebenswürdig bewirtet wurden. Dabei tauchte der Plan auf, die Regierung nach Ludwigsburg zu verlegen und uns in den Schutz der dortigen Garnison zu begeben. Dies wurde von mir bekämpft mit dem Hinweis darauf, daß Leutnant Hahn mit den von ihm in aller Schnelligkeit organisierten Sicherheitskompagnien für unsere Sicherheit sorgen werde. Auch führte ich an, daß unser Abgang nach Ludwigsburg es unseren Feinden erleichtern würde, in Stuttgart eine Gegenregierung zu bilden, was dann zu einem gefährlichen Bürgerkrieg führen müsse. Meine Gründe schlugen durch.

In der Tat erschien Hahn bald darauf und teilte mit, daß er im Begriff sei, die erforderlichen Streitkräfte zusammen zu ziehen, um uns Schutz zu gewähren und den Aufstand zu bewältigen. Er lud uns ein, nach dem neuen Bahnhof an der Schillerstraße zu kommen, wo er sein Hauptquartier errichtet hatte. Er kehrte dahin zurück und bestimmte uns die Zeit, zu der wir dort eintreffen sollten.

Ich brachte meine Frau bei einer befreundeten Familie unter und machte mich mit den Kollegen auf den Weg nach dem neuen Bahnhof. Aber schon an der Gewerbehalle kam uns ein Bote entgegen, welcher uns im Auftrage von Hahn ersuchte, noch nicht nach dem neuen Bahnhof zu kommen. Denn dort hatte sich die famose, oben erwähnte, vom Arbeiter- und Soldatenrat beschlossene Aufsichtskommission, von uns „Verhinderungskommission" genannt, schon eingefunden und der Kommunist Unfried, der auf diesem Wege in das Hauptquartier der Sicherheitstruppen gelangt war, hatte mit Übertreibungen und falschen Darstellungen die Truppen aufgereizt, so daß einige der Leute schwankend geworden. Der Bote ersuchte uns, noch vom neuen Bahnhof fernzubleiben, bis alles wieder in Ordnung sei; wir sollten telephonisch mit Hahn in Verbindung bleiben.

Zugleich erfuhren wir, daß das Gebäude des „Neuen Tagblatt" von

sechzig bewaffneten Spartakisten besetzt sei. Dort sollte jedenfalls die neue Regierung etabliert werden.

Das waren keine erfreulichen Nachrichten. Und wohin sollten wir uns begeben, da wir auf der Straße nicht sicher waren? Wenn wir einem Trupp Spartakisten begegneten, so wurden wir sicher festgenommen.

Hitzler schlug vor, uns nach dem Bureau des Südwestdeutschen Kanalvereins, Neckarstraße 28, zu begeben, dessen Sekretär er vor der Revolution gewesen. Der Schlüssel liege dort im Briefkasten und man finde dort eine bequeme Unterkunft.

Aber als wir dort ankamen, fand sich der Schlüssel nicht im Briefkasten. Hitzler erbot sich, nach seiner Wohnung in der Werastraße zu gehen und dort den Schlüssel zu holen. Er konnte in einer Viertelstunde wieder da sein. Allein unbegreiflicher Weise blieb er etwa anderthalb Stunden aus.

Die Regierung, Baumann, Liesching, Lindemann und ich, befand sich nun tatsächlich ohne Obdach mitten in der Nacht auf offener Straße. Wir gingen paarweise auf der Strecke zwischen Eugenstraße und Sängerstraße auf und ab. Leider dachte ich nicht daran, daß eine mir befreundete Dame ganz in der Nähe wohnte, die uns, wie sie mir später auch sagte, mit Freuden aufgenommen hätte.

Die Zeit verstrich uns langsam in peinlichster Erwartung. Unsere Empfindungen in dieser Situation brauche ich nicht zu beschreiben.

Endlich kam Hitzler, aber den fatalen Schlüssel hatte er wieder nicht. Dagegen stellte er eine Verbindung mit dem bei der Münze wohnenden Bergrat Bohnert her. Dieser vortreffliche und würdige Beamte nahm uns sogleich mit aller Liebenswürdigkeit auf. Wir mußten noch längere Zeit bei ihm verweilen, während der er uns mit einem vortrefflichen Wein bewirtete. Endlich kam aus dem neuen Bahnhof die Einladung von Hahn, dahin zu kommen.

Im Turm.

Der neue Bahnhof, nachher von unserem Aufenthalt einfach „Der Turm" genannt, an den sich verschiedene Legenden knüpften, war mit strategischem Blick zum Hauptquartier der Sicherheitstruppen gewählt. Wenn die flachen Dächer dieses Gebäudes mit Geschützen oder schweren Maschinengewehren bespickt waren, so beherrschte es einen großen Teil der Stadt, namentlich deren Hauptverkehrsader, die Königstraße. Unser Quartier war aber nicht in dem eigentlichen Turm, der damals noch nicht ausgebaut war, sondern in den oberen, dem Königstor zugekehrten vorderen Räumen, wo Professor Bonatz seine Ateliers hatte. Diese wurden von den dort arbeitenden Künstlern bereitwillig geräumt, sobald wir uns in den „Turm" zurückziehen mußten. Wir wußten dafür dem Professor Bonatz, der dem Arbeiterrat angehörte, besonderen Dank.

Als wir in der Nacht vom 9. auf den 10. Januar im Turm ankamen, sah es dort sehr kriegerisch aus. Mannschaften kampierten überall in den

Sälen und fortwährend trafen neue ein. Ich suchte zu Hahns Stab zu kommen. An der Tür zu dessen Räumlichkeiten trat mir der Kommunist Unfried entgegen und rief: „Herr Präsident, Herr Leutnant Hahn hat mich hier festgesetzt!" Ich antwortete: „Wenn er das getan hat, so wird er seine Gründe dafür gehabt haben." Damit ließ ich ihn stehen. Er betrachtete sich offenbar als das Haupt der „Verhinderungskommission", aber er war von da ab lahmgelegt und der Unsinn, daß ein Führer der uns mit den Waffen angreifenden Partei unseren Truppen sollte Befehle erteilen können, war damit aus der Welt geschafft.

Im Turm ging es sehr erregt zu und ich fühlte in dieser Nacht nicht das geringste Bedürfnis zum Schlafen. Parlamentäre gingen ab und zu; es handelte sich um die Entwaffnung der Spartakistentruppe, welche das „Neue Tagblatt" besetzt hielt. Das Gebäude dieser Zeitung wurde von unseren Truppen vollständig umzingelt. Es hieß, die Spartakisten dort hätten geschworen, eher den Heldentod zu sterben, als sich entwaffnen zu lassen. Es sagte mir jemand ins Ohr: „Die denken gar nicht daran, den Heldentod zu sterben!" Es wurde sehr lange parlamentiert, denn man wollte Blutvergießen möglichst vermeiden. Aber die Sache drängte zur Entscheidung und man verlangte von mir die Zustimmung, die Spartakisten um jeden Preis zu entwaffnen. Ich gab sie ohne Zögern, da ich die Notwendigkeit des Handelns einsah. In diesem Moment war aber, wie ich später erfuhr, die Entwaffnung schon vollzogen. Sie war von den Sicherheitstruppen, ohne daß ein Tropfen Blut vergossen wurde, durchgeführt worden. Das beweist am besten, wie albern es von den Spartakisten war, von einer „Blutregierung Blos" zu sprechen.

Einige von uns legten sich auf herbeigeschafften Matratzen zu einem kurzen Schlafe nieder. Aber bald begannen die Arbeiten von neuem. Lindemann und ich verfaßten die nachstehende Proklamation:

„An das württ. Volk!

Die Provisorische Regierung ist beauftragt, die Errungenschaften der Revolution zu erhalten und auszubauen. Zu diesem Zweck war es ihre Hauptaufgabe, die Wahlen einer verfassunggebenden Landesversammlung vorzubereiten und zu sichern. Bei der Erfüllung dieser Aufgabe ist die Regierung fortgesetzt durch die Bedrohungen und Überfälle der Spartakusleute gestört worden. Diese winzige Minderheit unseres Volkes, die auch jetzt wieder mit russischem Gelde arbeitet, glaubt die Zeit gekommen, die Macht erringen und den Terror in Deutschland aufrichten zu können. Mit dem Überfall auf die Regierung von gestern hat sie begonnen, heute soll der Plan fortgeführt und ihre Herrschaft mit Waffengewalt und Blutvergießen aufgerichtet werden.

Die Regierung hat bisher mit der größten Zurückhaltung und Geduld der Entwicklung der Dinge zugesehen. Die Ereignisse von gestern zwingen sie aber, nunmehr mit aller Entschiedenheit einzugreifen, um den geplanten bewaffneten Angriffen zu begegnen. Sie hat sich daher unter den Schutz der Sicherheitskompagnien gestellt und diese beauf-

tragt, mit aller Entschiedenheit die Entwaffnung der Ruhe- und Friedensstörer durchzuführen.

Wir brauchen Ruhe und Ordnung, wenn nicht unser Volk in den nächsten Wochen zu Grunde gehen soll.

Sie aufrecht zu erhalten, ist daher erste Pflicht der Regierung. Wir fordern daher alle Volksgenossen auf, uns bei dieser Arbeit in den nächsten Tagen mit allen Kräften zu unterstützen.

Wenn wir Frieden haben wollen, müssen wir geordnete Wahlen und ein ruhiges Arbeiten der Landesversammlung sicherstellen.

Wenn wir die Errungenschaften der Revolution wahren sollen und vor allem der Arbeiterschaft erhalten wollen, dann muß jetzt mit allen Putschversuchen unverantwortlicher Fanatiker ein Ende gemacht werden.

Dazu sind wir entschlossen und das württembergische Volk muß uns dabei helfen!

Darum heraus, ihr Arbeiter, stellt euch an unsere Seite und rettet euer Werk und unser aller Zukunft!

Stuttgart, 10. Januar 1919.

Für die Provisorische Regierung Württembergs:
Blos."

Diese Proklamation tat eine vortreffliche Wirkung. Die Regierung war von neunmalweisen Leuten mit Vorliebe als „schwach" bezeichnet worden. Nun sah die Bevölkerung, daß dies keineswegs der Fall war.

Die Anordnungen Hahns wirkten entscheidend; von Stunde zu Stunde vermehrten sich die Truppen und befestigte sich damit die Machtstellung der Regierung. Alles klappte meisterhaft zusammen. Nur eine Ludwigsburger Kompagnie, die von dem späteren unabhängigen Landtagsabgeordneten Schuler befehligt wurde, blieb in Zuffenhausen stehen. Gegen einen etwaigen Angriff von dieser Seite wurden Vorkehrungen getroffen.

Ich hielt im Vorraum des neuen Bahnhofs eine Ansprache an die einrückenden Truppen, die mit Begeisterung aufgenommen wurde.

Am Morgen des 10. Januar vollzog sich das Verhängnis, das über den bisherigen Kriegsminister Fischer hereingebrochen war. Wie schon erwähnt, waren die beiden noch in Stuttgart liegenden Regimenter 119 und 125 von jeher der Provisorischen Regierung ergeben. Aber der Kriegsminister Fischer hatte es mit infernalischer Geschicklichkeit verstanden, eine Annäherung dieser Truppen an die übrigen Regierungsmitglieder zu verhindern. Wenn ich nach ihnen fragte, so antwortete er, sie seien „spartakistisch verseucht". Man beachte dieses Doppelspiel, da doch Fischer selbst die Geschäfte der Spartakisten besorgte. Endlich kamen aber die Truppen dahinter und ihr Unwille brach mit elementarer Gewalt gegen Fischer los. Sie verhafteten ihn und stießen furchtbare Drohungen gegen ihn aus. Es gelang ihm, wieder frei zu kommen, und er flüchtete in seiner Ratlosigkeit — in den Turm, d. h. er vertraute sich unserer Gnade an.

Am Morgen erschien nun eine Deputation der beiden Regimenter bei mir. Sie bekundete mir die Anhänglichkeit der Soldaten an die Regierung und ihre Bereitwilligkeit, für sie zu kämpfen, und sie sprach ihre tiefste Entrüstung über die verräterischen Umtriebe des Kriegsministers Fischer aus. Sie beantragte Verbot der Straßendemonstrationen und Absetzung des Kriegsministers. Die Regierung stimmte zu und am folgenden Tage stand im „Staatsanzeiger" zu lesen:

„An die Einwohnerschaft Stuttgarts!

Nach heute ergangener Aufforderung durch die Garnison Stuttgart, sowie im Benehmen mit den großen Garnisonen des Landes beantragen wir folgendes:

1. Ab 10. Januar 1919 werden Straßen-Demonstrationen strengstens untersagt. Ansammlungen haben zu unterbleiben; jeder hat seiner Arbeit nachzugehen.
2. Der Leiter des Kriegswesens, Fischer, ist, da er sich mit Spartakus solidarisch erklärte, seiner Dienststellung enthoben. Fischer wurde von den Soldatenräten nur unter der Zusage, daß er den Standpunkt der Mehrheitssozialdemokratie einnehme, mit der Wahrnehmung seines Amtes beauftragt.
3. Die Wahlen finden, wie schon bekanntgegeben, ordnungsmäßig statt. Störung der Wahlhandlung zieht schwere Bestrafung nach sich.
4. Den Anordnungen der Sicherheitsorgane ist Folge zu leisten.

Garnisonrat Stuttgart

Schroff.

Gren.-Regt. 119 — Inf.-Regt. 125

Hugel. — Herteck.

Die Provisorische Regierung erhebt diesen Antrag zum Beschluß.

Blos, Ministerpräsident."

Diesem ersten Auftritt folgte ein anderer, der ernst anfing und komisch endete. Während die Mitglieder der Regierung, soweit sie anwesend, zur Beratung weiterer Maßregeln beisammen saßen, wurde die Türe aufgerissen und Crispien stürzte herein; hinter ihm kam Fischer, der in gespannter Erwartung kommender Ereignisse zaghaft an der Türe stehen blieb. Crispien dagegen wollte durch Dreistigkeit verblüffen, womit er allerdings bei mir an den Unrechten kam. Er tat, als sei nichts vorgefallen, rannte auf den Tisch, an dem wir saßen, zu, brachte irgend einen Antrag vor und schickte sich an, an der Beratung teilzunehmen. Angewidert von so viel Anmaßung und Doppelzüngigkeit erhob ich mich und schleuderte ihm mit erhobener Stimme die Worte ins Gesicht: „Mit Ihnen haben wir nichts mehr zu tun!", wozu ich ihm unzweideutig zu verstehen gab, er möge sich zum Teufel scheren. Er starrte mich erst an, als stünde er vor

einer Unbegreiflichkeit, dann aber sah er ein, daß er hier ausgespielt habe, und verduftete. So schnell ist wohl noch selten ein Minister aus seinem Amte entfernt worden. Der Kriegsminister Fischer — und mit diesem hing der komische Teil des Auftritts zusammen — wartete einen Zusammenstoß mit mir erst gar nicht ab, sondern bewegte sich eiligst von dannen.

Dem Bereiche des „Turmes" entronnen, wo es ihnen — mit gutem Grund — nicht mehr geheuer war, fanden sich die beiden edlen Seelen wieder zu ihrer alten Dreistigkeit zurück. Sie erließen eine Erklärung des Inhalts:

„Die Unterzeichneten haben heute dem Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte nachfolgende Erklärung überreicht: Die Provisorische Regierung Württembergs hat sich durch die Ausschaltung der beiden Minister Crispien und Fischer seit dem 9. Januar 1919 als Rumpfregierung etabliert, damit hat die Mehrheit der Regierung es uns unmöglich gemacht, unsere Mandate ferner auszuüben. Wir legen unsere Mandate in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte zurück und erwarten von ihnen, daß sie sich unverzüglich mit der Reorganisation der Regierung befassen.

Stuttgart, 10. Januar 1919.

Crispien. Fischer."

Zugleich erklärten die beiden, daß sie alles getan, um blutige Zusammenstöße zu verhindern. Der Arbeiterrat, dem sie ihre Erklärung übersandten, nahm von derselben einfach Kenntnis, ohne sich weiter damit zu beschäftigen. Er war mit den Maßnahmen der Regierung in seiner Mehrheit einverstanden. Das plumpe Doppelspiel von Crispien und Fischer, deren Anhänger sich in Masse an den Demonstrationen und dem Putsch beteiligten, konnte niemand täuschen.

Mit der Entwaffnung der in das Gebäude des „Neuen Tagblatt" eingedrungenen Spartakisten war die innere Kraft des Putsches schon gebrochen. Aber die Unruhen dauerten am 10. Januar noch fort. Zwar hatten mehrfach Gegendemonstrationen von mehrheitssozialistischer und bürgerlicher Seite stattgefunden, allein diese fielen nicht sonderlich ins Gewicht. Nachdem die Regierung einmal mit den Waffen angegriffen worden, entschied nur noch die Waffenmacht. Nachdem sich die bewaffnete Macht der Regierung überlegen gezeigt, erklärten sich verschiedene Vereinigungen und Gruppen bürgerlicher und militärischer Art neuerdings für sie. Die Straßen waren voll erregter Menschen, zwischen denen es auch stellenweise zu Faustkämpfen kam. Dabei zeigte sich, daß die Bevölkerung in überwältigender Mehrheit von den Spartakisten und Unabhängigen nichts wissen wollte. Aber einzelne bewaffnete Gruppen der letzteren setzten den Kampf fort. Es war der Regierung bekannt geworden, daß das Gebäude der „Württemberger Zeitung" von den Putschisten angegriffen werden sollte. Darum wurde es zeitig von Regierungstruppen besetzt. Am Nachmittag des 10. Januar erfolgte ein bewaffneter Angriff auf die „Württemberger Zeitung", wobei auch aus den gegenüberliegenden Häusern auf die Verteidiger geschossen wurde. Diese erwiderten das Feuer

zuerst, indem sie in die Luft schossen; als aber einige von ihnen getroffen wurden, schossen sie auf die Masse der Angreifer. Diese wurden zurückgetrieben und die Hospitalstraße mit Unterstützung der Schutzmannschaft abgesperrt. Die Putschisten suchten die Absperrung zu durchbrechen, aber ohne Erfolg. Bei diesem Straßenkampf gab es Tote und Verwundete, darunter ganz Unbeteiligte.

Am Abend war die Niederlage der Spartakisten und Unabhängigen vollständig. Die Regierung hatte, wie allseitig gewünscht worden, eine feste Hand gezeigt. Sie saß, wie ein Blatt sich ausdrückte, nunmehr fest im Sattel. Indessen hütete ich mich, die errungene Macht zu mißbrauchen oder allzuhart anzuwenden. Einigen Soldaten, die eine Vollmacht wünschten, um die Stadt „einmal gründlich auszufegen", antwortete ich, daß ich fürchten müßte, das Ausfegen würde ein gar zu gründliches sein. Doch war die Festnahme der Anstifter des Putsches unvermeidlich. In der Nacht erfolgten eine Anzahl Verhaftungen. Ich richtete folgendes Telegramm nach Berlin:

„Rat der Volksbeauftragten, Berlin.

Wir freuen uns über den Erfolg der Reichsregierung. In Stuttgart haben wir Angriffe der Spartakusgruppe durch gutgeschulte Sicherheitstruppen im Keim erstickt und die Führer der Spartakusgruppe, Rück, Münzenberg, Max Barthel, Hörnle, Janus, festgenommen. Verhandlungen hatten wir abgelehnt.

Württembergische Provisorische Regierung: Blos."

Wegen dieses Telegrammes wurde ich in der spartakistischen Presse gründlich beschimpft.

Inzwischen haben, wie immer in solchen Zeiten, sich eine Anzahl Legendenbildner, Märchendichter und „Geschichtsklitterer" aller Art sich ans Werk gemacht und verschiedenen, ganz oder fast ganz an den Ereignissen unbeteiligten Personen oder Gruppen die Hauptrollen dabei angedichtet. Die heiterste dieser Dichtungen ist diejenige, nach welcher in den kritischen Tagen des 9. und 10. Januar 1919 der Stuttgarter Bürgerrat „alles gemacht" und die Rettung des Staates bewirkt hat!

Ein interessanter Zwischenfall lieferte den Beweis, daß auch russische Agenten bei dem Putsch mitgewirkt hatten.

Es wurde mir mitgeteilt, daß drei verhaftete Russen mir vorgeführt zu werden wünschten, und da dabei der mir aus der russischen Flüchtlingschaft in der Schweiz bekannte Name Axelrod genannt wurde, so ließ ich mich auf die Vorführung ein. Sie erfolgte im „Turm". Ich fand zwei Russen und eine Russin vor, die mich bei meinem Eintritt mit einem förmlichen Geschrei empfingen: „Oh, da kommt unser verehrter Lehrrerr, wir sind Ihre Schülerr" usw. Sie wollten damit sagen, daß sie aus meinen historischen Schriften Belehrung geschöpft, und hofften eine recht milde Behandlung dadurch zu erreichen. Ich bin es gewohnt, daß meine historischen Schriften von Unabhängigen und Kommunisten je nach Bedürfnis heruntergerissen oder gelobt oder in Gegensatz zu mir gebracht werden.

Als das Begrüßungsgeschrei sich gelegt, erwiderte ich sehr kühl, daß sie sich nicht weiter bemühen möchten; in meinen historischen Schriften sei auch mit der schärfsten Lupe keine bolschewistische Tendenz zu entdecken. Als ich fragte, wer sie wären und was sie in Württemberg wollten, hielten sie mir ihre Pässe hin, unter denen sich solche vom größten Format befanden, schier einen halben Meter lang. Ich konnte nicht umhin, zu bemerken, daß die Paßindustrie, d. h. die Fabrikation falscher Pässe in Rußland zu bewunderungswürdiger Blüte gelangt sein müsse. Ein Paß trug den Namen „Wels“, des ehemaligen Stadtkommandanten von Berlin; ob echt oder gefälscht, konnte ich nicht feststellen. Die drei waren Axelrod, angeblich ein Verwandter des erwähnten russischen Flüchtlings, dessen Frau und ein Russe namens Slessarew. Mit ungeheurer Zungengeläufigkeit — der Volksmund würde sagen, sie konnten dem Teufel die Ohren abschwätzen — behaupteten sie, sie hätten eine Reise nach der Schweiz machen wollen und seien hier „ganz unschuldig“ festgehalten worden. Ich ließ darauf vier Zeugen erscheinen, welche erklärten, Axelrod bei dem Tumult im Gebäude der ersten Kammer gesehen zu haben. Axelrod, ein schmächtiger Mensch von asiatischem Typus und fanatischem Wesen, verfiel darauf in eine Art Wutkrampf. „Erschießen Sie mich! Erhängen Sie mich!“ schrie er, „wir sind in Ihrer Gewalt!“ Ich lachte ihn aus. „Lassen Sie diese alberne Komödie,“ sagte ich, „Sie wissen recht gut, daß wir keine Bolschewisten sind. Sie werden Württemberg verlassen; hüten Sie sich, wiederzukommen!“ Die drei wurden nach München abgeschoben und zwar unter Bedeckung. Eisner meldete mir, daß er die Leute in einem Sanatorium untergebracht habe. Das lautete an sich ganz gut; nur scheint das ein merkwürdiges Sanatorium gewesen zu sein, denn direkt von dort wurde Axelrod in die „Finanzverwaltung“ der Münchner Räterepublik berufen, wo er die bekannten famosen Finanzexperimente der Terroristen ausführte. Der oben genannte Slessarew wurde mir später von drei Münchner Mehrheitssozialisten als „politisch harmloser Mann“ zur Einreise nach Göppingen empfohlen, welches merkwürdige Gesuch ich natürlich ablehnte.

Damit sind die russischen Einflüsse bei dem Januarputsch konstatiert. Ob die russischen Emissäre Geldmittel für den Putsch mitgebracht, konnte ich nicht erfahren. Daß aber der Rubel auch in Stuttgart rollte, war aus mancherlei Anzeichen zu ersehen. Nur reichten diese nicht aus, um ein Zugreifen zu begründen.

Am 11. Januar war die Aufstandsbewegung erstorben, allerdings nur, um sich bald darauf in verstärktem Maße zu wiederholen. Zur Sicherung der am folgenden Tage stattfindenden Wahl hatte ich noch zwei Dekrete erlassen:

„Wählt!

Sicherheitstruppen sichern die Wahl. Nach der Wahl rasch nach Hause gehen. Bei Zusammenstößen mit Ruhestörern ertönt Hornsignal oder Trommelwirbel; dann sofort Straße frei.

Für die Provisorische Regierung: Blos.

Die Provisorische Regierung verfügt mit sofortiger Wirkung: Waffentragen ohne Befugnis ist verboten. Wer Waffen ohne Befugnis mit sich führt, wird verhaftet; die Waffen werden eingezogen.

Stuttgart, 11. Januar 1919.

Für die Provisorische Regierung: Blos."

Die Zahl der Todesopfer dieses Putsches wurde verschieden angegeben; nach einer Aufstellung waren vier, nach einer anderen sieben Personen getötet worden. In Wahrheit sind nur vier Personen als Todesopfer nachgewiesen. Ein Mann wurde getötet, als er sich der Regierung zur Verfügung stellen wollte, ein anderer durch einen Zufall. Außerdem gab es viele Verwundete auf beiden Seiten.

Die Spartakisten und Unabhängigen trieben mit den Toten die übliche Leichenfledderei. Unfried hatte den Gedanken aufgebracht, die Leichen auf dem Schloßplatze auszustellen und damit eine Demonstration zu verbinden. Dies sollte eine Nachahmung der bekannten Szene vom 19. März 1848 in Berlin sein, wo sieben erschossene Barrikadenkämpfer vor das Schloß gebracht wurden und der König Friedrich Wilhelm IV. vor den Toten das Haupt entblößen mußte. Ob mir von den Kommunisten wohl dabei die Rolle des Königs zugedacht war? Die Sache wäre, wenn ausgeführt, zur läppischen Parodie geworden, denn die Dinge lagen hier doch ganz anders, als damals. Die Angehörigen der Toten lehnten es auch ab, die Leichen zu einem solchen Zwecke herzugeben. Den Kommunisten wäre es wohl auch nicht darauf angekommen, mit Leichen zu demonstrieren, die von ihren eigenen Kugeln getroffen waren. Am Grabe eines der Getöteten taten der Unabhängige Engelhardt und die Kommunistin Zetkin Racheschwüre gegen die gewalttätige Regierung, die sich nicht widerstandslos von den Ihrigen hatte abtun lassen wollen. Diese Leute, deren ganzes Wesen vom bolschewistischen Gewaltsbazillus verseucht ist, erheben unaufhörlich ein Geschrei über Vergewaltigung, während sie solche sofort ausüben, wo sie die Gewalt in die Hände bekommen, und zwar in der denkbar brutalsten Weise. Dazu haben sie neuerdings die von Klara Zetkin auch in der württembergischen Landesversammlung vertretene Theorie aufgestellt, daß einer revolutionären Richtung, d. h. einer Richtung, die sich so nennt, die Anwendung aller Mittel erlaubt sei, während einer Regierung, die dieser Richtung im Wege steht, nur die Mittel erlaubt sein sollen, die ihr eben diese Richtung zugesteht. Mit anderen Worten: es ist einer solchen Regierung erlaubt, den Hals zum Abschlachten darzubieten. Die Konsequenzen dieser famosen Theorie sind unabsehbar. Da braucht ja der elendeste Tropf und der gemeinste Lump sich nur „revolutionär" zu nennen und alles, was er tut, ist von vornherein der Weihe einer höheren Rechtfertigung, natürlich „im Interesse der Menschheit", sicher.

Später hat Crispien in der Landesversammlung mit unglaublicher Dreistigkeit geleugnet, daß der Putsch als solcher ein bewaffneter gewesen; er gestand nur „einige Bewaffnete" zu, die Gewehre umgehängt gehabt, so etwa ein Dutzend. Schon die Tatsache, daß sechzig wohlbewaff-

nete Spartakisten das „Neue Tagblatt" besetzt gehalten, widerlegt seine Darstellung. Er behauptete, ich hätte in meiner Aufregung „bei dem Haufen", der in das Staatsministerium einbrach, ein Maschinengewehr gesehen; dies habe nur in meiner Phantasie existiert. Nun, da ich bei dem Überfall nicht zugegen war, so konnte ich auch kein Maschinengewehr dabei gesehen haben. Mir war nur von glaubwürdigen Leuten versichert worden, daß vor dem Arbeitsministerium ein Maschinengewehr aufgestellt gewesen.

Auch bestritt Crispien, daß Handgranaten an die Masse verteilt worden seien. Aber am 15. Dezember 1919 fand in Stuttgart eine Gerichtsverhandlung statt, die das Gegenteil konstatierte. Die Sache ist nicht unwichtig für die Beurteilung des Putsches und für die Art, wie sich Führer und Teilnehmer auch bei dem im Sommer 1919 in Stuttgart verhandelten Prozeß gegen die im Januar verhafteten Spartakisten vor dem Schwurgericht verteidigten.

Ich setze den Bericht aus der „Württemberger Zeitung" hierher. Er lautet:

„Handgranaten-Diebstahl.

Ein Diebstahls- und Betrugsprozeß mit politischem Hintergrund beschäftigte unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors v. Fischer die erste Strafkammer. Angeklagt waren der 31 Jahre alte Mechaniker Wilhelm Wäscher, der 28 Jahre alte Kesselschmied und frühere Obermatrose Karl Reißing und der 21 Jahre alte Hausdiener Friedrich Stumpf. Es handelte sich um Vorgänge gelegentlich der Unruhen im Januar, die auch schon im Spartakusprozeß eine Rolle spielten. Unter Führung des Reißing hatten sich am Abend des 9. Januar sechs bewaffnete Feldgraue mit einem Lastauto der sogenannten „Fahrbereitschaft" vom Akademiehof aus nach dem Kreuselstein in Cannstatt begeben, wo sie, nachdem Reißing den wachthabenden Offizier durch Vorzeigung einer gefälschten Vollmacht getäuscht hatte, aus dem dortigen Munitionslager 20 Kisten Handgranaten entführten. Da der ihnen von der Wache mitgegebene Schlüssel nicht paßte, erbrachen sie ein Fenster und brachten auf diese Weise die Handgranaten an sich, worauf sie diese nach der Akademie schafften. Dort wurden sie zum Teil scharf gemacht und in einem Holzstall versteckt, um eventuell am nächsten Tage bei Straßenkämpfen Verwendung zu finden. Der Vorgang stand in engem Zusammenhang mit den Vorkommnissen des 9. Januar, die u. a. zur Besetzung des Tagblattgebäudes durch die Demonstranten und zu der Gegendemonstration in den Abendstunden führten. Nicht lange nach der Einbringung der Handgranaten in die Akademie erschien dann eine Abteilung Regierungstruppen, die die Akademie besetzte. Dabei spielte sich Reißing unbefugterweise als eine Befehlsperson auf und ließ sich von dem Führer der Regierungstruppen u. a. dessen Ausweis vorzeigen. Auf die Frage nach den Schlüsseln und Munition wurden dem Offizier erst ausweichende Antworten gegeben, und als dann endlich eine Garage geöffnet

wurde, kamen in ihr zahlreiche, nicht zur Fahrbereitschaft gehörige Zivilisten zum Vorschein. Die in einem Holzstall versteckten scharfgemachten Handgranaten entgingen den Zugriffen der Regierungstruppen. Am Morgen des 10. Januar wurden sie von einer Anzahl Personen unter Führung des Reißing abgeholt und an die Demonstranten vor dem Arbeitsministerium verteilt."

Die Angeklagten wurden von der Strafkammer sämtlich verurteilt.

Damit ist diese Angelegenheit genügend beleuchtet. Die oft wiederholte lügenhafte Darstellung der Unabhängigen und Kommunisten, die darin gipfelte, die Regierung habe, wahrscheinlich zu ihrem Vergnügen, auf „harmlose Spaziergänger" schießen lassen, konnte vor den einfachsten Vernunftgründen nicht bestehen. Allein man muß ihnen zugeben, daß sie das Verhetzen, Verleumden und mit Schmutz Bewerfen ebenso trefflich verstehen, als sie zu positiver Arbeit unfähig sind. Dabei gebrauchten sie den alten Trick, zu behaupten, die Regierung habe auf die Arbeiter schießen lassen. Leider muß eingeräumt werden, daß dies nicht ohne Erfolg geschah. Allerdings bestanden die Teilnehmer an dem Putsch wesentlich aus Arbeitern; allein sie bildeten doch nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der Arbeiterklasse, wie sich durch die Demonstrationen zeigte, welche von den Mehrheitssozialisten und den bürgerlichen Parteien am Abend des 9. Januar unternommen wurden. Durch die Verdrehungskünste der Unabhängigen und Kommunisten ließen sich viele Arbeiter zu der Auffassung treiben, die Regierung habe einen Kampf gegen die Arbeiterklasse überhaupt eröffnet. So groß ist heute noch die Macht der Phrase und namentlich der revolutionären Phrase. Zwar hatte Karl Marx schon 1850 den damaligen Vorläufern der heutigen Putschtaktiker die Worte zugerufen: „Ihr schiebt der revolutionären Entwicklung die revolutionäre Phrase unter!" Aber wenn man bedenkt, wie viele Arbeiter sich heute noch durch die revolutionäre Phrase hypnotisieren lassen, so kann man ermessen, wie verhältnismäßig wenig die auf diesem Gebiet inzwischen erfolgte Aufklärungsarbeit erreicht hat. Die unaufhörliche Verhetzungsarbeit erweiterte die Kluft zwischen einem Teil der Arbeiter und der Regierung und machte sie schließlich unüberbrückbar.

Die „Schwäbische Tagwacht" widmete damals der provisorischen Regierung Worte, die nicht der Vergessenheit anheimfallen sollten. Das Organ der Mehrheitssozialdemokraten sagte, nachdem es anerkannt, daß die Regierung entschlossen sei, mit fester Hand einzugreifen, um die Errungenschaften der Revolution zu erhalten und auszubauen:

„Die Regierung Blos hat ein hohes Maß von Geduld bewiesen, um jedes Blutvergießen zu vermeiden. Unser Volk dankt es ihr. Im Völkermorden sind zwei Millionen deutscher Menschen vernichtet worden. Welches gesunde Gehirn könnte Gefallen finden an weiteren Menschenopfern? Wenn aber die innere Ordnung, die erste Voraussetzung der Freiheit, mit Waffengewalt und Blutvergießen bedroht wird, dann ist die Zeit gekommen, in der eine auf dem Mehrheitswillen des Volkes beruhende Regierung der Gewalt mit Gewalt antworten muß."

Zum Schlusse sei noch einiges bemerkt über die Hetzereien und Verleumdungen, welche die Kommunisten, Spartakisten und Unabhängigen nach dem niedergeschlagenen Putsch gegen die Provisorische Regierung und speziell gegen meine Person gerichtet haben.

Vor allem wurde der Regierung „Feigheit" vorgeworfen, weil sie sich im Turm „verkrochen" habe. Nun, den Herren Lenin, Trotzky usw. haben die Kommunisten niemals es als „Feigheit" ausgelegt, daß sie sich in Moskau im Kreml „verkrochen" und sich dort mit einer Leibwache von Chinesen und Tartaren umgeben haben. Das hätte den Kommunisten in Stuttgart so gepaßt, wenn sie uns in ihre Gewalt bekommen und uns hätten nach Belieben traktieren können. Unter den mit bluttriefenden Flugblättern arbeitenden Demagogen befinden sich neben den „Idealisten" auch Leute, die zu allem fähig sind; man denke nur an die grausame Ermordung des sächsischen Kriegsministers Neuring. Die Leute, welche die Putsche anstiften und schüren, pflegen meist zu verschwinden, wenn die Sache schief geht, und andere müssen dann für sie büßen, die sie mit ihren Hetzereien verleitet haben. Solche Hetzer haben aber doch kein Recht, anderen Feigheit vorzuwerfen.

Mir hat sonst in meinem ganzen Leben nie Feigheit vorgeworfen werden können und ich habe auch unter dem Sozialistengesetz in führender Stellung ausgehalten, was gewiß nicht ungefährlich war. Ich konnte, ohne daß mir jemand widersprach, in meinen „Denkwürdigkeiten" darüber sagen — nach meiner Ausweisung aus Hamburg:

„So ging es in eine ungewisse, dunkle Zukunft hinein, welche den Kampf ums Dasein aufs äußerste zu erschweren drohte. Der wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte beraubt, von der Polizei verfolgt und gequält, von Verrätern belauert und von Spionen umschnüffelt, stets in Gefahr, bei geheimen Zusammenkünften verhaftet und wegen geheimer Verbindung angeklagt zu werden, von ängstlichen Freunden wie mit der Pest behaftet gemieden, vom Spießbürgertum bei jeder Gelegenheit roh und gehässig behandelt, von einer schändlichen Presse unaufhörlich denunziert und geschmäht, in steter Sorge, erwerbslos gemacht zu werden, und meistens von schmerzlichen Entbehrungen heimgesucht — so mußten wir den Kampf mit einer übergewaltigen Reaktion aufnehmen. Aber wir nahmen ihn auf."

Dabei war unser Gegner der Reichskanzler Fürst von Bismarck, damals der mächtigste Staatsmann des europäischen Kontinents. Und Unsereiner sollte Furcht gehabt haben vor den kläglichen „Helden" der Unabhängigen und der Kommunisten! Aber sie haßten mich eben, weil ich eine feste Hand gezeigt; darum logen sie ihren Gläubigen vor, daß ich aus Angst vor ihnen „schlottere" und dichteten mir allerlei Legenden und Märchen an. Ich erklärte ihnen später nur kurz, daß Leute dieser Qualität mich nicht beleidigen könnten und daß ernsthaft zu nehmende Leute mich anklagen müßten, wenn ich antworten solle. So lange es nur die Kommunisten seien, hielte ich es nicht für der Mühe wert, zu antworten.

Damit mag es auch hier sein Bewenden haben.

Die Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung.

Am 12. Januar sollten die Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung stattfinden. Die Regierung löste mit diesen Wahlen ihr Versprechen ein, daß das württembergische Volk selbst, das heißt dessen auf Grund des freiesten Wahlrechts gewählte Vertretung über seine Zukunft entscheiden solle. Der Wahl ging eine sehr intensive Wahlkampagne voraus, die aber zeitweilig vor dem unmittelbar vor der Wahl inszenierten Putsch in den Hintergrund trat. Die Regierung bot alle Energie auf, um die Wahlfreiheit zu sichern, denn wenn auch der Putsch niedergeschlagen war, so schien keineswegs ausgeschlossen, daß noch ein Attentat der Unabhängigen und Spartakisten auf die Wahlfreiheit erfolgen könne. Die Wahllokale mußten gegen Überfälle gesichert und der Transport der Wahlurnen mit den Zetteln nach der Zählstelle überwacht werden. Dem Pflichteifer der Sicherheitskompagnien gelang es, diese schwierige Aufgabe so glänzend zu lösen, daß am Wahltage kein Zwischenfall von Bedeutung gemeldet wurde.

Die Wahlen brachten folgendes Resultat:

Sozialdemokratie	452 699	Stimmen,	52	Mandate
Demokratische Partei . .	328 689	„	38	„
Zentrum	273 200	„	31	„
Bürgerpartei	97 340	„	11	„
Bauernbund	76 098	„	10	„
Unabhängige	40 634	„	4	„
Weingärtnerbund	35 285	„	4	„
Oberschwäbische Landwirte	5 755	„	0	„
Friedenspartei	4 034	„	0	„

Die „Tagwacht" hatte am Vorabend der Wahl geschrieben:

„Das württembergische Volk wird morgen der Regierung Blos folgen."

Diese Voraussage traf ein, denn das Wahlresultat verschaffte der Koalition, auf welcher die Regierung beruhte, ein entschiedenes Übergewicht im Landtage. Sogar Sozialdemokratie und bürgerliche Demokratie allein konnten im Landtage eine Mehrheit von 15 Stimmen bilden.

Das befriedigte aber, so mächtig auch der Umschwung war, diejenigen nicht, die eine sozialdemokratische Mehrheit erwartet hatten. Ich selbst hatte in der ersten Zeit auch an die Möglichkeit einer solchen geglaubt; der Wellenschlag der revolutionären Bewegung und seine Auswirkungen konnten über die Schranken triumphieren, welche die wirtschaftliche Struktur des Landes der Sozialdemokratie bisher gezogen hatte. Aber im Verlauf der Wahlbewegung erkannte ich, daß eine sozialdemokratische Mehrheit sehr unwahrscheinlich sei.

Viele Sozialdemokraten waren geneigt, die Wirkung der Zersplitterung der Sozialdemokratie zu überschätzen. Aber die bürgerlichen Parteien hatten rund 800 000, die Sozialdemokratie rund 500 000 Stimmen erhalten. Die 40 000 Stimmen, welche die Unabhängigen erhielten, zeigten,

daß auch ein Zusammengehen mit diesen die Differenz nicht hätte ausgleichen können. Dagegen mag im allgemeinen zutreffen, was die „Schwäbische Tagwacht" zu dem Wahlausfall bemerkte:

„Sowohl die Vorgänge in Stuttgart, wie insbesondere der blutige Terror der Spartakisten und Unabhängigen in Berlin sind von den Feinden der Freiheit auf der Rechten und den Vertretern kapitalistischer Interessen auf der bürgerlichen Linken mit Raffinement gegen die gesamte Arbeiterschaft ausgeschlachtet worden. Der großen sozialdemokratischen Partei hat man die Verantwortung für die irrsinnige Gewaltpolitik der Spartakisten mit aufgebürdet und damit Tausende von Wählern kopfscheu gemacht. Das Urteil des württembergischen Volkes, das bei der gestrigen Wahl gefällt wurde, ist trotzdem ein glänzendes Ehrenzeugnis für die alte Sozialdemokratie."

Für mich, als den Chef der Regierung, war das Wahlresultat insofern ein befriedigendes, indem es mir auf der Grundlage der Koalition eine große Mehrheit im Landtage sicherte. Gelang es, eine demokratische Verfassung herzustellen, so war der Boden für die Schaffung tiefgreifender sozialpolitischer Reformen freigemacht und es hing ganz von der künftigen Taktik der Sozialdemokratie ab, die Weiterentwicklung der Dinge in ihrem Sinne zu beeinflussen. Jetzt zwar schon redeten einige „grüne" Politiker, die alles Heil von der Räterepublik russischen Stils erwarteten, geringschätzig von der „bürgerlichen Republik", die schon „überholt" sei. Man begriff auf dieser Seite nicht einmal den Unterschied zwischen der alten Monarchie und der neuen Republik.

In der demokratischen Partei erhoben sich Stimmen, welche ihre Genugtuung aussprachen, daß überstürzten sozialistischen Experimenten vorgebeugt sei. Das war ganz unnötig, denn die Mehrheitssozialdemokratie hatte genügend Bürgschaft dafür gegeben, daß sie solche Überstürzungen vermeiden wolle.

Sogleich nach der Wahl trat die notwendige Ergänzung und Veränderung der Regierung ein, welche auch die Zustimmung des Vollzugsausschusses der Arbeiter- und Soldatenräte erhielt. Der Arbeitsminister Dr. Lindemann übernahm nach einigem Widerstreben das Innere, zum Kriegsminister wurde der Professor der Elektrotechnik an der Stuttgarter technischen Hochschule, Immanuel Herrmann, ernannt. Dieser gehörte der Mehrheitssozialdemokratie an; seine Neigung zu den Unabhängigen war damals noch nicht hervorgetreten. Zum Arbeitsminister ernannte ich den Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, den Parteigenossen Alexander Schlicke. Diese Wahl war eine sehr glückliche und ich habe sehr bedauert, daß Schlicke durch seine Berufung in das Reichsarbeitsministerium seiner Tätigkeit in Württemberg entzogen wurde. Mit dieser Berufung ward ich überrumpelt und Schlicke ward vor ein fait accompli gestellt. Diese Manöver wurden von Legien bewerkstelligt. Ich habe diesem in Weimar aus meiner Entrüstung über seine Manöver kein Hehl gemacht.

In den übrigen Ministerien blieb die alte Besetzung.

Die Regierung sah sich genötigt, für Nichtwürttemberger den Paßzwang einzuführen. Das betreffende Dekret hatte den Wortlaut:

„Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit im Lande wird in Ergänzung der Reichsverordnung vom 21. Juni 1916, betr. anderweitige Regelung der Paßpflicht (RGBl. 1916, S. 599), verfügt:

§ 1. Jeder Nichtwürttemberger, der sich in Württemberg aufhält, ist verpflichtet, sich durch einen Paß oder Paßersatz nach dem Muster im Reichsgesetzblatt 1916, S. 609, über seine Person auszuweisen.

§ 2. Ausgenommen von dieser Vorschrift sind Kinder unter 12 Jahren und solche Nichtwürttemberger, die sich bereits vor dem 1. Januar 1919 in Württemberg niedergelassen haben. Bei Personen, die sich im amtlichen Auftrag in Württemberg aufhalten, genügt der gewöhnliche Dienstausweis.

§ 3. Jeder Nichtwürttemberger, auf den nicht die Ausnahmebestimmungen des § 2 zutreffen, ist verpflichtet, sich binnen 24 Stunden nach seiner Ankunft bei der Ortspolizeibehörde seines Aufenthaltsorts persönlich zu melden.

§ 4. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 ℳ bestraft. Außerdem ist für Nichtwürttemberger die Ausweisung aus Württemberg zu gewärtigen.

§ 5. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft. Das Ministerium des Innern ist ermächtigt, Ausführungsbestimmungen zu erlassen und Ausnahmen zuzulassen.

Stuttgart, den 18. Januar 1919.

Die Provisorische Regierung.“

Desgleichen erfolgte um diese Zeit die definitive finanzielle Auseinandersetzung zwischen der Republik und dem früheren König. Sie sei nach einer offiziösen Auslassung hier wiedergegeben.

Das ursprüngliche Vermögen der landesherrlichen Familie, das Kammergut, wurde bei der Aufhebung der altwürttembergischen Verfassung am 30./31. Dezember 1805 zu „einem von dem Königreich unzertrennlichen Staatsgut“ erklärt. Dieses „königliche Kammergut“ wurde mit der Verbindlichkeit belastet, „die persönlichen Bedürfnisse des Königs als des Staatsoberhaupts und der Mitglieder des königlichen Hauses“, sowie die Apanagen usw. der Prinzen zu bestreiten. Die Provisorische Regierung löste daher, um das Kammergut freizumachen, die Zivilliste ab, indem dem König an ihrer Stelle vom 1. Januar 1919 ab eine jährliche Rente von 200 000 Mark und nach seinem Tode seiner Witwe eine solche von 100 000 Mark zugestanden wurde. Dafür hatte aber der Staat die sehr hohen Lasten der Zivilliste zu übernehmen, vor allem die Ausgaben für die bisherigen Beamten des Hofes und den Aufwand für die zur Krondotation gehörigen Schlösser, Institute usw., besonders für das Theater, für das der König sehr erhebliche Zuschüsse leistete. Die Beamten des Hofes werden zum Teil im Staatsdienst verwendet, zum Teil müssen sie pensioniert werden. Neben der Zivilliste aber stand dem König auch der

Nießbrauch an der in der Verfassungsurkunde nicht erwähnten Krondotation zu. Die Krondotation umfaßt Immobilien und Mobilien, die Eigentum des Staates sind, deren Nutznießung aber dem König und deren Unterhaltung der Zivilliste oblag. Zu den Immobilien gehören u. a. das Residenzschloß, das alte Schloß, der Schloßbau, das Hoftheatergebäude, Königsbau, Schloßgarten, Rosenstein-Wilhelma, Favoritepark, Rot- und Schwarzwildpark bei der Solitude. Diese Nutznießung ist aufgehoben und dem ehemaligen König lediglich Bebenhausen als Aufenthaltsort überlassen worden, während Friedrichshafen zu dem Familienfideikommißgut gehört, also Privateigentum ist. Die von den Mitgliedern des damals königlichen Hauses bewohnten Schlösser (sog. Apanagenschlösser), die Staatseigentum sind, wurden auf 31. März 1919 gekündigt.

Dieser Vertrag wurde mehrfach getadelt. Er entsprang indessen genau denselben Erwägungen, welche am 30. November bei der Abdankung des Königs maßgebend gewesen und die Haltung der Regierung bestimmt hatten.

Die Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung hatten für die Provisorische Regierung als solche, für die Koalitionsregierung eine große Mehrheit ergeben. Damit war aber nicht gesagt, daß nun auch in Württemberg, nach zweimonatlichem Bestehen der Republik im Volke eine Mehrheit von festen und überzeugten Republikanern vorhanden war. Hier mußten die besonderen Verhältnisse Württembergs berücksichtigt werden, wo die alte Dynastie — gleichviel aus welchen Gründen — eine außerordentlich populäre gewesen war. Eine jedem Terrorismus so abholde Regierung wie die provisorische, mußte die Gefühle des monarchistischen Teils der Bevölkerung schonen. Dazu kam, daß diese Gefühle von jenen bürgerlichen Gruppen, die nunmehr in der Landesversammlung die Opposition auf der rechten Seite bildeten, Bauernbund und Bürgerpartei, gestärkt wurden. Darum gebot schon die Staatsklugheit, bei der finanziellen Auseinandersetzung mit dem ehemaligen König diesem die oben erwähnten Zugeständnisse zu machen. Die Aufnahme der Auseinandersetzung mit der früheren Dynastie im Lande überhaupt lieferte auch den Beweis, daß die Regierung das Richtige getroffen hatte.

Am 19. Januar fanden die Wahlen zur Weimarer konstituierenden Nationalversammlung in Württemberg statt. Das Stimmenverhältnis war ungefähr dasselbe wie bei den Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung. Es erhielten Mandate: die Sozialdemokratische Partei 7, die Demokratische Partei 4, das Zentrum 4, Bürgerpartei und Bauernbund 2. Die anderen Gruppen gingen leer aus.

In die Landesversammlung waren zwölf Frauen gewählt worden; in die Nationalversammlung wurde aus Württemberg nur ein weibliches Mitglied gewählt, nämlich meine Frau.

Am 13. Januar fand eine gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte statt. Dort suchten der abgetane Exminister Crispien sowie der Kommunist Unfried nochmals alle die Verdächtigungen und Verleumdungen zur Geltung zu bringen, die vorher

verbreitet worden waren. Diese Sitzung gewann dadurch eine gewisse Bedeutung.

Crispien versuchte wiederum, die Demonstration vom 9. Januar als „friedlich“ zu charakterisieren und wiederholte die Klatscherei, daß Prinzen und Herzöge in die Sicherheitskompagnien eingereiht gewesen. Daraus schloß man, daß eine Gegenrevolution im Gange sei. Nachdem Professor Bonatz die Lage dahin charakterisiert, daß in Deutschland zwischen der Spartakusgruppe und der übrigen Bevölkerung Krieg herrsche, was auch aus den Ereignissen in anderen Ländern hervorgehe, erklärte ich, die Maßregeln der Regierung seien erfolgt, als sie mit bewaffneter Hand angegriffen wurde. Solche Vorgänge als harmlos hinzustellen sei unerhört. Ich erklärte dann, daß ich mich nicht verpflichtet fühle, Spartakisten und Unabhängigen Rechenschaft über meine Maßnahmen zu geben.

Leutnant Hahn sagte, die bei den Sicherheitskompagnien verwendeten Offiziere seien im Einverständnis mit den Soldatenräten eingesetzt und ehrenwörtlich für die Sache der Revolution verpflichtet worden. Prinzen und Herzöge seien nicht dabei gewesen. In der Autobereitschaft, wo die Spartakisten dominierten und nur durch Legitimation von Unfried ein Auto zu erhalten war, sei eine Menge von Waffen versteckt gewesen. Die „Württemberger Zeitung“ sei von Soldaten des Regiments 125 besetzt gewesen, die erst nach Verletzung eines Wachmanns geschossen hätten.

Bezüglich der Neubesetzung der Ministerien erklärte ich, darüber könne ich nicht im Beisein von Leuten beraten, deren Partei die Regierung habe mit Gewalt stürzen wollen. Die Versammlung wählte dann eine Kommission von vier Mehrheitssozialisten, die mit der Regierung über die Neubesetzung der Ministerien verhandeln sollte.

Nach dieser Zurückweisung kam Unfried mit dem schon erwähnten Antrag heraus, die Leichen der Erschossenen auf dem Schloßplatz aufzubahren und sie von der „gesamten Arbeiterschaft“ nach dem Waldfriedhof zu Grabe geleiten zu lassen. Ob dieses Antrages, dessen freche demagogische Absicht denn doch zu durchsichtig war, geriet die Versammlung in große Entrüstung und der Antrag fiel glatt unter den Tisch.

Trotz dieser Niederlage setzten die Kommunisten, Spartakisten und Unabhängigen ihre Bemühungen, durch die Arbeiter- und Soldatenräte Unheil und Verwirrung zu stiften, fort. Am 21. Januar — zwei Tage vor der Eröffnung der konstituierenden Landesversammlung — fand noch eine Landesversammlung der Soldatenräte statt, in der alle die Anschuldigungen und Verleumdungen, die von jener Seite in Umlauf gesetzt worden, noch einmal besprochen und niedergekämpft werden mußten. Es wurde noch einmal der Versuch gemacht, eine Mißbilligung der Maßnahmen der Regierung am 9. und 10. Januar durchzusetzen. Auch die Regimenter 119 und 125 sollten ein Tadelsvotum wegen ihres Eingreifens erhalten, woraus diese wackeren Soldaten sich wohl sehr wenig gemacht haben würden. Schon in meiner Begrüßung der Versammlung hatte ich darauf aufmerksam gemacht, daß wir nunmehr daran gehen würden, Württemberg eine der freiesten Verfassungen der Welt zu geben. Noch verschiedene

Beschwerden wurden erhoben, namentlich daß auch Studenten in die Sicherheitskompagnien eingereiht worden und Vorbereitungen zu einem Gegenputsch getroffen worden seien. Leutnant Hahn und ich wiesen die Angriffe zurück. Hahn bewies, wie schon vor dem Putschversuch Elemente in die Sicherheitskompagnien eingeschmuggelt worden seien, welche deren Zuverlässigkeit untergraben sollten. Wenn man in der kritischen Nacht vom 9. auf den 10. Januar nicht mit fester Hand zugegriffen hätte, so wären auch die Soldatenräte gesprengt worden. Panzerwagen, Flakgeschütze und Handgranaten habe der Rote Soldatenbund an sich gerissen, um sie gegen die Regierung und die regierungstreuen Truppen zu verwenden. In dem Moment, da alles auf des Messers Schneide stand, haben die Regimenter 119 und 125 sich entschlossen der Regierung zur Seite gestellt, wie auch die Studenten, die damit nur gehandelt haben, wie jeder angesichts einer solchen Gefahr habe handeln müssen. Als die Gefahr beseitigt war, seien sie wieder zurückgetreten. Von einem Gegenputsch könne gar keine Rede sein.

Ich schilderte unsere Erlebnisse in der Nacht vom 9. auf den 10. Januar und die Intrigen des Kriegsministers Fischer. Die spartakistische Lüge, daß die Regimenter 119 und 125 eine Gegenrevolution bezweckt, war leicht zu widerlegen.

Die Beschwerden wurden zurückgewiesen. Nach ausgiebiger Debatte wurde beschlossen, der Soldatenrat solle bestehen bleiben, bis durch die Nationalversammlung die Errungenschaften der Revolution verbürgt und in der Gesetzgebung fest verankert seien. Darunter seien zu verstehen die Sicherung der demokratischen Volksrepublik und Verfassung, Sozialisierung der dazu reifen Betriebe, Sicherung des Achtstundentags, Ersetzung der deutschen Heeresorganisation durch eine freie Volkswehr auf demokratischer Grundlage. „Die Soldaten stehen geschlossen hinter der Nationalversammlung, wenn sie gewillt ist, diese wichtigen Volksrechte zu sichern. Geschlossen werden sie jede Regierung bekämpfen, die der freiheitlichen Entwicklung des Volkes im Wege steht."

Der Rote Soldatenbund machte sich nachträglich lächerlich, indem er verbreitete, daß am 9. und 10. Januar keine gewaltsamen „Aktionen" beabsichtigt gewesen seien. Die Bewaffneten in dem Demonstrationszuge hätten die Aufgabe gehabt, „Ausschreitungen etwaiger unlauterer Elemente" zu verhindern.

Der Volkswitz bezeichnete von da ab den Roten Soldatenbund als den „Klub der Harmlosen". Ich führe aber alle diese Dinge an, um zu zeigen, mit welchen hinterlistigen und perfiden Feinden die Provisorische Regierung in jenen stürmischen Tagen zu kämpfen gehabt hat.

Am 23. Januar 1919 wurde die Landesversammlung, welche die neue Verfassung für die Republik Württemberg beraten sollte, eröffnet. Ich konnte der Eröffnung leider nicht anwohnen, denn die Anstrengungen und Aufregungen der letzten Tage hatten meine Gesundheit angegriffen, so daß ich Blut auswarf. Ich mußte das Bett hüten und berief zu meinem Stellvertreter den Kollegen Dr. Lindemann.

Damit war die revolutionäre Periode der Provisorischen Regierung abgeschlossen und wir traten nunmehr in die parlamentarische Periode ein. Die Provisorische Regierung und die Räte hatten eine, wenn auch sehr beschränkte Diktatur ausgeübt; nunmehr sollte nach der neuen Verfassung alle Staatsgewalt vom Volke ausgehen. Man verstehe mich nicht falsch: wir waren gegen die Diktatur einer gewalttätigen Minderheit; dagegen bei uns war schon durch den Charakter der Regierung als einer Koalitionsregierung bewirkt, daß die Mehrheit der Bevölkerung, zusammengesetzt aus den drei großen Parteien des Landes, hinter ihr stand. Und ohne eine gewisse Diktatur hätten wir den ungezählten dringenden Wünschen der Bevölkerung, die an uns ergingen, nicht nachkommen können, denn sie ließ sich wohl in den Hauptsachen, aber nicht in allem auf die Landesversammlung verweisen.

Wir hätten bedeutend mehr leisten können, als wir geleistet haben, wenn nicht die unaufhörlichen Störungen unserer Arbeiten durch die linksradikalen Elemente dazwischen gekommen wären. Es erforderte unsere ganze Wachsamkeit, die Vorbereitungen zu Handstreichen und Gewalttätigkeiten aller Art rechtzeitig zu entdecken und der Ausführung vorzubeugen. Ein großer Teil unserer Arbeit mußte ständig diesen Dingen gewidmet werden. Die Situation war und blieb so gespannt, daß aus jeder Versammlung von Arbeitslosen, aus jedem Demonstrationszug, den irgend einige Krakeeler zusammenbrachten, unabsehbare Konsequenzen erwachsen konnten. Die unruhigen Elemente wurden unterstützt durch den zu uns hereinrollenden russischen Rubel und die Führer der Linksradikalen erklärten mehrfach ganz offen, daß sie gegen die Annahme dieser Subventionen nicht das mindeste Bedenken hegten.

Dazu kam, daß wir die Preß- und Redefreiheit respektieren mußten. Diese wurde, wie vorauszusehen, aufs äußerste mißbraucht. Die Bevölkerung wurde fast jeden Tag durch die Revolutionsphrasen von radikalen „Politikern" in Aufregung und Entrüstung versetzt. An sich hätte man diese Leute kaum ernst nehmen können. Allein in solch stürmischen Zeiten wirkt auch die dümmste Phrase ganz anders, als in den Zeiten ruhiger Entwickelung. Auch gegen die Regierung wurden in den Blättern und Flugschriften der Linksradikalen die heftigsten Angriffe gerichtet. Verleumderische Schmähungen machten Eindruck auf Leute, von denen man es gewiß nicht erwartet. Die „Blutregierung Blos" wurde eines der gebräuchlichsten Schimpfworte der Linksradikalen und leider ließen sich auch viele Arbeiter, die sonst nicht an dergleichen gedacht, dadurch betören.

Die Regierung sah mit Verachtung auf dieses Treiben herab. Leider wurde ihr dies als Schwäche ausgelegt. Sie konnte aber die Begründung des freien Volksstaates Württemberg nicht damit einleiten, daß sie zu den Praktiken des alten Systems zurückkehrte. Erst in der Notwehr, als sich die Wirkungen des Treibens in der Presse und in den Radauversammlungen zeigten und der Sturz der Provisorischen Regierung offen proklamiert wurde, griff sie zu den Abwehrmitteln, die angemessen waren. Sie konnte

sich mit der Staatsnotwehr rechtfertigen. Ihre Position wurde dadurch ungemein gefestigt.

Gleich nach der Revolution, als alles drunter und drüber zu gehen drohte, hatten sich die bürgerlichen politischen Parteien sämtlich hinter die provisorische Regierung gestellt. Nun aber, nachdem die Landesversammlung in Sicht gekommen und die Parteien sich neu gruppiert, änderte sich das rasch. Die neue Bürgerpartei, der Bauern- und Weingärtnerbund, meist aus konservativen Elementen zusammengesetzt, traten nunmehr in Opposition. Bürgerparteiliche und bauernbündlerische Preßorgane gefielen sich machmal in Angriffen, die an Heftigkeit und Gehässigkeit denen der unabhängigen und kommunistischen Blätter nichts nachgaben. So wurde die organisatorische Arbeit der Regierung auch von dieser Seite her erschwert.

Sonst war das Verhältnis der Regierung zur Presse im allgemeinen ein leidliches. Sie hatte den Staatsanzeiger zur Verfügung, aber dieses Blatt kam nicht unter das Volk. Die Presseabteilung erwies sich als sehr nützlich, ja unentbehrlich, wurde aber von der Rechten bemängelt. Namentlich in der außerwürttembergischen Presse wurden wir viel angegriffen.

Aber es herrschte eine allgemeine Unzufriedenheit, die eben aus der Not der Zeit entsprang, und diese Unzufriedenheit ließ man gern an der Regierung aus. Dies Schicksal, dem andere Regierungen verfielen, blieb auch uns nicht erspart. Namentlich die politischen Querulanten, die es bekanntlich in ungeheurer Anzahl gibt, glaubten offenbar, daß die Regierung eigens zu diesem Zweck geschaffen sei.

Auch von meinen Parteigenossen wurde an der Regierung viel schneidende Kritik geübt. Zwar konnte man sagen, daß das Programm, welches in den ersten Tagen der Revolutionszeit von den Sozialisten aufgestellt worden, fast ganz erfüllt sei. Aber da kamen andere, welche weiter gingen und verlangten, daß die Regierung das Erfurter Programm erfülle, das in der Partei doch schon für veraltet erklärt worden war. Andere kaprizierten sich auf sofortige „Vollsozialisierung", ohne diesen Begriff genau definieren zu können. Die Warnungen besonnener Sozialisten wie Eggert und andere, wurden von dieser Seite in den Wind geschlagen. Immerhin erfolgte diese Kritik nicht in der großen Öffentlichkeit, sondern beschränkte sich auf die Parteiversammlungen und geschlossene Zirkel.

Unter den Mehrheitssozialisten lehnte die große Masse die Zumutungen der Unabhängigen entschieden, die der Kommunisten noch entschiedener ab. Diese Zumutungen bestanden in den unaufhörlichen Versuchen, die revolutionäre Phrase in der Arbeiterwelt immer wieder von neuem zur Geltung zu bringen und dauernd einzubürgern. Es gab manche, die es nicht erfaßten, nachdem die Revolution doch gemacht war, daß nunmehr die positive Arbeit die dringendste Notwendigkeit war. Diese nahmen die Konkurrenz mit der revolutionären Phrase zu ernst. Die mehrheitssozialistische Partei war stark genug, um sich über diesen „unlauteren Wettbewerb" hinwegsetzen zu können.

Immerhin war mit dem niedergeworfenen Putsch vom 9. Januar

die Regierung über den schwierigsten Teil dieser stürmischen Epoche hinweggekommen. Zwar hatte sich der Krater, aus dem die Putsche und Tumulte hervorbrachen, noch nicht geschlossen und es standen noch ernste und blutige Kämpfe bevor. Aber die Regierung hatte sich nun eine Machtstellung geschaffen, in der sie den kommenden Krisen gewachsen war. Es war ihr sogar möglich, in die politischen Händel außerhalb Württembergs mit bewaffneter Hand im Interesse des Reiches einzugreifen.

Die Geschäfte der Staatsverwaltung kamen immer mehr in geregelten Gang. Die ungeheure Katastrophe des Weltkriegs hatte namentlich für die Volksernährung enorme Schwierigkeiten geschaffen, welche nunmehr von übelwollenden Leuten der Revolution aufgebürdet wurden. Das wurde nur zu leicht geglaubt. Wir behielten selbstverständlich die Zwangswirtschaft bei, deren Nachteile gleichfalls der Revolution zugeschrieben wurden, obschon sie vor der Revolution eingeführt worden war. Leider hat man nachher die Zwangswirtschaft überstürzt, ohne genügende Übergangsmaßregeln, aufgehoben und dadurch der Preissteigerungsspekulation die Wege geebnet. Von allen Seiten wurden strenge Maßregeln gegen Lebensmittelhamsterei und Schieberei gefordert. Aber da machte man schlimme Erfahrungen. Dieselben Bevölkerungsteile, die in den Versammlungen mit großem Lärm das Einschreiten der Behörden forderten, zeigten sich auf Bahnhöfen, in den Zügen, auf den Dörfern usw. äußerst widerspenstig gegen die Polizei und die Sicherheitskompagnien, wenn diese es unternahmen, der Hamsterei zu steuern. Immerhin konnten die Ernährungsverhältnisse einigermaßen aufgebessert werden; so konnte u. a. die fleischlose Woche aufgehoben werden; dazu gab es eine Erhöhung der Fleischration. Eine erhöhte Brotration konnte ohne die erforderlichen Zuschüsse aus anderen Gebieten nicht durchgeführt werden. Desgleichen sicherten die umsichtigen Maßregeln des Ernährungsministers B a u m a n n die Kartoffelversorgung, soweit dies überhaupt möglich.

Das Arbeitsministerium L i n d e m a n n unterzog sich mit vieler Energie der Auffüllung der erschöpften Vorräte des Landes an Rohstoffen aller Art, an Kohlen und Lebensmitteln. Die strengen Maßregeln, welche behufs Einschränkung des Kohlen-, Gas- und Elektrizitätsverbrauchs getroffen wurden, haben manche Bevölkerungsteile, die nicht gern in ihrer Bequemlichkeit gestört wurden, in Harnisch gebracht. Aber sie haben vortrefflich gewirkt.

Von unseren Finanzen, die unter der umsichtigen Verwaltung von L i e s c h i n g günstig — im Verhältnis zur Notlage der Zeit — standen und von der Tätigkeit der Justiz unter der Leitung unseres leider so früh verstorbenen und mit Recht so tief betrauerten Kollegen von K i e n e habe ich schon gesprochen. Mit aller Anerkennung und Dankbarkeit muß ich auch der beiden Männer gedenken, die damals mit mir direkt zusammenarbeiteten. Polizeiwehrdirektor H a h n schuf die neue bewaffnete Macht und rettete damit die junge Republik vor der Zertrümmerung durch die Spartakisten und Kommunisten. Ministerialdirektor E r l e n m e y e r sicherte mit seinen eminenten Arbeitskraft und seinen umfassenden Kennt-

nissen die Weiterführung der Geschäfte im Staatsministerium auch in den kritischsten Momenten. Das Land Württemberg wird die hohen Verdienste dieser beiden Männer nicht vergessen dürfen.

Die Provisorische Regierung konnte in ihrer Botschaft an die konstituierende Landesversammlung — ich nehme dies vorweg — sagen:

„Die Provisorische Regierung hat den geordneten Gang der Staatsgeschäfte und des bürgerlichen Lebens sichern können dank der einsichtsvollen und energischen Haltung der Arbeiter- und Soldatenräte und gefördert durch die pflichttreue Mitarbeit der Beamten, Unterbeamten und Arbeiter des Staates, der Körperschaften und der Gemeinden. Der Umbau der öffentlichen Verwaltung ist nach den Grundsätzen der sozialen Demokratie in wichtigen Punkten durchgeführt, in einer Reihe weiterer wirksam begonnen."

Um das alles zu erreichen, mußten wir uns enormen Anstrengungen unterziehen. Die gewaltige Zahl der von der Provisorischen Regierung erlassenen Dekrete und Verordnungen gibt davon einen Begriff. Während die Bevölkerung mit Behagen den Achtstundentag genoß, konnten wir an einen solchen nicht denken. Es war nicht so schlimm, wie bei dem berühmten Wohlfahrtsausschuß des Konvents zu Paris im Jahr 1793, von dem sein Mitglied Carnot erzählt, daß seine Mitglieder, die oft täglich bis zu sechshundert Angelegenheiten zu erledigen hatten, nicht über Mittag zu Tisch nach Hause gehen konnten und ihre Nahrung eiligst in einem obskuren Restaurant hinabschlingen mußten, um schnell wieder an die Arbeit zu kommen. Aber manchmal waren wir wirklich nicht weit davon entfernt und es mußten alle geistigen und körperlichen Kräfte durchweg in sehr hohem Maße in Anspruch genommen werden.

Bei der Beurteilung der Ergebnisse unserer, resp. meiner Tätigkeit im allgemeinen, möge man nie vergessen, daß wir unter dem Druck des schrecklichen Gesamtzustandes, den der Weltkrieg über unser armes Deutschland gebracht, standen und daß dieser Druck sich bis in die geringsten Einzelheiten geltend gemacht hat.

Ende des ersten Teils.

Ein anschließender zweiter Teil wird die Zeit von dem Zusammentritt der konstituierenden Landesversammlung Württembergs bis zum Rücktritt der sozialistischen Minister im Juni 1920 behandeln. Es wird darin die Rede sein von dem Märzputsch der Spartakisten, von dem Eingreifen der bewaffneten Macht Württembergs in Bayern, von den Verhandlungen des Landtages, von der Schaffung der Verfassung, von der Reichsregierung und Nationalversammlung in Stuttgart. usw.

Die Bücherserie **„Zeitgenössische Memoirenwerke"** steht allen derzeitigen und ehemaligen Führern im Staats-, Wirtschafts- und Parteileben ohne Ansehen der Partei offen. Nahezu alle Parteien werden sich beteiligen. Anmeldungen sind baldmöglich an den Verlag zu richten. Als nächster Band erscheint eine militärpolitische Ergänzung zum zweibändigen Blos-Werk, verfaßt von **Oberpolizeidirektor Hahn,** worin insbesondere die historisch wertvolle Entwicklung der staatlichen Ordnungspolizei aus dem militärischen Chaos, sowie der Einsatz gegen München, bei Putschen und dergleichen besprochen wird. Unabhängig von den subjektiv gefärbten „Memoirenwerken" gibt der Verlag baldmöglich geschichts- und militärwissenschaftliche, möglichst objektiv gehaltene Bearbeitungen der politischen, wirtschaftlichen und militärischen **Geschichte der Revolution** nach amtlichen Akten heraus.

Von historischem Werte sind ferner nachfolgende beiden Werke:

Straßburg, das Wahrzeichen der verlorenen deutschen Westmark. Heinz v. Hoff hat als hervorragender Historiker in fesselndster Weise eine einzigartige Geschichte Straßburgs geschrieben. Wir sind es dem schwer geprüften Grenzdeutschtum schuldig, daß dieses Buch der unvergeßlichen Erinnerungen an Straßburg, sein deutsches Münster, seine Eigenart, in keinem deutschen Hause fehle und insbesondere zur Jugend spricht. — Mit vielen historisch einzigartigen Bildern, geb. etwa 40 ℳ, geh. etwa 30 ℳ (nebst Ortszuschlag).

Der Kampf um Oberschlesien. Generallt. a. D. v. Hülsen, ein Führer des deutschen Selbstschutzes, hat diesen tapferen Deutschen, ein literarisches Denkmal errichtet. Neben einem fesselnden Überblick über die wirtschaftliche und politische Entwicklung Oberschlesiens, neben Aufsehen erregenden Fingerzeigen für die deutsche Außenpolitik werden hochinteressante militärische Erfahrungen mitgeteilt, sodaß das Buch auch das „Generalstabswerk über Oberschlesien" genannt wird. — Mit vielen amtlichen Bildern der Zerstörungen, geb. 40 ℳ, geh. 30 ℳ (nebst Ortszuschlag).

Anschließend an die behördlich empfohlene illustrierte **Bildungszeitschrift Empor** zur Hebung der Allgemein- und Berufsbildung erschienen folgende Emporbücher:

Revolutionen und ihre Bedeutung. Von Stremmer, Kassel. Der geschichtliche Vergleich und die historische Entwicklung früherer großer Umwälzungen bieten manchen Schlüssel zum tieferen Erfassen der Gegenwart und ihrer innerpolitischen Nöte. Der Verfasser schildert kurz und treffend die französische Revolution des „dritten Standes" 1789, die Stürme des Liberalismus von 1848 und vergleicht damit die Revolution von 1918 in populärwissenschaftlicher Weise. Geb. 16 ℳ, geh. 14 ℳ (nebst Ortszuschlag).

Der Sozialismus, seine Geschichte und Ziele, wird in überparteilicher Weise von Studienrat Dr. Hoernecke geschildert. Er bietet damit jedem Gebildeten einen unerläßlichen kurzen Überblick über die vielgenannte Bewegung. — Im selben Bändchen vereint bietet derselbe Verfasser einen hochinteressanten Überblick über **Die Entwicklung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat,** worüber ebenfalls jeder Gebildete heutzutage orientiert sein sollte. Geb. 24 ℳ, geh. 21 ℳ (nebst Ortszuschlag).

Unter Fremdherrschaft 1807—1812. Von Major v. Oertzen. Die jetzige schwere Zeit und der Druck der Entente, die auf Deutschland lasten, lenken die Blicke der Gebildeten mehr denn je zurück in frühere Zeiten des Unglücks und des Wiederaufstiegs. Das vorzügliche Werk wird vielen Deutschen ein Trost sein. Geb. etwa 16 ℳ, geh. 14 ℳ.

Gang der neuzeitlichen Kulturentwicklung von Universitätsprofessor Dr. Ludwig Rieß. Der bekannte Berliner Universalhistoriker hat in neuartiger, volkstümlicher Weise einen zur allgemeinen Bildung unerläßlichen Überblick über den Werdegang der Kultur der neueren Zeit und über die Verdienste der verschiedenen Völker, insbesondere des deutschen, am kulturellen Fortschritt, geschaffen. Die Darstellung ist überraschend spannend. Geschenkband, geb. 31.20 ℳ. Halbl. 34.— ℳ (nebst Ortszuschlag).

Unentbehrlich ist heutzutage für Allgemeinbildung und berufliche Betätigung die genaue Kenntnis der Wirtschaftsgrundlagen. Die Universitäts-Prof. Heyde, Heuß und Müller gaben deshalb ein leichtverständliches, interessantes **Emporbuch I. 2** heraus: **Wirtschaft und Technik,** Geschenkband mit Golddruck 20 ℳ (nebst Ortszuschlag). Enthaltend: Arbeiter- und Lohnfragen von Univ.-Prof. Dr. Heyde (Verwaltungsakademie Berlin), Alte und neue Reichsverfassung in ihrer wirtschaftlichen Tragweite von Dr. Heuß (Deutsche Hochschule für Politik), Grundtatsachen des deutschen Wirtschaftslebens in der Gegenwart von Staatssekretär a. D. Dr. A. Müller (a. o. Prof. d. Universität Berlin).

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder den Verlag:

Bergers Literar. Büro und Verlagsanstalt, Stuttgart, Neckarstr. 44.